

Genehmigung am 15.08.2024 (genehmigt)

**Protokoll 12**

**Stadtratssitzung**

**Donnerstag, 13.06.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr**

**Rathaus, Grossratssaal**

---

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

**Inhaltsverzeichnis**

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	3
2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2024.SR.0034.....	7
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 8 vom 25.04.2024)	
2022.SR.000193.....	7
3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied	
2017.TVS.000315.....	7
4 Gesamtanierung Strassenraum Brunnhof – Fischermätteli; Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)	
2022.SK.000057.....	26
5 «Stadtklima-Initiative: Strassenraum entsiegeln – Begegnungsorte schaffen» und Gegenvorschlag (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung	
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.....	34
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr.....	35
2022.SK.000057.....	36
5 «Stadtklima-Initiative: Strassenraum entsiegeln – Begegnungsorte schaffen» und Gegenvorschlag (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung	
2023.FPI.000043.....	54
6 Erneuerung der Microsoft-Lizenzierung und -Wartung für die digitalen Arbeitsplätze und den digitalen Zugang der Stadtverwaltung; Verpflichtungskredit	
2023.FPI.0130.....	57
7 Erneuerung der Microsoft-Lizenzierung und -Wartung für die Server der Stadtverwaltung; Verpflichtungskredit	
2016.SR.000114.....	57
8 Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Christa Ammann, AL) - übernommen durch Fuat Köçer (SP): Ein Haus der Vereine im Ringhof!; Abschreibung	
2024.PRD.0018.....	63
9 Volksschule Wankdorf, Sanierungsmassnahmen Morgartenstrasse 2a und Kanalisation und Aufwertung Umgebung; Projektierungskrediterhöhung	
2021.SR.000158.....	68

10 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, FDP/JF, GFL/EVP, AL/GaP/PdA, GB/JA!: (Valentina Achermann, SP/Florence Schmid, JF/Mirjam Roder, GFL/Jemima Fischer, AL/Yasmin Abdullahi, JGLP/Jelena Filipovic, GB):»#TextMeWhenYouGetHome« in der Stadt Bern - Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum; Begründungsbericht

Verschoben und eingereicht .....	72
Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr .....	74

**Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr**

*Stadtrat anwesend*

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Glauser	Niklaus Mürner
Janina Aeberhard	Muriel Graf	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Lukas Gutzwiller	Cemal Özçelik
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Bernhard Hess	Florence Pärli Schmid
Emanuel Amrein	Thomas Hofstetter	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Matthias Humbel	Mirjam Roder
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Sarah Rubin
Oliver Berger	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Tom Berger	Anna Jegher	Mahir Sancar
Natalie Bertsch	Raffael Joggi	Judith Schenk
Lea Bill	Nora Joos	Nicole Silvestri
Laura Binz	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Michael Burkard	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Francesca Chukwunyere	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Simone Machado	Béatrice Wertli
Katharina Gallizzi	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Lionel Gaudy	Szabolcs Mihalyi	Marcel Wüthrich
Franziska Geiser	Tanja Miljanovic	Paula Zysset

*Stadtrat entschuldigt*

Debora Alder-Gasser	Ueli Jaisli	Daniel Michel
Gabriela Blatter	Fuat Köçer	Barbara Nyffeler
Sibyl Eigenmann	Denise Mäder	Simone Richner
Nik Eugster	Salome Mathys	Claudio Righetti
Sofia Fisch	Esther Meier	Lukas Wegmüller
Nora Krummen		

**2023.SR.0112****1 Begrüssung und Mitteilungen**

**Präsidentin:** Geschätzte Kolleg\*innen, herzlich willkommen zur heutigen Stadtratssitzung. Ich fange an mit den Entschuldigungen. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Debora Alder-Gasser von der EVP, Nik Eugster von der FDP, Gabriela Blatter von der GLP, Daniel Michel von der SVP, Esther Meier vom GB, Claudio Righetti von der Mitte, Denise Mäder von der GLP, Sofia Fisch von der JUSO, Sibyl Eigenmann von der Mitte und Salome Mathys von der GLP. Für die erste Sitzung entschuldigt sind Fuat Köçer von der SP, Barbara Nyffeler von der SP und Lukas Wegmüller von der SP. Für die zweite Sitzung entschuldigt sind Raffael Joggi von der AL und Timur Akçasayar von der SP. Gut, jetzt, da die Entschuldigungen gesagt sind, können wir vielleicht wieder ein bisschen ruhiger werden und zuhören, denn ich habe wichtige Sachen zu verkünden. Zuerst möchte ich unserer Stadtratskollegin Salome Mathys ganz herzlich gratulieren. Sie hat nämlich am Montag ihr zweites Kind bekommen. Das Kind heisst Carlotta Franca. Im Namen des Stadtrates ganz herzliche Gratulation zu diesem Glück. Da ich wirklich erst gerade vor ein paar Sekunden davon erfahren habe, haben wir noch kein Kärtchen vorbereitet. Das nehmen wir das nächste Mal mit, damit ihr es sehr gerne unterschreiben dürft.

Dann haben wir heute wieder einen Rücktritt zu verkünden. Ich habe den Verdacht, es ist nicht das letzte Mal in diesem Jahr. Und zwar wird Marcel Wüthrich von der GFL heute die letzte Stadtratssitzung haben. Ich werde jetzt seine Rücktrittserklärung vorlesen: "Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, liebe Valentina, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebe Mitarbeitende der Parlamentsdienste, lieber Herr Stadtpräsident, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, nach gut 8 Jahren blicke ich nun an meinem letzten Sitzungstag im Stadtrat mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf meine Zeit in diesem Gremium zurück. Die politische Tätigkeit hat mir oft viel Energie gegeben, manchmal aber auch Energie genommen. Schleichende Veränderungen in meinem privaten Leben in den letzten 3 Jahren, kombiniert mit dem enormen Rhythmus im Stadtrat, erfordern nun eine echte Neuausrichtung meiner Work-Politics-Life-Balance – zumindest temporär. Ich habe das Bedürfnis, jetzt einmal Nein sagen zu dürfen und mein Leben nicht länger von Terminen diktieren zu lassen, was in unserer freiheitlichen Schweiz glücklicherweise möglich ist. Ich möchte häufiger meine Eltern in Gretzenbach besuchen, häufiger und länger zu meinem Partner Alexander nach Göttingen pendeln und auch wieder mehr Zeit auf dem Rennvelo oder in der Aare verbringen, gerade auch, aber nicht nur am Donnerstagabend. Ich kenne mich, ich würde das alles als aktiver Stadtrat nicht schaffen können. Da die angestrebte Stellvertretungslösung noch nicht in Kraft ist, bleibt mir in dieser Situation nur der Rücktritt. Doch weil ich politisches Engagement, auch mein eigenes, mit neuen Kräften und Ideen als erneuerbare Ressource verstehe, kommt an dieser Stelle gleichzeitig ein sehr erfreulicher Aspekt ins Spiel. Ich freue mich nämlich sehr, dass diese erneuerbare Ressource in der Form von Christoph Leuppi als meinem Nachfolger in den Stadtrat eintreten kann, was meinen Rücktritt etwas versüsst. Ich bin vor Jahren in einem meiner Wahlkämpfe mit dem Anti-Slogan angetreten: Es ist die Kunst der Politik, selbst in der Wüste noch Wasser auf die eigene Mühle zu lenken. Ich bin stolz darauf, dass ich behaupten darf, dass ich mir meine Unabhängigkeit bewahren konnte, kein Lobbyist in eigener Sache geworden bin und dass sich meine politischen Anliegen nicht als populistisches Greenwashing entpuppten. Meine 3 Lieblingsworte als grüner Politiker waren, sind und bleiben: Nachhaltigkeit, Kostenwahrheit und, nein, nicht Verursachendenprinzip, sondern

Verursacherprinzip. Zur Nachhaltigkeit als Ziel gehört für mich auch die Nachhaltigkeit als Weg, also das Finden von zwar visionären Lösungen, aber nicht mit derart unrealistischen Forderungen, dass breite Bevölkerungskreise diesen Weg nicht mitgehen können, und auch nicht auf Kosten der sozial Schwächsten. Ich habe die sachliche Zusammenarbeit über die Partei oder sogar über die Bündnisgrenzen hinaus geschätzt und gesucht, weil ich überzeugt bin, dass wir so am Ende zu besseren und eben nachhaltigeren Lösungen finden. Dies bedingt auch, dass dieser Ratssaal nicht nur als Parlament, sondern gleichzeitig auch als Auditorium genutzt wird, wo nicht nur gesprochen, sondern auch zugehört wird und wo nicht nur Voten mit der dumpfen Wucht des nächtlichen Schlagens einer Kirchenglocke gehalten werden, sondern auch mit leiseren, differenzierteren Zwischentönen. Ich frage mich, was ich künftig wohl vermissen werde. Vielleicht das typische "Kleffeln" der Kleiderbügel in der Eingangshalle oder die auto-kreative Intelligenz unserer automatischen Sprachtranskription, die kürzlich in einem meiner Voten aus der Nydegkirche unvermittelt eine "nicht eine Kirche" machte. Jedenfalls kann ich beruhigt feststellen, dass vermeintliche Vereinfachungen wie etwa die Umstellung auf papierlose Unterlagen und die damit verbundene Digitalisierung nicht nur für mich, sondern auch anderswo anfangs ihre Tücken haben. Die Lust am Politisieren ist mir also nicht verlorengegangen. Ich lasse mir ein Hintertürchen für eine mögliche Rückkehr offen. Und falls meine politische Karriere mit dem heutigen Tag definitiv zu Ende gehen sollte – damit würde ich auch gut leben können. Bern ist eine so tolle Stadt, die mir ja längst Heimat geworden ist, was ich gerne auch ausserhalb des Stadtrats wieder vermehrt zeigen möchte; und all dies, obwohl der Stadtratsbetrieb und damit auch ihr, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mir irgendwie verbunden seid und ich euch auch irgendwie vermissen werde. Ich danke euch allen, speziell meiner Partei, der grünen freien Liste GFL, und meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen. Macht es gut, von ganzem Herzen und mit einem Augenzwinkern grüsst Marcel Wüthrich."

Lieber Marcel, vielen herzlichen Dank für dein sehr ehrliches und auch lustiges Rücktrittsschreiben. Du hast es gesagt: Du verlässt den Rat mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge, und so ging es auch mir, als ich das gelesen habe, denn einerseits kann ich das lachende Auge als Psychologin natürlich nur unterstützen und auch, dass du vermehrt Nein sagen möchtest, dass du vermehrt Zeit mit deinen Liebsten verbringen willst, dass du vermehrt das machen willst, was dir Spass macht und dich nicht von irgendwelchen Terminen diktieren lassen willst. Und auf der anderen Seite macht es mich als Stadtratspräsidentin traurig, und ich bereue sehr, dass du den Stadtrat nach 8 Jahren verlässt; vor allem weil es einmal mehr eine Vereinbarkeitsproblematik aufzeigt, wobei du es jetzt aber geschafft hast, dich klar davon zu distanzieren. Und du hast gesagt, du verlässt den Rat ja in erster Linie mal temporär. Du bist jetzt 8 Jahre im Stadtrat gewesen. Du warst Mitglied verschiedenster Kommissionen, in der ehemaligen AK und der FSU, in der Sonderkommission Neue Stadtverwaltung Bern und zuletzt auch in der RWSU. Und du hast natürlich auch inhaltlich sehr viel bewegt. In deinem Rücktrittsschreiben ist das Wort Nachhaltigkeit sehr häufig vorgekommen. Und nachdem ich deine Vorstösse angeschaut habe, würde ich sagen: Das kann man definitiv auch so bestätigen, dass das einer deiner Schwerpunkte war: also AKWs und KKWs, fossile Energien, nachhaltige Entwicklungsziele, Solaroffensive, Klimamassnahmen, Biogas und Erdgas. Also das ist ein Thema, das dich offensichtlich sehr bewegt und bei dem du auch vieles versucht hast, um in dieser Stadt etwas zu bewegen. Ein weiteres Thema sind die Rentengelder und die Personalvorsorgekasse. Da hat es auch unzählige Vorstösse von dir gegeben, mit denen du versucht hast mitzugestalten. Ein drittes grosses Thema waren LTBTIQ-Anliegen, die Sicherung der Grundrechte von trans Personen. Einen Regenbogen-Fussgänger\*innenstreifen hast du zusammen mit

anderen gefordert. Und der letzte Vorstoss, den du eingereicht hast, will einen queeren Begegnungsort in der Stadt Bern. Um ehrlich zu sein ist mein Lieblingsvorstoss von dir, du kannst es dir vielleicht denken, der Lärmschutz vor dem nächtlichem Zeitschlag. Wer hätte gedacht, dass solch ein Thema so emotional werden kann. Ich kann mich an die Stadtratssitzung erinnern. Es waren sehr lange Diskussionen und wir waren auch langsam ein bisschen müde. Irgendwann wurden die Voten kürzer. Aber, als nachher dein Vorstoss kam, wurden unsere Emotionen wieder komplett entfacht. Merci vielmals. Obwohl es für dich oder für das Thema kein Erfolg war, würde ich sagen, es ist doch ein Erfolg, dass wir uns dazu Gedanken gemacht haben und damit viele Emotionen zeigen konnten. Dann auch ein grosser Dank an dich als Person. Ich habe dich in der Zusammenarbeit mit mir, mit dem Ratssekretariat, mit deinen Stadtratskolleg\*innen, immer als sehr aufrichtig und respektvoll wahrgenommen. Das wird uns sehr fehlen. Ich wünsche dir eine schöne Zeit. Wer weiss, vielleicht treffen wir uns bald wieder im Stadtrat. Danke vielmals, Marcel.

Dann haben wir nicht nur einen Rücktritt, sondern auch 2 neue Stadratsmitglieder. Auf der Seite der SP-JUSO-Fraktion heisse ich ganz herzlich Cemal Özçelik willkommen. Und auf der anderen Seite heissen wir Béatrice Wertli von der Mitte auch herzlich willkommen. Du kennst den Stadtrat schon ein bisschen und ich bin gespannt darauf, von dir zu hören, wie sich das Ganze so verändert hat in den letzten Jahren.

Dann haben wir heute keinen Geburtstag. Gestern hatte Gabi Blatter Geburtstag, und morgen hat Sibyl Eigenmann Geburtstag. An dieser Stelle gratulieren wir Gabriela, Sibyl aber selbstverständlich noch nicht.

Ich habe noch 2 Informationen: Am 20. Juni findet das Treffen mit der Bürgergemeinde statt; das für die, die sich noch nicht angemeldet haben und gerne mitkommen möchten. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr mitkommt. Meldet euch doch noch an beim Ratssekretariat. Dann eine Info zum FC Stadtrat: Dieser spielt nämlich dieses Jahr wieder am King's Cup am 12. Juli. Wer im FC Stadtrat mitmachen will und noch nicht in der Whatsapp-Gruppe ist, darf sich gerne bei Tom Berger melden. Dann: Bitte, denkt daran zu badgen. Das Einreichen von Vorstössen wie immer: bis um 21.30 Uhr und die dringlichen bis um 21 Uhr.

Dann fangen wir an mit einem Ordnungsantrag der FDP/JF-Fraktion. Der Ordnungsantrag beinhaltet, dass wir Traktandum 11 und Traktandum 12 zusammennehmen. Wir stimmen gerade darüber ab.

Antrag

1 FDP/JF:

Ordnungsantrag:

Die Traktanden 11 «Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Geschlechtergerechte Strassennamen» und 12 «Motion Fraktion GB/JA! (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!): Jetzt ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung setzen und die Friedensarbeit von Frauen sichtbar machen!» sind gemeinsam zu behandeln.

Abstimmung Nr. 007

2023.SR.0112: Antrag 1

**Annahme**

Ja	38
Nein	16
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag angenommen.

#### **2024.SR.0034**

### **2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 8 vom 25.04.2024)**

**Präsidentin:** Dann kommen wir zu Traktandum 2. Es ist eine Protokollgenehmigung vom 25. April 2024. Es sind keine Änderungsanträge bei uns eingegangen. Ist das Protokoll bestritten? – Gut dann ist das unbestritten. Ich danke ganz herzlich den Verfasserinnen dieses Protokolls.

*Stillschweigende Genehmigung*

#### **2022.SR.000193**

### **3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl stellvertretendes Mitglied**

**Präsidentin:** Wir sind bei Traktandum 3. Es geht um die Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in der RWSU-Kommission. Gemäss Tischvorlage nominiert die Fraktion GFL Matthias Humbel für die zurücktretende Debora Alder-Gasser. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Gut, dann kommen wir zur Wahl. Wir wählen Matthias Humbel mittels Handerheben.

Antrag

1 GFL:

Die Fraktion GFL nominiert für die zurücktretende Debora Alder-Gasser als stellvertretendes Mitglied Matthias Humbel.

**Präsidentin:** Gibt es Enthaltungen? – Dann gratulieren wir Matthias herzlich.

*Wahl mittels Handerheben*

#### **2017.TVS.000315**

### **4 Gesamtsanierung Strassenraum Brunnhof – Fischermätteli; Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)**

**Präsidentin:** Wir sind bei Traktandum 4: Gesamtsanierung Strassenraum Brunnhof – Fischermätteli. Es ist ein Ausführungskredit und ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS – Irina Straubhaar. Kann sie bitte noch jemand anmelden?

**Irina Straubhaar (GLP)** für die PVS: Das vorliegende Geschäft hat eine lange Vorgeschichte. Schon vor 3 Jahren hat der Gemeinderat einen Anlauf genommen, das Geschäft in den Stadtrat zu bringen. Damals wurde es aber von der PVS an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, insbesondere Fragen rund um das Zusammengehen mit dem Masterplan Velo zu klären. Jetzt und heute liegt eine aktualisierte Version dieses Geschäfts vor. Ich werde zuerst kurz die Eckpunkte des Geschäfts erläutern. Diese haben sich gegenüber der vorherigen Version nicht grundlegend geändert.

Und danach werde ich auf jene Punkte eingehen, zu denen weitere Abklärungen vorgenommen wurden. Also worum geht es? Zwischen Effingerstrasse und der Endstation Fischermätteli müssen die Gleisanlage sowie die Fahrleitungen der Tramlinie 6 aus Altersgründen saniert werden. Gleichzeitig sollen auch Haltestellen in diesem Perimeter gemäss den Vorgaben des BehiG (Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen, Behindertengleichstellungsgesetz) ausgestaltet werden. Und zusätzlich wird die Sanierung dazu genutzt, die Siedlungsentwässerungsanlagen, die ebenfalls ins Alter gekommen sind, zu ersetzen und die öffentliche Beleuchtung zu erneuern. Es ist also ein Geschäft, das verschiedene Aspekte berührt und nicht nur die Stadt Bern als Bauherrin hat. An der Gesamtsanierung des Strassenraums Fischermätteli – Brunnhof sind neben der Stadt Bern auch Bernmobil, EWB und das Tiefbauamt des Kantons Bern beteiligt. Die Gesamtkosten für das Projekt betragen 42,6 Mio. Franken, wobei sich der Anteil der Stadt auf 13 Mio. Franken beläuft. Mit den Kosten unter anderem für die Projektierung und die Realisierung des Fuss- und Radwegs auf der Schwarztorstrasse sowie vorfinanzierten Kosten für die Sanierung von privaten Anschlüssen, die dann irgendwann wieder zurückkommen, und Reserven beträgt der städtischen Ausführungskredit, über den wir heute entscheiden 15,7 Mio. Franken. Davon entfallen 10,4 Mio. Franken auf die Investitionsrechnung und 5,3 Mio. Franken auf die Sonderrechnung Stadtentwässerung. Was sich gegenüber der bisherigen Vorlage geändert hat, sind die Klimaanpassungsmassnahmen, die jetzt neu Gegenstand dieser Gesamtsanierung sind. Im Projektperimeter werden im Rahmen des Projektes mehrere Bäume neu gepflanzt. Insbesondere die Endhaltestelle beziehungsweise die Wendeschleife im Fischermätteli wird deutlich stärker begrünt sein als jetzt. Zudem werden im Rahmen dieses Projekts mehrere Flächen entsiegelt. Diese Massnahmen sind in den obengenannten Zahlen zum Ausführungskredit schon enthalten. Das letzte Mal führten insbesondere ungeklärte Fragen zur Abstimmung mit dem Velo beziehungsweise mit dem Masterplan Velo dazu, dass das Geschäft zurückgewiesen wurde. Der Gemeinderat hat sich dieser Fragen noch einmal angenommen. Es ist so, dass aufgrund der engen Platzverhältnisse eine erhebliche Verbesserung für den Veloverkehr, insbesondere auf der Pestalozzistrasse, nicht möglich ist. Diese Strasse ist aber im Masterplan Velo auch nicht als Veloroute vorgesehen. Im Rahmen des Projekts können trotzdem ein paar Verbesserungen für den Veloverkehr vorgenommen werden, so auf der Brunnmattstrasse, die neu für den MIV gesperrt wird, und wo Umfahrungsmöglichkeiten der Tramhaltestelle für die Velofahrenden geschaffen werden. Auf der Weissensteinstrasse, die zwar eine Kantonsstrasse ist, wird der Velostreifen beidseitig auf 1,8 Meter verbreitert. Das sind alles Beispiele, die doch ein bisschen zu einer Verbesserung auch für die Velofahrenden beitragen. Insgesamt lässt sich sagen, dass im Projektperimeter zwar die Situation für das Velo nicht wesentlich verbessert wird, aber gleichzeitig auch, dass aufgrund der klappen Platzverhältnisse das Mögliche gemacht wird. In der Kommission haben unter anderem Fragen zum Velo, zu Diskussionen geführt.

Der Gemeinderat hat sich im Rahmen der Überarbeitung dieses Geschäfts ebenfalls noch einmal eingehend mit der Frage "Tram oder Bus?" beschäftigt und auch verschiedene Varianten für einen Busbetrieb geprüft. Er kam zum Schluss, dass aus heutiger Sicht dem Tram der Vorzug zu geben ist. Und das hat vor allem damit zu tun, dass mit der Tram-Lösung bei der Inbetriebnahme des Trams Bern-Ostermundigen kein Tram mehr am Bahnhof wenden muss und damit der stark frequentierte Raum entlastet wird. Hinzu kommt, dass für die Stadt die Investitions- und Unterhaltskosten beim Tram geringer sind. Insgesamt ist zu erwähnen, dass mit einem Busbetrieb auf dieser Strecke

aufgrund der knappen Verhältnisse auch keine massive Verbesserung für den Veloverkehr möglich wäre. Insbesondere der Punkt, ob eine Buslösung oder eine Tramlösung zu bevorzugen ist, war Gegenstand längerer Diskussionen in der Kommission.

Aus der PVS kommen noch 2 Anträge, die jetzt im Stadtrat zu beurteilen sind. Das eine ist ein Prüfauftrag, im Perimeter des Munzigerparks noch Anpassungen vorzunehmen. Der andere Antrag beantragt die Streichung von 2 Parkplätzen in der blauen Zone. Die Kommission unterstützt die beiden Anträge. Insgesamt empfiehlt euch die Kommission das Geschäft mit 8 Ja- zu 2 Neinstimmen und einer Enthaltung zur Annahme. Ebenfalls empfiehlt euch die Kommission die Annahme der Abstimmungsbotschaft.

**Präsidentin:** Danke, Irina. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Nora Joos für GB/JA!.

**Nora Joos (JA!)** für die Fraktion: Irina hat es erwähnt. Das Fischermätteli-Tram hat eine lange Vorgeschichte. Von der PVS mit dem Prüfauftrag noch einmal zurückgewiesen, liegt jetzt die neue Vorlage vor. Für die GB/JA!-Fraktion ist klar: Das Fischermätteli-Tram ist insgesamt zwar nicht das Gelbe vom Ei, aber aktuell die bessere Lösung und einem Bus vorzuziehen. Dem Nachteil, den das Tram bezüglich Veloverkehr mit den Schienen auf der Strecke Brunnmattstrasse bis Weissensteinstrasse hat, stehen nämlich 2 Hauptvorteile gegenüber. Erstens: Das Fischermätteli-Tram stellt längerfristig sicher, dass am Bahnhof kein Tram wenden muss. Ein Wendetram hat für den Perimeter Hirschengraben und den Bahnhof in Bezug auf die Anzahl betroffener Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrenden tagtäglich deutlich mehr negative Auswirkungen als die Velos, die den Brunnmattstutz oder die Pestalozzistrasse hinauf- oder hinunterfahren. Die Platzverhältnisse am Hirschengraben sind eng und unübersichtlich. Mit der Einführung des Ostermundigen-Trams kann die Wendeschleife aus dem Westen aufgehoben werden und 5 Durchfahrtstrams betrieben werden. Die GB/JA!-Fraktion ist kein Fan der Stimmen, die behaupten, man könne das Fischermätteli-Tram abschaffen und längerfristig 4 Tram-Achsen aus dem Westen und aus dem Osten anstreben. Für uns ist klar, dass wir keinen Abbau des Angebots wollen, sondern weiterhin einen starken öffentlichen Verkehr in der Stadt Bern. Dazu gehören auch Trams. Der 2. Vorteil: Mit der jetzigen Vorlage können an verschiedenen Orten Klimaanpassungsmassnahmen umgesetzt werden. Es entstehen 1'750 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche und insgesamt werden 22 oberirdische Parkplätze zu Gunsten von mehr Aufenthaltsqualität aufgehoben. Beim Fischermätteli-Wendeplatz, dem «Veieliplatz», ist das Machbare vorgesehen. Beim Munzingerplätzchen findet die GB/JA!-Fraktion, da ginge mehr. Entsprechend stimmen wir den 2 PVS-Anträgen zu. Zum Perimeter bei der Brunnhof-Haltestelle: Die GB/JA!-Fraktion freut sich, dass die komischen Stahlgerüste und Kletterpflanzen aus der ersten Vorlage des Projekts verschwunden sind und dort Bäume mit einer Wirkung auf das Stadtklima gepflanzt werden.

Wegen der Situation am Bahnhof-Hirschengraben und der Aufwertungsmassnahmen der jetzigen Vorlage stimmen wir dem Fischermätteli-Tram zu. Den Rückweisungsantrag der GFL lehnen wir ab. Der Bahnhof wird sich in Zukunft immer weiter entwickeln, sei es mit einer zweiten Tram-Achse, mit dem Richtplan Stadtraum Bahnhof oder hoffentlich dann auch mal mit der Einführung eines autofreien Bahnhofsplatzes. Dabei bringt, die Vorlage weiter zu verzögern, nichts, denn auch in 2 Jahren werden nicht alle Entwicklungen um den Bahnhof abschliessend beschlossen sein.

Abschliessend noch zur Situation der Velos: Auf dem Brunnmattstutz und der Pestalozzistrasse bleibt mit der jetzigen Lösung die Strecke für die Velos unattraktiv. Es ist gut

und wichtig, dass kleine Massnahmen vorgesehen sind, so wie beispielsweise der weiche Randstein, um die Situation ein wenig zu verbessern. Zudem soll eine schwache Spreizung der Gleisachse geprüft werden, die Tram-Troglagen, ausserhalb des Velofahrbereichs zu liegen kommen und die Gleisanlage auf dem Brunnmattstutz asymmetrisch ausgestaltet werden. Die GB/JA!-Fraktion stimmt darum den ersten 3 Anträgen der GFL zu. Die Verkehrsplanung in diesem Perimeter darf aber nicht mit diesen kleinen Verbesserungsmassnahmen für das Velo aufhören. Die GB/JA!-Fraktion freut sich beispielsweise schon jetzt auf eine möglichst schnelle Einführung von Tempo 30 auf der Könizstrasse, damit links abbiegen von der Weissensteinstrasse auf der Kreuzung mit der Könizstrasse weniger gefährlich wird, denn schlussendlich geht der Wechsel zur fossilfreien Mobilität in der Stadt Bern nur mit dem Ausbau der Infrastruktur für Velo und zu Fuss Gehende sowie mit der Stärkung des öffentlichen Verkehrs. In diesem Sinn stimmen wir dem Geschäft zu.

**Präsidentin:** Danke, Nora. Nur als nächstes kommt Timur Akçasayar für die SP-JUSO-Fraktion.

**Timur Akçasayar (SP)** für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion stimmt der Gesamtsanierung des Strassenraums Brunnhof – Fischermätteli zu, so wie die vorberatende Kommission vorschlägt. Das vorliegende Geschäft ist nicht perfekt, aber es bringt trotzdem erhebliche Verbesserungen für den öffentlichen Strassenraum. Die Aufwertung mit den zusätzlichen Bäumen, Grünflächen und den barrierefreien Haltestellen ist aus unserer Sicht endlich umzusetzen. Die Debatte konzentriert sich darauf, wie die Veloinfrastruktur verbessert werden kann und welches öffentliche Verkehrsmittel am besten geeignet ist. Aber wir sollten ein grundlegendes Bedürfnis nicht vergessen, das die Stadt mit diesem Geschäft ebenfalls umsetzen möchte, nämlich die Sanierung der Werkleitungen, die Erneuerung sowie die Kapazitätserweiterung der hundertjährigen, alten Kanalisation. Wir können uns glücklich schätzen, dass bisher noch nichts geschehen ist und keine verärgerten Bürger\*innen – entschuldigt den Ausdruck – in ihrer eigenen Scheisse sitzen bleiben. Unsere Partei setzt sich für nachhaltige Mobilität ein. Das ist ein zentrales Anliegen für eine lebenswerte und klimafreundliche Stadt. Dazu gehören ein attraktiv und gut ausgebauter öffentlicher Verkehr, eine sichere und komfortable Veloinfrastruktur sowie genügend Raum für Fussgänger\*innen. In einer dicht bebauten Stadt wie Bern ist es eine Herausforderung, all die Bedürfnisse und Ansprüche im begrenzten Strassenraum zu erfüllen. Wir sind mit den geplanten Massnahmen für die Fussgänger\*innen und insbesondere für den Veloverkehr nicht ganz glücklich, anerkennen aber, dass die Verantwortlichen ihr Bestes gemacht haben und dass auch eine Abwägung notwendig ist. An einigen Stellen gibt es für den Veloverkehr Verschlechterungen, aber gleichzeitig gibt es auch Verbesserungen an anderen Stellen. Wir können akzeptieren, dass es sich nicht um eine Velohaupttroute handelt und dass es im Quartier ausreichend alternative Wege gibt. Ich gebe zu, dass die Rückweisung durch die PVS im Jahr 2021 ja etwas Gutes hat, auch wenn ich dagegen war. So haben wir endlich auch einen sachlichen Fachbericht, der die Vor- und Nachteile der beiden Verkehrsträger offenlegt. Selbstverständlich darf Mann und Frau andere Prioritäten setzen und zu anderen Schlüssen kommen als der Kanton, als die Regionalkonferenzen und als die Stadt. Aber für gewisse Personen ist die Frage "Bus oder Tram?" eine sehr emotionale Frage. Einige gehen sogar so weit, dass sie gewisse Halbwahrheiten verbreiten und wichtige Tatsachen unterschlagen und vermitteln, dass eine Busumstellung innerhalb von wenigen Jahren, von 1 bis 2 Jahren, umgesetzt werden könne, auch wenn der Kanton das nicht möchte.

Die Argumente, die hier vorgebracht werden, erinnern mich an die früheren Vorlagen zum Tram Ostermundigen oder bei der Planung Hirschengraben. Die Gegenvorschläge haben uns als Partei und als Fraktion nicht überzeugt, da sie zu einer Verschlechterung des ÖV-Angebots führen und den kommenden Generationen einen Bus aufzwingen. Wie die Verantwortlichen auf allen Ebenen festhalten, gibt es viele Unsicherheiten, was das ÖV-Angebot angeht, und dass es in 20 Jahren neu beurteilt werden muss, je nachdem, wie sich die Stadt verdichtet, und je nachdem, wie sich das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung entwickelt hat. Jetzt auf Vorrat bestehende Infrastruktur zu beseitigen, ist nicht sinnvoll.

Für die nächsten beiden Jahrzehnte sehen wir am Erhalt des Fischermätteli-Trams deutlich mehr Vorteile als bei einer Buslösung. Und sobald das Tram Ostermundigen in Betrieb ist, haben wir von Ost nach West gleich viele Linien und können das Gesamtsystem stärken. Eine Buslösung hingegen würde andere Probleme bringen, ohne echte Verbesserungen für die Veloinfrastruktur. Denn der Bus ist breiter. Er fährt auch unberechenbarer. An den Haltestellen steht er den Velos im Weg, wie das Tram auch. Warum soll man auf ein System umsteigen, das weniger effizient, weniger ökologisch ist, weniger Fahrkomfort bietet, weniger Personen transportieren kann und somit eine Takterhöhung verlangt und zudem noch die Strassen verstopft? Es stimmt, die Stadt könnte bei einer Aufhebung des Fischermätteli-Trams und einer Umlegung der 17er Buslinie durch das Quartier Betriebskosten sparen, da eine tiefere ÖV-Abgeltung an den Kanton bezahlt werden muss. Das betrifft aber nicht die Investitionskosten. Wir können auch sagen, wir fahren generell den Service public herunter und sparen das Geld ein. Und wenn wir schon dabei sind, können wir auch die Linie 8 beim Holenackerplatz wenden lassen. Schliesslich fährt das Tram von dort auch fast leer bis zum Westside. Nein, die gemachten Vorschläge sind für uns nicht machbar. Eine Buslösung ist klar ein Abbau des ÖV-Angebots und das wollen wir nicht. Wir wollen die Lebensqualität und den Fahrkomfort für die Bevölkerung verbessern, nicht verschlechtern. Auch wollen wir die Klimaziele der Stadt übertreffen und nicht torpedieren. Ich komme noch zu den Anträgen: Wir können der Prüfung weiterer Verbesserungsmaßnahmen für den Aussenraum und die Aufhebung von 2 Parkplätzen in der Blauen Zone zustimmen. Eine Änderung der Verkehrsführung für die Autos und der Wegfall von 2 Parkplätzen zu Gunsten einer besseren Aufenthaltsqualität in der Nähe der Schulanlage Munzinger ist vertretbar. Deshalb werden wir den Anträgen der PVS zustimmen? Die kurzfristig eingereichten Anträge der Fraktion GFL lehnen wir ab. Es ist schade, dass wir diese so kurzfristig erhalten haben und darüber nicht eine richtige Debatte führen und sie auch abklären konnten. Den Rückweisungsantrag der GFL lehnen wir ganz entschieden ab, da der formulierte Auftrag an den Gemeinderat aus unserer Sicht sinnlos ist und nur ein weiterer Versuch ist, das ÖV-Angebot zu torpedieren. 2026 werden die Erkenntnisse aus der laufenden ZMB (Zweckmässigkeitsbeurteilung) Zweite Tram-Achse nichts Wesentliches für das vorliegende Geschäft ergeben. So weit ist das Vorhaben noch nicht. Ich frage mich, ob die Antragstellenden mit Bernmobil Kontakt hatten oder einfach behaupten, dass die Gleissanierung zeitlich nicht so kritisch ist. Ich bezweifle das sehr und möchte erwähnt haben, dass 2014 Sofortmassnahmen in 5 Bereichen durchgeführt wurden, um den Trambetrieb aufrechtzuerhalten. Von einer Teilsanierung kann man nicht richtig reden. Als SP-JUSO-Fraktion nehmen wir unsere Verantwortung wahr und wollen die städtische Infrastruktur sanieren, bevor etwas passiert, bei dem unter Umständen Personen verletzt werden. Auch wollen wir sanieren, bevor das Bundesamt für Verkehr Zwangsmassnahmen für einen sicheren Trambetrieb verordnet. Es wäre ganz schlimm, wenn man mit Zwangsmassnahmen eine teilsanierte Strecke hätte, aber ohne

BehiG-konforme Haltestellen, ohne Aufwertung des Strassenraums, mit erheblichen zusätzlichen Kosten, mit zusätzlichen Baustellen, für die Kanalisation, mit zusätzlichen Emissionen für die Bevölkerung. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Jetzt ist eigentlich die Zeit, die Gesamtsanierung und die Aufwertung umzusetzen, denn das Geschäft hat schon eine Ehrenrunde hinter sich. Ich danke euch.

**Präsidentin:** Merci, Timur. Dann kommt Tanja Miljanovic für die GFL.

**Tanja Miljanovic (GFL)** für die Fraktion: Was für epische Voten. Guten Abend miteinander. Ich fahre im gleichen Stil weiter. Priorisieren, langfristig planen, gesamtheitlich denken, gewichten, Interessen abwägen, sorgsam mit den Finanzen umgehen und dort sparen, wo es den wenigsten weh tut. Das sind Prämissen, nach denen die GFL handelt, Prämissen, denen wir auch dann treu bleiben, wenn es ein bisschen unbequem wird, zum Beispiel jetzt. Als mutmasslich, einzige Kritikerin hier am Rednerpunkt, aber natürlich mit der Fraktion im Rücken, erlaube ich mir doch einen Rundumschlag; einerseits, um meinen Unmut über das Geschäft zu äussern, aber auch den Fraktionen und der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu bieten, sich ein umfassendes Bild dieser Gleissanierung zu machen, statt nur zu lesen, was unser Gemeinderat und Bernmobil vorgeben.

Das Fischermätteli-Tram bewegt ganz offensichtlich die Gemüter, und wir sind mitten im Wahljahr. Das ist eine denkbar schlechte Kombination für eine pragmatische und rationale Entscheidung. Das Quartier will doch das Tram, lautet ein Killerargument. Gegen ein ganzes Quartier, auch wenn es ein kleines ist, traut sich doch keine Partei zu positionieren, nicht im Wahljahr. Und auch wir haben – ganz ehrlich – lange darüber diskutiert: Wagen wir es oder doch nicht? Was ich nicht weiss und was mich tatsächlich wundernehmen würde – das herauszufinden wäre aber eine journalistische und keine politische Arbeit und damit auch nicht mein Bier –, was mich eben wirklich wundernehmen würde, ist, wie repräsentativ und politisch neutral die besagte Quartiersitzung eigentlich war. Wir alle hier im Rat haben uns wiederholt für eine starke Quartierkommission in ganz Bern ausgesprochen. Aber auch wir alle zusammen haben öfters bemängelt, dass es in diesem Bereich noch sehr viel Luft nach oben hat. Ich erwähne das auch, weil zwischen dem Zeitpunkt der ersten Rückweisung 2021 und der Neuauflage des Geschäfts wenig Diskussions- und Informationswillen von der Seite der Stadt spürbar war, weder mit Parteien noch mit einschlägigen Verbänden. Es ist uns ein Rätsel, was in diesen ganzen 3 Jahren genau geprüft und besprochen wurde. Das Resultat dieser Prüfung, das haben wir von der Kommissionsreferentin gehört, ist eigentlich dürftig. Es hat sich nicht viel geändert. Das Ganze wirkt eher so, also habe man auf Zeit gespielt, bis sich die Wogen geglättet haben. Kommen wir doch zu Bernmobil. Der Gemeinderat sagt, Bernmobil empfiehlt die Gleissanierung und die Lösung Fischermätteli-Tram gegenüber einer Buslösung – auch hier vermeintlich ein Killerargument. Schliesslich ist Bernmobil die Fachexpertin in diesem Bereich. Ja, natürlich ist Bernmobil eine Fachexpertin oder eine Verkehrsexpertin, aber sie ist keine ganzheitliche Stadtplanerin. Und in diesem Punkt sind wir uns eigentlich als Rat sehr einig gewesen. So wollte Bernmobil auch keine zweite Tramachse in der Bundesgasse, wir aber schon. Da haben wir dagegen gestimmt und gesagt: Nein, es ist ein politischer Entscheid, den wir anders fällen. Aufgabe von Bernmobil ist es, verkehrstechnische Lösungen auszuarbeiten und vorzustellen. Die politischen Entscheidungen liegen trotzdem bei uns. Es wurde auch ins Feld geführt, dass wir mit einer Rückweisung Geld vernichten, das bereits in die Planung investiert wurde. Also bitte: Wer keine parlamentarische Mitsprache bei Geschäften wünscht, darf auch gerne einen Antrag zur Abschaffung des Parlaments

einreichen. Damit wären wir mit den wichtigsten politischen Fettnäpfchen durch. Kommen wir doch zum Sachgeschäft: Möchten wir am Fischermätteli-Tram festhalten, was die GFL aus stadtplanerischen, verkehrstechnischen und finanziellen Gründen nicht will? Aber woran wir als Parlament festhalten wollen, ist die anstehende Erneuerung der Tramgleise, die natürlich nötig ist, aber nicht zeitkritisch. Das heisst, der Gemeinderat kann sich Zeit nehmen mit seinen Entscheiden. Er schreibt selber in seinem Vortrag: "Ob langfristig eine Tram- oder eine Buslösung die beste Lösung für die Erschliessung des Fischermätteli-Quartiers sein wird, lässt sich aus heutiger Optik nicht abschliessend beurteilen." Und doch meinen gewisse Ratsmitglieder hier, dass es genau so ist, dass die GFL hier einfach einen Abbau des ÖV will. Das ist sehr schön, dass ihr das wisst. Der Gemeinderat hat es in 3 Jahren nicht geschafft, das festzuhalten. Also wunderbar, Applaus. Im Raum Bahnhof laufen in näherer Zukunft diverse weitere Planungen und Abklärungen, zum Beispiel auch zum Variantenentscheid für die zweite Tramachse, die Richtplanung rund um den Bahnhof und den Massnahmenplan zum Unesco-Weltkulturerbe. In der Frage des Fischermätteli-Trams ist die zweite Tramachse mit den verschiedenen Durchbindungsoptionen entscheidend. Dazu wird es in den nächsten Jahren auch eine Baustelle für den Umbau des Hirschengrabens geben, die den Raum prägen wird und zu zahlreichen verkehrlichen Einschränkungen führen wird. Gleichzeitig bringt das aktuell vorgeschlagene Geschäft keine Verbesserung für den Veloverkehr. Das überrascht, wenn man bedenkt, dass auf der einen Seite ein extrem schlecht ausgelastetes Fischermätteli-Tram steht, auf der anderen Seite aber Velofahrer ausgebremst werden, und das in einer sogenannten Velo-Hauptstadt.

Jetzt sind wir an der Stelle angekommen, wo der Gemeinderat sofort einwendet, dass auch bei einer provisorischen Buslösung Tramgleise aufwändig und kostenintensiv zurückgebaut werden müssen. Warum denn? In der Länggasse liegen die Tramgleise seit Jahrzehnten unangetastet unter einer dünnen Schicht Strassenbelag. Wo ist das Problem? Und auch zu einer Wertvernichtung kommt es nicht, da sich die Gleise ihrem Lebensende zuneigen. Das haben wir ja schon festgehalten. Die Mehrkosten der Tram-Lösung aber werden, und das überrascht zumindest auf der bürgerlichen Seite, ausgeblendet. Aus dem Fachbericht selber geht hervor, dass die Variante Bus für Bernmobil im Bereich Investitionen 10 Mio. Franken günstiger käme. Für den Bereich Betrieb zeigen Modellrechnungen, dass mit der Variante Bus jährlich etwa eineinhalb Millionen Franken eingespart werden könnten. Wir reden von einem Tram, das nicht ausgelastet ist. Der Gemeinderat sagt, angesichts der vielen offenen Fragen rund um den Bahnhof wäre es unverantwortlich, diese Gleise zurückzubauen. Uns scheint es hingegen unverantwortlich, vor dem gleichen Hintergrund all dieser offenen Fragen den Tram-Ast Fischermätteli neu zu bauen, weil das einfach auch nochmals teurer ist. Auch verwickelt sich der Gemeinderat selbst in Widersprüche, wenn er schreibt, dieser Tram-Entscheid sei nicht für die Ewigkeit gedacht, sondern nur bis ein wenig klarer sei, wie das Berner Tramnetz eigentlich weiterentwickelt werden sollte. Ja, will der Gemeinderat das Tram, weil das Quartier es wünscht, und das wie wir festgehalten haben das Killerargument ist? Oder möchte der Gemeinderat sich jetzt doch eben alle Optionen offenhalten?

Aus all diesen Gründen stellt die GFL-Fraktion den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts, bis die zweite Tram-Achse mitsamt den Wendeoptionen und Durchbindungen geklärt ist, also eine Verschiebung des Geschäfts und auf keine Art und Weise ein Abbau des ÖV. Es gibt tatsächlich auch mögliche Lösungen, wenn kein Tram am Bahnhof wenden müsste. Es ist möglich, aber wie anfangs erwähnt, bedingt das keine schnelle, sondern eine ganzheitliche und langfristige Planung. Da wir uns sehr wenig Chancen auf den Erfolg unserer Rückweisung erhoffen können, stellen wir natürlich

auch eine Reihe von Anträgen, die mindestens den Veloverkehr auf dem Tram-Abschnitt ein bisschen verbessern sollten. Denn eines ist das Geschäft ganz sicher nicht: Es ist nicht velofreundlich. Es war damals im Sommer 2021 der explizite Auftrag der PVS an den Gemeinderat, das Geschäft so zu überarbeiten, dass den Velofahrenden entlang der Tramlinie entgegenkommen wird, dass das Ganze sicherer wird. Passiert ist das aber höchstens kosmetisch, wie zum Beispiel eine Haltestellenumfahrung oder ein angeschrägter Randstein, mehr eigentlich nicht – und das in 3 Jahren. Man schreibt, die Velofahrenden nützen die Strecke sowieso nicht, man könne zum Beispiel über die Schwarzenburgstrasse fahren, also über eine Velohauptroute, auf der die Standards des Masterplans Veloinfrastruktur nicht eingehalten werden, ausser bei der Haltestelle Dübystrasse – genau, als man 2019 quasi den neuen Standard ausgerufen hat. Vielleicht fahren die Velos auch nicht über diese Strecke, weil es fast unmöglich und nicht sicher ist. Das wäre auch ein Gedanke. Wir hoffen, dass mindestens unsere Veloanträge unterstützt werden. Sie zielen schliesslich darauf ab, den Abstand zwischen den Gleisen und den hohen Haltestellenkanten zu verbreitern, die Fugen aus der Fahrbahn zu verbannen und die Gleislage, vor allem talwärts, bei der Pestalozzistrasse zu verbessern und dadurch das Velofahren sicherer und attraktiver für alle zu machen.

**Präsidentin:** Vielen Dank, Tanja. Dann hat das Wort Oliver Berger für die Fraktion FDP/JF.

**Oliver Berger (FDP)** für die Fraktion: Ich wohne seit knapp 20 Jahren im Mattenhof-Quartier und höre nebst Frieda, der Friedenskirche mit ihren Glocken – merci, Marcel – auch das Fünfer-Tram oder eben das Sechser-Tram, wie es heute heisst. Manchmal ist es ein bisschen lauter und manchmal ist es ein bisschen leiser oder mit dem neuen Tramlink sogar "rauschiger". Ich habe das Tram gerne. Nichtsdestotrotz ist es aber in die Jahre gekommen und aus der Zeit gefallen. Zwar gibt es das seit über 100 Jahren, aber wenn ich in meinem Bern-Reiseführer von 1913 nachschaue, dann sehe ich, dass es auch schon früher andere Tramlinien gegeben hat oder eben keine und man das immer wieder angepasst hat. Die Mobilität oder die Bahnen oder das Tram ist immer mit dem Zeitgeist gegangen. Museumsbahnen sind zwar schön, aber eben etwas für Nostalgiker und Liebhaberinnen und eher teuer im Betrieb und Unterhalt. Die vorgesehene Strassenraumsanierung oder eben die Gleissanierung der Linie 6 auf dem Abschnitt Brunnmatt-Fischermätteli ist aus der Sicht der Fraktion FDP/JF nicht zweckmässig oder verhältnismässig. Die Linie 6 hat in der Regel auch auf dem dichtesten Abschnitt beim Kocherpark weniger als 25 Passagiere. Das sogenannte Verkehrsaufkommen lässt keinen kostendeckenden oder wirtschaftlichen Betrieb zu. Es bräuchte eigentlich 40 Personen auf dem dichtesten Abschnitt. Das wird unterschritten. Zwar kann man argumentieren, dass man ja die Sechser-Trams mit den Zehner-Trams zusammenhängen könnte, die es dann mal geben wird, oder vielleicht sogar die Linie erweitern bis ins Liebefeld. Aber dabei weiss ich ehrlich gesagt nicht, wie viele dieser Reiseführer noch herauskommen, bis ich das erlebe. Das Argument mit dem Meinen-Areal, dass damit das Passagieraufkommen zunehmen würde, verhält aus unserer Sicht nicht. Das Areal ist in Walking Distance zu den bisherigen Haltestellen der Linien 7, 8 oder 17. Und es wäre sogar auch ohne Tram gut zu Fuss erreichbar. Der aktuelle Zehnminutentakt der Linie 6 ist zudem nicht gerade bevölkerungsfreundlich. Ein kürzerer Takt mit kleineren Einheiten wäre zielführender oder eben auch kundenfreundlicher. Natürlich wäre auch eine andere Routenwahl möglich, könnte man prüfen, eine neue Linienkombinationen mit dem 17er-Bus etc. Das wäre alles sinnvoller als eine teure Gleissanierung bei klammen Stadtfinanzen, die ein noch tieferes Loch in die Kasse reissen würde.

Die Lösung ist nicht kompliziert. Nein, es ist relativ pragmatisch. Schon heute kommt nämlich, wenn das Tram ausfällt, der Bus. Der fährt und der funktioniert. Der Bus ist flexibler. Er kann mit einer besseren Taktfrequenz fahren und kostet pro Jahr – wir haben es vorhin gehört – 1,5 Millionen weniger im Betrieb. Wenn man die Haltestellen – und das ist ja dann auch im Antrag drin – zusammenlegen würde, könnte man noch mehr einsparen. Die Fahrzeit ist zudem rund eine Minute kürzer und wie ich schon habe gesagt, könnte man es auch mit dem 17er zusammenlegen und sinnvoll kombinieren. Es gibt also durchaus eine taugliche, verhältnismässige und kostengünstige Alternative zum Tram. Wir als Fraktion FDP und JF lehnen deshalb das Geschäft in allen Punkten ab. Die Anträge der GFL nehmen wir an und die Anträge der PVS lehnen wir ebenfalls ab.

Ich habe das 5er- oder, wie man heute sagt, 6er-Tram sehr gerne, aber es geht nicht um eine emotionale, sondern um eine rationale Entscheidung. Wir müssen mit der Zeit gehen. Vielleicht erlaubt ihr mir noch eine Anekdote aus dem Bernführer "über die Schönheiten der Berner Bundeshauptstadt", notabene. Eine Fahrt mit der Droschke hat früher pro Viertelstunde 1 Franken gekostet, eine Motor-Droschke pro 166 Meter 10 Rappen, für höher gelegene Punkte mit einem Zuschlag versehen. Oder man konnte sogar – vielleicht gendertechnisch nicht ganz neutral – einen Dienst- oder Gepäckmann mieten für 40 Rappen pro Botengang in der Innenstadt. Auch diese Angebote mussten mit der Zeit gehen und sind mit der Zeit gegangen. Fazit: Die anderthalb Kilometer oder 1,1 Kilometer, wenn man es genau misst, Schienenstrang können in den nächsten 30 Jahren nicht auf einen rot-grünen Zweig kommen. Ein guter, moderner Elektrobus reicht für das Fischmätteli. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

**Präsidentin:** Merci, Oliver. Dann kommt Alexander Feuz für die SVP.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Wir sehen das Geschäft sehr differenziert. Ich bin froh, dass die GFL einen Rückweisungsantrag gestellt hat. Wenn wir ihn gestellt hätten, wäre er sicher abgelehnt worden. Erlaubt mir ein paar allgemeine Bemerkungen. Wie gesagt, wir sind keine Tram-Gegner. Wir haben diverse Vorstösse eingereicht zum Tram, wir haben einfach gewisse Fragezeichen punkto Linienführung. Es ist mir klar, dass man nicht alles an diesem Geschäft aufgleisen kann. Darum haben wir uns überlegt selber noch 2 Anträge zu stellen. Wir haben sie nicht gestellt, weil wir sagen, wir müssen die Zweckmässigkeitsbeurteilung abwarten. Aber wenn man wirklich an der Tramsituation, die gerade in den Hauptgassen unglücklich ist, und Rochademöglichkeiten hat man bekanntlich keine, ändern will, hätte man grossflächig etwas anders machen müssen. Ich bin der Meinung, dass, wenn das Tram durch die Bundesgasse, die Speichergasse oder Nägeligasse fährt, das alles problematische Standorte sind. Ihr habt es gerade wieder gesehen punkto Sicherheit, wie oft man beim Bundeshaus eben nicht durchkommt. Wir waren immer der Meinung, man sollte über die Monbijoubrücke eine weitere Achse planen, dann könnte man wirklich rochieren. Das würde etwas bringen. Auch wenn beim Zytglogge ein Knoten entsteht, spielt es keine Rolle, ob man von der Bundesgasse her ansteht oder von der Nägeligasse oder bei der Marktgasse unten ansteht. Dann geht dort gar nichts mehr. Deshalb sind wir der Meinung – wir haben das auch in der Vernehmlassung so eingereicht –, man sollte die Sache dort prüfen. Wie gesagt, haben wir keinen Antrag gestellt. Wir hoffen auf die Zweckmässigkeitsbeurteilung, die nachher mehr offenlegen würde. Es ist für mich immer ein Wunder, wieso die Verkehrsplaner folgendes nie entwickelt haben – da ist die SVP kreativer. Richtung Insel, dass dort viel Verkehr ist, ist klar, auch in Richtung Köniz. Für mich ist klar, dass man die RBS-Linie hätte weiterziehen müssen Richtung Köniz, ober- oder unterirdisch.

Dann hätten wir einen ganz anderen Spielraum, hätten ganz andere Möglichkeiten. Und bei dieser Ausgangslage scheint uns der Rückweisungsantrag richtig. Dann haben wir alle Varianten offen, wir verbauen uns noch nichts. Ihr wisst, dass ich langjähriger Delegierter in der Quartierkommission Kirchenfeld bin. Was hat man uns 2016 gesagt? Die Tramschienen im unteren Bereich Thunstrasse, also Helvetiaplatz bis Geelhaar, Migros Louisenstrasse, seien höchst desolat. Und ihr seht, das Tram fährt immer noch durch. Also es ist nicht abgesprochen worden. Und darum sind wir der Meinung, dass, wenn die ZMB 2026 vorliegt, man immer noch drübergehen kann. Dann halten wir alles offen. Wir haben uns nichts vergeben. Eventuell stimmen wir dann auch dem Geschäft zu, weil wir sagen: Ja, man kann es jetzt nicht anders machen, es ist diese Lösung. Ich habe immer gesagt, dass allenfalls das Meinen-Areal ein Grund wäre, aber Oliver Berger hat es schon ausgeführt. Das Meinen-Areal ist nicht eine einsame Wüste. Wir haben dort noch andere Tramlinien, die rasch erreichbar sind. Dem Antrag der GFL werden wir zustimmen. Ich hoffe, ich gebe ihm nicht den Todeskuss, indem wir diesem Antrag zustimmen. Ich habe ihn selber nicht gestellt, aber ich habe auch versucht, relativ sachlich dieser Sache zu entgegenen. Auch den Anträgen der PVS werden wir nicht zustimmen. Wie gesagt, ich bin Ersatzreferent. Janosch hatte heute einen Termin, der länger gegangen ist. Wir werden jetzt schauen, wie das ausgeht. Wenn diese Anträge durchkommen, werden wir wahrscheinlich das ganze Geschäft ablehnen, aber für uns ist wichtig, dass wir den Rückweisungsantrag unterstützen. Wir halten alles offen. Man kann nochmals, wie es die französische Sprache so schön sagt, reculer pour mieux sauter, ein wenig zurückgehen und nachher entscheiden, dann haben wir mehr Entscheidungsgrundlagen. Dann kann man sagen, wohin die Tram-Achsen gehen, und dann kann man die nötigen Konsequenzen sehen. Deshalb bitte ich euch, dem Antrag der GFL zuzustimmen.

**Präsidentin:** Danke an Alex. Dann kommt Irina Straubhaar von der GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

**Irina Straubhaar (GLP)** für die Fraktion: Natürlich wirkt das Projekt auf den ersten Blick nicht extrem attraktiv. Es geht um Tramschienen, um Werkleitungen und hie und da ein paar Verbesserungen des Strassenraums. Das liegt in der Natur solcher Projekte, bei denen es vor allem darum geht, die bestehende Infrastruktur wieder instand zu setzen, sodass sie weiterhin auf Jahre hinaus gebraucht werden kann. Und gerade auch das gehört zu den wichtigen Aufgaben jener, die für Infrastrukturen zuständig sind. Wir als GLP/JGLP/EVP-Fraktion unterstützen daher das heute vorliegende Geschäft. Auch wenn wir in der Vergangenheit zu denen gehört haben, die kritisch waren, sind wir jetzt der Ansicht, dass mit den zusätzlichen Abklärungen und Anpassungen eine gute Grundlage vorliegt, um dieser Vorlage zuzustimmen. Aus unserer Sicht spricht zuerst einmal die grundsätzliche Notwendigkeit, wie ich einleitend schon sagte, von Sanierungsmassnahmen, sei das für die Tramschienen oder für die Werkleitungen, für das Projekt. Die Gründe, weshalb man weiterhin am Tram festhält, sind aus unserer Sicht in dieser überarbeiteten Version schlüssig dargelegt worden. Es geht bei dieser Überlegung nämlich nicht nur um den Raum zwischen dem Fischermätteli und dem Brunnhof, sondern um das ganze Tram-System in der Region Bern. Nur mit dem Fischermätteli-Tram werden in Zukunft, wenn dann das Tram Bern-Ostermundigen realisiert ist, gleichviele Tram-Achsen im Westen wie im Osten liegen. Und das ist wichtig für ein gutes Funktionieren der Trams, insbesondere auch im Raum um den Bahnhof. Zusätzlich wurde aufgezeigt, dass ein Busbetrieb nur dann kostengünstiger wäre, wenn man dafür eine

schlechtere Erschliessung in Kauf nehmen würde. Der nächste Punkt, der für uns wichtig ist, waren die Fragen rund um den Masterplan Velo. Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass grössere Verbesserungen für das Velo auf der Tram-Achse möglich gewesen wären. Gleichzeitig ist es nicht eine im Masterplan priorisierte Route, und den Leuten auf dem Velo stehen mit der Könizstrasse oder anderen Quartierstrassen gute Alternativen zur Verfügung. Wir sind zur Einsicht gekommen, dass viele Nachteile für das Velo auf dieser Strecke auch mit einem Busbetrieb vorhanden wären.

Dass sich die Stadt und insbesondere Bernmobil, was die Wendeschleife betrifft, im überarbeiteten Projekt auch noch die Mühe gemacht haben, so gut wie möglich Klimaanpassungsmassnahmen in Form von zusätzlichen Bäumen und entsiegelten Flächen möglich zu machen, sehen wir ebenfalls positiv. Wir würden zwar zum heutigen Zeitpunkt das Tram vielleicht nicht neu bauen, aber diese Tramlinie abzureissen, kann langfristig auch nach hinten losgehen, wie man es im Fall der Länggasse jetzt sieht. Dort gab es nämlich einmal ein Tram und nachher hat man es zurückgebaut und jetzt ist es wieder in der langfristigen Planung drin. Diesen Fall wollen wir verhindern. Wir wollen, dass das Tram Fischermätteli weiterhin fährt und keine Notsanierungen nötig werden, weil man die Vorlage jetzt bachab schickt. Deshalb stimmen wir diesem Geschäft zu.

Noch kurz zu den Anträgen: Dass wir den Rückweisungsantrag der GLF nicht annehmen, das muss ich, glaube ich, nicht mehr ausführen. Wir werden den PVS-Antrag 2 annehmen, da es sich um einen Prüfauftrag handelt. Zum dritten Antrag sagen wir Nein, weil wir der Meinung sind, dass es in diesem Projekt schon zum Abbau von Parkplätzen kommt. Und wir sehen auch keinen Mehrwert von Aufwertungsmassnahmen an diesem Ort. Bei der Tischvorlage ist es so, dass wir die Anträge der GLF grundsätzlich ablehnen. Aus unserer Sicht greifen diese Anträge zu stark in die Planung ein. Wir sind jetzt schon beim Ausführungsprojekt, die hätten eigentlich früher gestellt werden müssen. Was wir aber unterstützen, ist der zweite Antrag der GFL auf der Tischvorlage, weil dieser Antrag aus unserer Sicht neue Möglichkeiten schafft und nicht zu weiteren Problemstellungen führt.

**Präsidentin:** Merci, Irina. Dann kommt Lionel Gaudy für die Mitte.

**Lionel Gaudy (Mitte)** für die Fraktion: Die Mitte steht dem Projekt nicht ganz so emotional gegenüber wie andere Vorrednerinnen und Vorredner. In unseren Augen ist ein gut funktionierender ÖV ein Muss für die Stadt Bern und das ist ein Projekt, das dazu beiträgt, dass eben der ÖV weiterhin gut funktioniert. Die Frage vorneweg, ob wir jetzt zum Beispiel heute das Tram noch einmal würden bauen wollen, glaube ich, kann man mit Nein beantworten. Darin sind sich die meisten hier drin einig, und sogar der Gemeinderat hat in seinem Vortrag darauf hingewiesen, dass eben nicht ganz klar entschieden ist, ob die Tramlinie Fischermätteli wirklich nötig ist respektive ob das Passagieraufkommen hoch genug ist, damit es eben ein Tram rechtfertigt. Es gibt einige Argumente, die dafür sprechen, die Tramlinie zu sanieren. Einerseits ist es auch mit grossen Kosten verbunden, wenn man sie zurückbauen müsste. Gleichzeitig, wie wir auch schon gehört haben, sind auch Sanierungen der Siedlungsentwässerung nötig. Und da muss man einfach auch ein bisschen an die Bevölkerung denken. Ich glaube, man möchte diesen Quartierbewohnerinnen und -bewohnern nicht zumuten, dass, wenn man jetzt eine Rückweisung macht, dann in 3 Jahren die Sanierung trotzdem nötig ist, so dass sie nachher zweimal eine Riesenbaustelle vor dem Haus haben. Das ist nämlich auch mit grossen Einschränkungen verbunden. Dass dort die Verkehrsführung nicht optimal ist für die Velofahrenden, liegt glaube ich auch auf der Hand. Es ist ein Stutz,

es gibt Kurven, es ist nicht endlos Platz vorhanden. Man kann nicht Velos, MIV, ÖV trennen, und auch noch genug Platz für zu Fuss Gehende haben. Da hat man halt ein Stück weit die städtebaulichen Vorgaben, an denen man sich orientieren und quasi das Beste daraus machen muss. Wir sind auch klar der Meinung, dass eine Buslinie nicht eine extrem grosse Verbesserung für den Veloverkehr bringen würde, weil, wie auch schon gesagt wurde, der Bus etwas breiter ist. Er braucht auch viel Platz. Das Tram hat immerhin den Vorteil, dass es immer am genau gleichen Ort fährt, nämlich in den Schienen. Das ist beim Bus auch nicht ganz so und deshalb hat man mit dem Velo sicher auch eine gewisse Sicherheit, indem man eben weiss, wo das Tram ist. Und man kann es auch gut einschätzen. Es sind nachher noch einige Verbesserungsmassnahmen aufgenommen worden nach der Rückweisung durch die PVS vor 3 Jahren. Ob das wirklich alles ist, was man herausholen kann, können wir als Milizparlamentarier\*innen nicht beantworten. Es gibt sicher gewisse Verbesserungen und nichtsdestotrotz gibt es auch in den Quartierstrassen immer noch super Möglichkeiten für Leute, die mit dem Velo unterwegs sind, schnell von A nach B zu kommen. Und darum sind wir eigentlich überzeugt, dass das Projekt dem Rechnung trägt. Wir werden hier Ja sagen, die Rückweisung der GFL werden wir ablehnen. Dass in 2 Jahren plötzlich eine zweite Tram-Achse beschlossen sein soll, das sehen wir ehrlich gesagt nicht. Die Änderungsanträge der PVS werden wir auch ablehnen. Dort ist es wieder einmal schade, dass man alle Sanierungsprojekte mit ideologischen Massnahmen zu überladen versucht – da noch eine Strasse zu sperren und dort Parkplätze aufheben. In den Quartieren gibt es weiterhin Leute, die auf die Parkplätze angewiesen sind, und wenn man nicht in die kleinen Quartierstrassen hineinfahren kann, hat man einfach Mehrverkehr in anderen Quartierstrassen und das kann ja auch nicht das Ziel sein.

Die Anträge der GFL werden wir mit der Ausnahme von Antrag 1 und 2 ablehnen. Grund dafür ist, dass wir zu wenig Zeit hatten, diese eingehend zu prüfen. Im Antrag 2 sehen wir eine Chance. Ich glaube, das könnte noch eine weitere Verbesserungsmassnahme sein und in Bezug auf Antrag 1 wirkt es fast wie ein Übersehen von Seiten der Stadt, dass man eben die Tram-Trogfugen wieder so plant, dass sie den Velofahrenden in die Quere kommen.

Ja, die Tramlinie 6, ehemals Tramlinie 5, ich bin aufgewachsen auf der anderen Seite, im Ostring, hat eine gewisse Freundschaft gegeben mit denen vom Fischermätteli, die ja quasi mit dem gleichen Traum verbunden waren. Ich habe ein paar Erinnerungen vom Hin- und Herfahren in diesem Tram in Jugendzeiten und wir wünschen uns von der Mitte, dass das Tram auch weiterhin fahren kann, und haben das Gefühl, dass dieses für den ÖV der Stadt Bern auch Entwicklungspotenzial gibt, das wir jetzt nicht unnötigerweise aufgeben möchten.

**Präsidentin:** Merci, Lionel. Wir sind bei den Einzelvoten. Michael Ruefer.

**Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum:** Ich möchte noch ein paar Punkte aus den Voten der Fraktionen aufnehmen, weil ich mich politisch logischerweise sehr stark mit dem ÖV beschäftige, aber seit etwa 10 Jahren auch beruflich. Und was mir am meisten von diesen Voten geblieben ist, ist, dass, wenn wir uns jetzt für eine Buslösung einsetzen, mir persönlich ist es eigentlich völlig egal, ob das ein Tram ist oder ein Bus, eine Buslösung nicht a priori ein ÖV-Abbau ist. Denn das ist einfach so. Es ist ein kleineres Gefährt, ein kleineres Gefäss. Man kann mehr davon einsetzen und man kann zum Beispiel, das haben Berechnungen gezeigt, das könnt ihr auch im Fachbericht nachlesen, in einem 6-Minuten-Takt fahren statt wie bis jetzt in einem Zehnminuten-Takt und das heisst auch, dass man tatsächlich den Service Public ausbauen könnte. Denn Fakt

ist jetzt einfach auch, wenn man die Zahlen anschaut, Oliver Berger hat es vorhin ausgeführt, dass der Ast Bern-Bahnhof – Fischermätteli de facto die Kriterien des Kantons unterschreitet. Und das wird nur weiter subventioniert und durch die Angebotsverordnung weiter getragen, weil man den Ast zusammenhängt. Und wenn man den nicht zusammenhängen würde, würde das Angebot nicht mehr finanziert und entsprechend ist es doch eigentlich unser Interesse hier auch als finanzkompetentes Organ, aber auch als Steuerzahlende, dass wir auf eine Service public hinarbeiten, bei dem eben etwas für das Geld da ist und der eben ein besseres ÖV-Angebot ermöglichen würde. Es ist aber auch Fakt, und das ist einfach auch ein bisschen der Governance geschuldet, wie wir Verkehrspolitik machen in der Region, im Kanton und in der Stadt Bern: Wir reden eigentlich nicht über Angebote in der Stadt, wir können uns eigentlich nicht zu ÖV-Angeboten äussern. Das macht die Regionalkonferenz Bern-Mittelland, das macht der Kanton, und das ist eigentlich auf exekutiver Ebene verankert. Und entsprechend äussern wir uns halt nur ab und zu zu Infrastrukturprojekten. Und daran erhitzen sich eben dann jeweils ein bisschen die Gemüter. Und mein Appell – und das wäre eigentlich auch ein bisschen mein Wunsch – wäre, dass man zum Beispiel auch zu einer zweiten Tram-Achse, über die schon viel herumgeboten wurde, hier dann vielleicht auch als Stadtrat oder zumindest als PVS Stellung nehmen könnte. Damit kann man nämlich verhindern, dass man nachher 5 Jahre später, wenn man nachher zu einem Projektierungskredit kommt, zu einem Ausführungskredit kommt, die Basis, die essenziellen Diskussionen wieder aufbrechen. Es geht de facto aber gar nicht um die Infrastruktur. Vielmehr interessiert uns das Angebot. Und deshalb würde ich halt schon beliebt machen, dass man das vielleicht einmal überdenkt. Ich glaube, das ist sogar in der Gemeindeordnung verankert, wenn mich nicht alles täuscht. Dann möchte ich noch ganz kurz etwas sagen generell zu diesem sachlichen Fachbericht. Dort haben wir uns tatsächlich ein bisschen die Frage gestellt, bei der Durchsicht: Also, es ist 3 Jahre gegangen, bis uns jetzt das Projekt wieder vorgelegt wurde. Man hat uns immer gesagt: Ja, es kommt. Wir sind noch dran, wir sind noch am Abklären, aber de facto hatte ich – und ich bin auch noch im Regionalvorstand des VCS Bern-Mittelland – nicht das Gefühl, dass man uns jetzt super einbezogen und mit uns Lösungen weiterentwickelt hätte. Und entsprechend ist das, finde ich, wirklich sehr dürftig, was wir hier haben. Und auch die Kritik von Pro Velo an dieser Vorlage ist fundamental, weil man sieht, dass überhaupt keine Lust da ist, etwas für die Velofahrenden zu tun. Man macht wirklich marginalst etwas. Auf der Weissensteinstrasse gibt es sogar eine Verschlechterung. Man macht jetzt eine Kaphaltestelle und baut den Velostreifen ab. Und gleichzeitig sagt man, das sei dann auch noch eine Umfahrung, eine Alternativroute zusammen mit der Schwarzenburg- oder Könizstrasse. Und eben: Auch dort werden die Velo-Standards nicht eingehalten, und da fragt man sich schon ein bisschen, wo man gut Velofahren kann in diesem Perimeter.

*Die Präsidentin bittet den Votanten, zum Schluss zu kommen.*

Das ist die entscheidende Frage. Und entsprechend mache ich wirklich beliebt, dass ihr, wenn ihr unserem Rückweisungsantrag nicht zustimmen könnt, zumindest unsere Velo-Anträge annimmt. Danke vielmals.

**Präsidentin:** Danke, Michael. Dann kommt Barbara Keller.

**Barbara Keller (SP), Einzelvotum:** Ich halte heute ein Einzelvotum aus Sicht der Quartiersektionen SP Bern-Süd und SP Holligen, die im Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl und eben Fischermätteli zu Hause sind. Eine gute ÖV-Erschliessung ist Service public und leistet einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung. Wir sprechen

uns deshalb klar für das Sanierungsprojekt des Tramasts Brunnmatt-Fischermätteli aus. Damit ist weiterhin eine gute ÖV-Schliessung des Quartiers garantiert. Die Haltestellen werden hindernisfrei und Quartierplätze aufgewertet.

Gerade dieser hindernisfreie Umbau darf auf keinen Fall weiter hinausgeschoben werden. Es braucht eine Sanierung der Tram-Infrastruktur, um den Trambetrieb weiterführen zu können. Die QM 3 hat bei der Quartiermitwirkung viel Zeit investiert und sich intensiv mit dem Geschäft befasst. Das ist wichtig für eine gute Demokratie und eine Beteiligung der Quartiere. Das schlecht zu machen, finde ich eher schwierig.

Zu den Anträgen, die jetzt kurzfristig vorgelegt wurden, also vor allem die Tischvorlagen: Wir finden es ziemlich unseriös, wenn man in der letzten Minute noch solche Anträge einreicht. Es muss doch die Möglichkeit geben, dass man diese intensiv prüfen kann, um zu schauen, was die wirklich für Auswirkungen haben. Zum Beispiel hat der erste Antrag der GFL die Auswirkung, dass das ganze Projekt umprojektiert werden müsste. Es gleicht also quasi einer Rückweisung des Projekts. Im Quartier sind die Stimmen klar, und zwar nicht nur im Quartier, auch in der Stadt, in der Region, vom Betreiber und vom Kanton. Alle wollen das Fischermätteli-Tram beibehalten. Unser Fischermätteli-Tram leistet einen wichtigen Beitrag, damit auch in Zukunft noch mehr Menschen nachhaltig und klimaschonend unterwegs sein können. Wir bitten euch deshalb, das Geschäft anzunehmen und die neuen Anträge abzulehnen.

**Präsidentin:** Merci, Barbara. Dann kommt Simone Machado.

**Simone Machado (GaP), Einzelvotum:** Wir haben da eine nicht optimale Lösung, wie auch der Gemeinderat selber sagt. Was macht man, wenn man eine nicht optimale Lösung hat? Man macht entweder nichts oder wartet, bis sie besser ist. Der Unterhalt für das Tram kann ohne Probleme weiter mit Reparaturen gewährleistet werden. Das war vor der Sanierung auch im Ostring-Sonnenhof möglich. 5 Jahre hat man dort problemlos überbrücken können. Liebe Leute, es geht um 42 Mio. Franken aus verschiedenen "Kässeli". Denkt hier drinnen auch jemand an die Steuerzahler? Die 42 Mio. rechtfertigen ein Zuwarten, bis man die ZMB Zweite Tram-Achse Innenstadt hat. Dort gibt es eventuell neue Erkenntnisse für die Verbindung mit dem Fischermätteli-Tram. Das ist ein zweiter Grund zuzuwarten. Das Tram ist meistens leer. Ich steige jeden Tag an der Tramhaltestelle Fischermätteli in den 17er Bus ein und lasse das Tram eben leer losfahren. Die Quartierbevölkerung, die so sehr an diesem Tram hängt, benutzt es offenbar zu einem grossen Teil nicht selber. Noch einmal: 42 Mio. Franken Staatsgelder für ein kaum frequentiertes Tram auszugeben, darüber können wir gut noch einmal schlafen und den Antrag der GFL auf Rückweisung annehmen.

**Präsidentin:** Danke, Simone. Somit kommen wir zum Votum von Gemeinderätin Kruit.

**Marieke Kruit, Direktorin TVS:** Der ÖV wird weiter eine zentrale Rolle in der städtischen Mobilität spielen, schon nur, weil der öffentliche Raum knapp ist und der ÖV eines der flächeneffizientesten Verkehrsmittel in der Stadt ist. Klimaneutralität im Verkehr erreichen wir nur, wenn wir den ÖV als Rückgrat des Umweltverbunds weiter stärken. Einig sind sich fast alle hier drin über die folgenden Punkte: Die Gleise sind in die Jahre gekommen. Es braucht dringend eine Gesamtanierung, sonst gibt es kostspielige und vor allem nicht nachhaltige Notlösungen. Auch die fehlende Hindernisfreiheit bei den Haltestellen stellt niemand infrage. Das müssen wir dringend angehen. Die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Velofahrende und Leute, die zu Fuss unterwegs sind, auch darin herrscht Konsens, wie auch bei den klimaangepassten Umgestaltungen, die

wir wo immer möglich umsetzen müssen. Ja, es scheiden sich die Geister vor allem bei der Frage, ob ein Tram ins Fischermätteli fahren soll oder ob auf einen Bus umgestellt werden soll. Es wird dabei auch ins Feld geführt, der Kanton sei nur auf Druck der Stadt für die vorgeschlagene Lösung mit einem Tram. Ich kann euch beruhigen: Das ist nicht so. Es stimmt, der Kanton war auch mal anderer Meinung. Dann aber haben sich die Rahmenbedingungen geändert, als die Tramlinie nach Köniz abgelehnt wurde. Eine wichtige Rolle spielt nämlich, dass es mit den Tram-Ästen von Osten und Westen aufgeht. Wenn das Tram nach Ostermundigen fährt, geht es mit der Linie ins Fischermätteli eben wieder auf.

Ihr fragt euch vielleicht: Wo ist das Problem? Heute geht es auch nicht auf. Das 3er Tram fährt nur bis an den Bahnhof. Ja, aus meiner Sicht gibt es da nur eine Antwort: Mit dem Ostermundigen-Tram könnten wir das eben endlich beheben und dann gibt es viel weniger Wendemanöver im Raum Bahnhof-Hirschengraben. Und das müssen wir doch wirklich unbedingt anstreben, denn das wäre für alle Verkehrsteilnehmenden eine deutliche Verbesserung. Klar kann man dafür argumentieren, nur noch 4 durchgebundene Linien zu haben. Das ginge aber nur, wenn noch eine weitere Linie gekappt würde, eine Tramlinie, auch noch eine im Osten. Ja, liebe Stadträtinnen und Stadträte, so ein Tram-Ast-Streichkonzert – das kann es doch nicht sein, gerade auch wenn wir mit Blick auf das Klima einen starken ÖV wollen. Das wäre ein klarer Abbau der ÖV-Qualität. Im Fachbericht zeigen wir noch einmal auf – das in Absprache und Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Region –, warum die Tram-Lösung trotz auch den negativen Aspekten eben zum Beispiel für den Veloverkehr zurzeit die richtige Lösung ist. Und auch der Entscheid ist natürlich nicht für die Ewigkeit. Ja, es ist so. Die Zahlen aus dem Gesamtverkehrsmodell und die Abklärungen, die damit verbunden sind, zeigen auf, dass das Fischermätteli-Quartier grundsätzlich auch mit einem Bus erschlossen werden könnte. Fakt ist aber auch, dass die Prognosen des GVM (Gesamtverkehrsmodell) mit gewissen Unsicherheiten behaftet sind. Seit Corona hat sich das Mobilitätsverhalten verändert. Während der Pandemie ist das Fahrgastaufkommen wirklich enorm zurückgegangen. Wegen Homeoffice wurde vermutet, dass diese Zahlen längerfristig tiefer sein werden. Wie man aber schon jetzt sieht, trifft das eben nicht zu. Die Fahrgastzahlen sind auf vielen Strecken wieder fast auf dem Niveau von vor Corona. Es hat aber gewisse Verschiebungen bei den Stosszeiten gegeben. Wie sich das weiterentwickelt, ist zurzeit schwer abschätzbar. Das muss wirklich die Zukunft zeigen und das wissen wir auch nicht schon in 2 Jahren, sondern das müssen wir wirklich längerfristig anschauen.

Dann noch zum Veloverkehr. Ja, es ist so, es gibt auf dem Brunnmattstutz keine optimale Lösung für den Veloverkehr. Die Fläche dort lässt das einfach nicht zu. Mit einer Buslösung wären keine Tramschienen mehr da. Das wäre sicher ein Vorteil, aber aufgrund der beschränkten Breite wären trotzdem nicht auf beiden Seiten Velostreifen möglich, wie es der Masterplan vorsieht. Es wäre eine beschränkte Verbesserung, die einen umso grösseren Haken mit sich bringen würde. Beim Hirschengraben würde sich nämlich die Situation verschlechtern, weil es eben die Wendemanöver braucht. Und dieser Abschnitt ist viel mehr von Velos frequentiert als die Teilabschnitte im Quartier. Bei der Güterabwägung gilt es auch zu beachten, dass die meisten Velos im Mattenhof Routen nehmen, die weniger steil sind, zum Beispiel die Könizstrasse oder die Schwarzenburgstrasse. Das zeigen auch Verkehrszählungen. Ich komme zum Schluss. Gestützt auf den Fachbericht, der die neusten Verkehrsprognosen des Kantons berücksichtigt, ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass eine Erschliessung per Bus zwar grundsätzlich möglich wäre, eine Tramlinie aus Gesamtsicht jedoch entscheidende Vorteile hat.

So können nach Inbetriebnahme des Trams Bern-Ostermundigen alle Tramlinien als Durchmesserlinien geführt werden und so kann der Raum Bahnhof von Tramwendemanövern entlastet werden. Weiter ist zu erwähnen, dass für den Raum Bahnhof diverse Planungen und Abklärungen laufen. Das ist auch schon erwähnt worden, zum Beispiel zur Realisierung der zweiten Tram-Achse durch die Innenstadt. Der Gemeinderat hält es in der Gesamtbetrachtung nicht für angezeigt, eine Tram-Infrastruktur aufwendig zurückzubauen, bevor klar ist, welche Lösung für das Gesamtsystem und für den Raum Bahnhof in Zukunft die Beste ist. Ich erinnere euch gerne noch einmal daran, dass wir das grosse Ganze wirklich nicht aus den Augen verlieren dürfen. Die Vorlage ist eben mehr als nur die Verlegung von neuen Gleisen. Wir wollen gleichzeitig Haltestellen barrierefrei gestalten, Klimaanpassungsmassnahmen umsetzen, Werkleitungen ersetzen und den Strassenraum aufwerten und damit auch die Verkehrssicherheit erhöhen. Jetzt über Jahre mit Provisorien zu leben und alles auf on hold zu stellen, ist wirklich keine gute Lösung. Der Gemeinderat bittet euch auch, dem Ausführungskredit zuhanden der Stimmbevölkerung zuzustimmen.

Dann noch kurz etwas zu den Anträgen. Die beiden Prüfanträge der PSV können wir so entgegennehmen. Dann aber zum Rückweisungsantrag der GFL: Zuerst eine Klarstellung: 2014 hat es sich nicht um eine Teilsanierung der Gleisanlage gehandelt, sondern um kurzfristige Sanierungsmassnahmen, also zum grössten Teil Notlösungen. Seitdem sind die Gleise weiter gealtert und an vielen Stellen stark sanierungsbedürftig. Hinzu kommt der Sanierungsbedarf beim Strassenraum und eben auch bei den Abwasseranlagen. Damit können wir wirklich nicht mehr ewig zuwarten. Das muss ich euch sagen. Der Antrag will den Entscheid um 2 bis 3 Jahre zurückverschieben, bis gefestigte Resultate aus der ZMB Zweite Tram-Achse vorliegen. Ja, das mag auf den ersten Blick nachvollziehbar sein, aber Tatsache ist, dass dann vielleicht ein definitives Resultat vorliegt in Form der Planungsstudie. Mit dieser Studie ist aber noch nichts gebaut und ist auch noch kein Kredit genehmigt. Eine solcher Planungs-, Finanzierungs- und Entscheidungsprozess dauert erfahrungsgemäss etwa 10 bis 15 Jahre. Ich bitte euch deshalb auch, die Rückweisung abzulehnen. Dann noch zu den weiteren Anträgen der GFL, die halt sehr kurzfristig hereingekommen sind. Ja, schade, dass wir die Anträge nicht in der PVS diskutieren konnten. Hier ist wirklich eine vertiefte Diskussion nicht mehr möglich. Der Antrag zu den Tram-Troglücken: So, wie er jetzt formuliert ist, können wir diesen nicht annehmen. Eine durchgehende strikte Verschiebung der Fugen auf das Trottoir im ganzen Perimeter würde auch eine durchgängige Verbreiterung des Tram-Trogs bedeuten. Die Folge wäre: Wir müssten wirklich eine grössere Umprojektierung machen und das käme wirklich auch zu mehr Kosten. Also dann müssten wir das wieder ausrechnen. Wir müssten das nachher auch in die Abstimmungsbotschaft schreiben können, etc., also das würde eine weitere grössere Verzögerung geben. Ich bitte euch darum wirklich, diesen Antrag abzulehnen. Was man aber machen könnte, wäre eine punktuelle Anpassung, also punktuelle Anpassungsmöglichkeiten. Das können wir gerne prüfen. Das könnte durchaus Sinn ergeben, aber dann müsste die GFL diesen Antrag noch umformulieren. Den Antrag zur Spreizung der Schienen bitte ich euch ebenfalls abzulehnen. Der Abstand von 90 Zentimetern ergibt sich aus der zwingenden Vorgabe des Behindertengleichstellungsgesetzes. Nur so kann die vorgeschriebene Spaltbreite gemäss BehiG zwischen Haltekante und Tram wirklich eingehalten werden. Deshalb bitte ich euch wirklich, diesen Antrag abzulehnen. Dann komme ich noch zum nächsten Antrag. Bei einer asymmetrischen Gleisgeometrie kann keine BehiG-Haltekante am Gleis stadteinwärts realisiert werden. Deshalb bitte ich euch, auch diesen Antrag abzulehnen, ebenso den der Zusammenlegung der Haltestellen Munzinger und

Pestalozzi. Das haben wir wirklich vorwärts und rückwärts diskutiert. Es wäre wirklich eine Verschlechterung der Anbindung.

**Präsidentin:** Herzlichen Dank, Marieke. Jetzt habe ich gerade mitbekommen, dass die GFL noch einen Antrag umformulieren will. Deshalb gebe ich Michael Ruefer das Wort. Kann er sich bitte schnell anmelden?

**Michael Ruefer (GFL):** Wir würden den Einwand aufnehmen und unseren ersten Antrag umformulieren: Die Gleissanierung beziehungsweise Strassensanierung ist so auszugestalten, dass Tram-Trogrufen punktuell ausserhalb des Velo-Fahrbereichs zu liegen kommen."

**Präsidentin:** Danke, Michael. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wir haben 3 Anträge auf der Antragsliste auf Seite 2 und 4 Anträge auf der Tischvorlage. Wir beginnen mit der Antragsliste und Stimmen über den ersten Antrag der GEF ab, der das Geschäft zurückweisen soll.

Antrag

1 GFL:

Das Geschäft ist an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, es bis zum Abschluss der laufenden ZMB 2. Tramachse (ursprünglich 2025 neu 2026) zu verschieben und die Erkenntnisse aus der ZMB 2. Tramachse in der Vorlage zu berücksichtigen.

Abstimmung Nr. 008

2017.TVS.000315: Antrag 1

**Ablehnung**

Ja	19
Nein	44
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag abgelehnt Wir sind beim zweiten Antrag der PVS, Prüfungsaufträge.

Antrag

2 PVS:

Es ist zu prüfen:

- Ob die Ausfahrt Hubelmattstrasse auf die Weissensteinstrasse gesperrt werden kann und welche flankierenden Massnahmen notwendig sind.
- Wie der Perimeter des Munzingerplätzli platzartiger gestaltet werden kann und wie die Anzahl von Durchfahrten von Fahrzeugen verringert werden kann.

Abstimmung Nr. 009

2017.TVS.000315: Antrag 2

**Annahme**

Ja	51
Nein	12
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag angenommen. Wir sind beim dritten Antrag der PVS: Streichung von 2 Parkplätzen.

Antrag

3 PVS:

Auf die Erstellung von zwei neuen blaue Zone Parkplätzen am Anfang der Hubelmattstrasse ist zu verzichten. Mögliche Aussenraumaufwertungs-massnahmen sind zu prüfen.

Abstimmung Nr. 010

2017.TVS.000315: Antrag 3

**Annahme**

Ja	42
Nein	19
Enthalten	1

**Präsidentin:** Den Antrag habt ihr angenommen. Jetzt kommen wir zur Tischvorlage. Wir beginnen mit dem ersten Antrag der GFL über die Fugen ausserhalb des Velofahrbereichs.

Antrag

1 GFL (Tischvorlage):

Die Gleissanierung beziehungsweise Strassensanierung ist so auszugestalten, dass Tramtrogfugen punktuell ausserhalb des Velofahrbereichs zu liegen kommen.

Abstimmung Nr. 011

2017.TVS.000315: Antrag 1

**Annahme**

Ja	32
Nein	31
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zum zweiten Antrag, Stichwort Spreizung.

Antrag

2 GFL (Tischvorlage):

Beim BAV ist ein Ausnahmegesuch BAV für möglichst schwache Spreizung der Gleisachsen zu stellen.

Abstimmung Nr. 012

2017.TVS.000315: Antrag 2

**Ablehnung**

Ja	30
Nein	32
Enthalten	1

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 3, bei dem es darum geht, die Gleislage asymmetrisch zu belassen.

Antrag

3 GFL (Tischvorlage):

Die Gleislage auf dem Brunnmattstutz ist weiterhin asymmetrisch zu belassen.

Abstimmung Nr. 013

2017.TVS.000315: Antrag 3

**Ablehnung**

Ja	23
Nein	37
Enthalten	3

**Präsidentin:** Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind beim letzten Antrag der Tischvorlage, bei dem es darum geht, 2 Haltestellen zusammenzulegen.

Antrag

4 GFL (Tischvorlage):

Die beiden Haltestellen Munzinger und Pestalozzi sind zusammenzulegen.

Abstimmung Nr. 014

2017.TVS.000315: Antrag 4

**Ablehnung**

Ja	13
Nein	49
Enthalten	1

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag abgelehnt. Jetzt stimmen wir über die so bereinigte Abstimmungsvorlage ab.

Abstimmung Nr. 015

2017.TVS.000315: Bereinigte Abstimmungsvorlage

**Annahme**

Ja	44
Nein	18
Enthalten	1

**Präsidentin:** Ihr habt der Abstimmungsvorlage zugestimmt. Jetzt stimmen wir noch ab über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung Nr. 016

2017.TVS.000315: Abstimmungsbotschaft

**Annahme**

Ja	57
Nein	4
Enthalten	2

**Präsidentin:** Ihr habt die Abstimmungsbotschaft angenommen.

**2022.SK.000057**

**5 «Stadtklima-Initiative: Strassenraum entsiegeln – Begegnungsorte schaffen» und Gegenvorschlag (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung**

**Präsidentin:** Wir kommen zu Traktandum 5: Es geht um die Stadtklima-Initiative und um den Gegenvorschlag. Ich möchte gerne wiederholen, wie wir den Erlass beraten, bis wir das intus haben, denn es hat Änderungen gegeben. Und zwar werden wir nach der ersten Lesung über die bis dahin gestellten Anträge direkt abstimmen. Normalerweise gibt es eine zweite Lesung ausser bei einer Zweidrittelmehrheit, die auf die zweite Lesung verzichten will. Dann erteile ich der Kommission das Wort – für die PVS Jelena Filipovic.

**Jelena Filipovic (GB)** für die PVS: Es freut mich sehr, euch heute als Kommissions-sprecherin den Gegenvorschlag zur Stadtklima-Initiative vorstellen zu können. Es ist die erste Initiative, die die meisten von uns in der Kommission beraten konnten, was ein sehr spannender Prozess war und aus dem wir auch einige Learnings für zukünftige Initiativbegehren mitnehmen können. Bevor ich zur Stadtklima-Initiative und zum Gegenvorschlag des Gemeinderates komme, möchte ich mich ganz herzlich bei der Verwaltung für die sorgfältige Beantwortung all unserer Fragen und für die wichtige Zusammenarbeit im Verlauf des Prozesses mit den Initiant\*innen und mit der Kommission bedanken.

Vor knapp 2 Jahren hat das Komitee aus Organisationen, Verbänden und Parteien rund 6'000 Unterschriften gesammelt und bei der Stadt die Stadtklima-Initiative eingereicht. Die Stadtklima-Initiative fordert, dass die Stadt gegenüber dem Referenzjahr von 2022 pro Jahr 0,5% des öffentlichen Strassenraums entsiegelt und begrünt. Und gleichzeitig sollte pro Jahr 1% der Strassenfläche in neue klimaangepasste Begegnungsorte und Zonen mit hoher Aufenthaltsqualität umgewandelt werden. Kurz zusammengefasst: Mehr Grün statt Grau in der Stadt Bern fordert die Initiative. 2 Jahre später hat der Gemeinderat der PVS-Kommission einen Gegenvorschlag in Form eines Reglements über die klimaangepasste Gestaltung des öffentlichen Strassenraums unterbreitet. Das heisst, der Stadtrat hat heute Abend die Gelegenheit, ein neues Klimaanpassungsreglement (KAR) zu verabschieden. Der vorliegende Gegenvorschlag verfolgt das gleiche Ziel wie die Stadtklima-Initiative und möchte die Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerhitzung in der Stadt Bern schützen, indem mit entsprechenden Massnahmen die Strassenfläche klimaangepasster umgestaltet wird. Der Gegenvorschlag wählt jedoch einen breiteren und weniger ambitionierten Zugang als die Initiative und weicht in folgenden Punkten von der Initiative ab. Der Gegenvorschlag präzisiert die Begrifflichkeiten und sieht Verbesserungen bei der Rechtssystematik vor. Der Gegenvorschlag legt den Zieltermin für die Umsetzung explizit auf 2035 fest, verwendet statt prozentualer Anteile an der Strassenfläche absolute Zielvorgaben, erweitert den Begriff der entsiegelten Fläche durch das Konzept der klimawirksamen Fläche und sieht

für die Schaffung der Begegnungszonen und für die Aufwertung des Veloverkehrsnetzes ein separates Ziel vor. Zusammenfassend betrachtet sieht die Ausgangslage so aus, dass die Initiative und der Gegenvorschlag dasselbe Grundziel verfolgen und dieselben Massnahmen vorsehen, sich aber vor allem bei den Zielvorgaben und beim Konzept der klimawirksamen Fläche unterscheiden. Die 2 Unterschiede haben ja auch zu den meisten Diskussionen innerhalb der Kommission geführt. Bei den Zielvorgaben stellt sich die grundlegende Frage: Welche Zielvorgabe ist ambitioniert, aber auch realistisch genug, um sie in der Stadt Bern in den nächsten 10 Jahren umsetzen zu können? Und dazu sind die Meinungen wie erwartet sehr unterschiedlich gewesen. Gemäss dem Begehren der Initiant\*innen sollten mindestens 10'000 m<sup>2</sup> Strassenfläche pro Jahr entsiegelt werden. Der Gegenvorschlag schlägt hingegen rund 5'800 m<sup>2</sup> pro Jahr entsiegelte Strassenfläche vor. Aus der Perspektive der Initiant\*innen und einiger Kommissionsmitglieder war diese Zielvorgabe nicht ambitioniert genug und aus der Perspektive der Verwaltung ist die Zielvorgabe sowohl ambitioniert als auch effektiv realistisch umsetzbar.

Einig wurde man sich jedoch rasch beim Konzept der klimawirksamen Fläche, und zwar sollte gemäss Gegenvorschlag die Strassenfläche nicht einfach entsiegelt und im Zweifelsfall nur mit Kies wieder zugedeckt werden, sondern es sollten Grünflächen von hoher Qualität und von hohem Nutzen entstehen. Konkret bedeutet das, dass man jeden Quadratmeter entsiegelter Fläche mit einem Klimawirksamkeitsfaktor bewertet. So sollen die Baumkronenfläche, das Regenwassermanagement, die Biodiversität und Dringlichkeit – wie hoch ist der akute Hitzeinseleffekt am jeweiligen Ort? – als Indikatoren gelten. All das sieht die Initiative so nicht explizit vor und das ist somit ein Mehrwert des Gegenvorschlags.

Um besser abschätzen zu können, ob die Zielvorgaben im Gegenvorschlag tatsächlich ambitioniert genug sind, hat die Kommission einen Prüfungsbericht in Auftrag gegeben, den ihr ebenfalls in den Unterlagen findet. Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Stadt Bern bisher nur wenige Flächen aktiv entsiegelt hat, das heisst, statt des durchschnittlich einen rasch umsetzbaren Projekts sollten neu mit dem Gegenvorschlag 3 rasch umsetzbare Projekte pro Jahr entstehen, wie zum Beispiel die Optingentrasse oder die Fussgängerzone Bümpliz, was durchaus überschaubar ist für die Stadt Bern. Weil sich die Stadt Bern aber im Gegensatz zu anderen Städten, die ähnliche Stadtklima-Initiativen behandeln, nicht erst in 10 Jahren messen lassen möchte, sondern fortlaufend Projekte umsetzen und dem Stadtrat Bericht erstatten möchte, hat die Kommission nachvollziehbar gefunden, die Jahresziele der umzusetzenden klimawirksamen Flächen nicht zu erhöhen und dafür das Potenzial bei den grossen Projekten, die einen langfristigen Planungs- und Umsetzungshorizont haben, zu sehen. Darum hat die PVS-Kommission den Antrag 9 gestellt, der verlangt, dass über den Zeitraum von 10 Jahren mindestens 140'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche realisiert werden. Und mit dem Antrag 16 sollte sichergestellt werden, dass, wenn die Stadt Bern bereits das Zwischenziel nicht erreichen sollte, man zusätzliche Massnahmen ergreifen muss, analog wie es bereits im bestehenden Klimareglement vorgesehen ist. Der letzte Antrag sieht vor, dass der Basiswert für den Faktor Biodiversität von 15% auf 20% erhöht wird. Falls der Faktor bei einem Projekt nicht eingehalten werden kann, wird die klimawirksame Fläche lediglich ein bisschen weniger gewichtet.

Für die PVS kann ich festhalten, dass der Gegenvorschlag mit den entsprechenden Anträgen aus der Kommission ein sinnvoller Kompromiss ist zwischen der Einschätzung der Verwaltung, was die realistische Umsetzung ist in diesem Zeitraum und dem Begehren der Initiant\*innen in Bezug darauf, wie viele Grünflächen und Begegnung-

sorte es in der Stadt Bern in Zukunft braucht, um uns vor der zunehmenden Hitzeproblematik zu schützen. Noch kurz zu den Abstimmungsergebnissen aus der Kommission: In der Gegenüberstellung Gegenvorschlag und Stadtklima-Initiative hat der Gegenvorschlag mit 9 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen obsiegt.

Die PVS beantragt somit mit 8 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen dem Stadtrat, den obsiegenden Gegenvorschlag anzunehmen. Ausserdem empfiehlt die PVS mit 7 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und 3 Nein-Stimmen dem Stadtrat, der Abstimmungsbotenschaft zuzustimmen. Besten Dank.

**Präsidentin:** Merci, Jelena. Dann sind wir bei der Fraktionsvoten. Alex Feuz für die SVP.

**Alexander Feuz (SVP)** für die Fraktion: Ich nehme gerne Stellung zu dieser Vorlage. Ihr kennt meine Meinung, ich sage es jetzt gerade einleitend: Für uns ist entscheidend, dass man wertvolle Grünräume, Grünflächen, Parkflächen erhält. Und was macht ihr? Ihr habt jetzt in der Pipeline den Springgarten. Das Viererfeld wird schon geopfert, das Gaswerkareal wird auch geopfert. Und ihr meint jetzt, das Klima zu retten, wenn ihr auf dem Helvetiaplatz ein paar Plastikkübel mit Bäumen hinstellt und dann irgendwie noch ein paar Parkplätze aufhebt und irgendwie noch ein paar Strassen jetzt neu mit Schotter belegt. Das ist der Klimaschutz. Ich bin der Meinung, das geht ganz in die falsche Richtung. Es liegt die Initiative vor. Wir werden diese ganz klar bekämpfen. Wir sind auch sehr unglücklich über diesen Gegenvorschlag. Wir haben jetzt dort noch Anträge, die ja teilweise dann noch viel weitergehen und das auch noch einmal verschärfen sollen. In einer ersten Variante habe ich noch einen Nichteintretensantrag gestellt. Ich habe mich allerdings gefragt, ob er formell zulässig oder nicht zulässig ist. So weit erinnerlich, habe ich damals bei der Abfalltrennung einen Antrag auf Nichteintreten gestellt. Ich habe mir nachher bescheiden lassen, dass es nicht zulässig ist. Ich bin aber nach wie vor einer Meinung, wir hätten dem Steuerzahler und den Betroffenen viel Ärger und Kosten erspart, wenn wir auf das Geschäft effektiv nicht eingetreten wären. Ich habe keine Illusionen, ich schaffe das nicht. Aber ich versuche es jetzt trotzdem mit den Rückweisungsanträgen und ich werde vor allem meine Anträge begründen, denn die Vorlage geht sehr weit, viel zu weit. Ich versuche jetzt, dort die schwachen Punkte aufzuzeigen und hoffe trotzdem, die eine oder die andere Stimme zu gewinnen, die bei den Rückweisungsanträgen mitmacht. Und zwar wollen wir zuerst wissen, welche Kosten dem Steuerzahler verursacht werden. Ich habe die Zusammenstellung gesehen. Das sind Schätzungen von 4,6 Mio. oder 21,6 Mio. Franken. Wir sind der Meinung, das ist wieder einmal viel zu niedrig. Das ist genau dasselbe wie bei den Containern. Da habt ihr X Rechtsmittelverfahren in allen Strassen, wo ihr es machen wollt. Es wird alles viel teurer und dann habt ihr eine perfektionistische Musterlösung. Es wird immer teurer. Es muss noch perfekter sein. Das wird weit, weit darüber hinausgehen. Ich sage es hier und heute. Ich werde Cassandra genannt. Ich betrachte das als Ehrentitel. Feuz hat es gesagt: Es wird alles viel, viel teurer, es gibt ein böses Erwachen. Rückweisungsantrag 2: Der ist für mich ein ganz zentraler, wichtiger. Man sollte, wie früher gesagt worden ist mit einem militärischen Betriff, klotzen und nicht kleckern. Man muss dort ansetzen, wo man mit wenig Aufwand viel machen kann. Ich sage: 20:80%-Regel. Der Stadtpräsident hat mich korrigiert und gesagt, das sei das Pareto-Prinzip. Ich spreche nach wie vor von der 20:80%-Regel. Das ist genau das. Wenn wir ein Viererfeld, einen Springgarten und das Gaswerkareal erhalten würden, würden wir für die Natur viel mehr machen, als wenn wir jetzt an der Brunnmattstrasse ein paar Bäumchen pflanzen und ein paar Sachen aufheben. Ich sage nicht, dass man das nicht machen soll,

aber ihr müsst, wenn ihr Klimaschutz machen wollt, die grünen Lungen, die wertvollen Flächen erhalten und nicht zerstören. Ich halte einmal mehr fest, dass die SVP hier in dem Stadtrat wahrscheinlich die einzige wahre grüne Partei ist. Und die, die uns unterstützen, gehören auch noch dazu und die anderen gehören halt dann trotzdem zu einer rot-grünen Baulobby, die für ihre Klientel baut. Rückweisungsantrag 3: Man soll auch abklären, ob es mit dem übergeordneten Recht vereinbar ist. Ich habe da meine erheblichen Zweifel. Ich sehe hier ab von weiteren Ausführungen wegen der Beschränkung der Redezeit. Nachher sind wir auch der Meinung, man müsse die Sache zurückweisen und die Abstimmungsbotschaft entsprechend überarbeiten. Und jetzt kommen diverse Anträge von uns. Ich versuche, einfach die wichtigsten aufzuzählen bei den Ergänzungsanträgen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch Simone Machado von der GaP danken, die uns hier unterstützt. Wir haben hier drin ganz am Anfang – ich glaube, es ist der Artikel 2 – eine neue Ziffer: "Sie bewahrt wertvolle städtische Grün- und Parkflächen vor der Überbauung." Wenn wir solche Sachen drin hätten, könnten wir eben verhindern, dass man jetzt den Springgarten noch kaputt macht oder andere Grünräume, auf denen nachher irgendwie wieder eine grün-rote Siedlung entstehen soll und plötzlich – l'appetit vient en mangeant – wollen sie wieder die Elfenaumatte überbauen. Der Stadtpräsident hat ja schon gesagt, es ist eine langfristige Baulandreserve. Wenn der Bodenfonds das Geld so verschleudert mit sinnlosen Projekten wird dann plötzlich die Manuelmatte wieder gefährdet sein. Ebenfalls drin bei Buchstabe h: "Sie bewahrt die Wälder im Stadtgebiet vor der Überbauung." Buchstabe i: "Sie schützt städtische Alleen vor der Überbauung." Ich habe immer gesagt, dass man den Privaten, – ich habe ja gerne Bäume, im Gegensatz zu einigen meiner Nachbarn, die diese Bäume nicht so gerne haben –. Aber für das Stadtbild prägend sind diese Baumalleen. Darum gehören sie unter Schutz gestellt. Wir haben gesagt, schützt die Alleen vor der Überbauung. Und wir wollen auch, dass man sie direkt unter Schutz stellt. Das wären die Massnahmen. Dann habe ich nachher auf Seite 7 Anträge, dass die Massnahmen verhältnismässig sein müssen und mit dem übergeordneten Recht vereinbar. So wie das begründet ist, mit den Zwischenzielen "nicht erreichbar", weiss ich nicht, ob ihr dann Garageneinfahrten verbarrikadiert, damit die Leute nicht mehr herausfahren können oder was auch immer. Die rot-grüne Verbotskultur geht in diese Richtung, wenn man ja praktisch schon alle Parkplätze aufhebt. Ich weiss, dass im Gryphenhübeli die Leute jetzt aus allen Wolken gefallen sind, als sie ihre Parkplätze nicht mehr gefunden haben. Ich habe mich gewehrt und ich werde mich weiterhin wehren. Dann ein Antrag auch auf Seite 7, bei den Zwischenzielen. Bei den Massnahmen ist zu berücksichtigen, dass die Bevölkerung seit 2022 angestiegen ist. Die Werte sind entsprechend zu korrigieren. Wir von der SVP haben immer gesagt, wenn ihr immer mehr Leute in die Schweiz holt, dann wird man die Klimaziele nie erreichen. Man muss es dementsprechend anpassen und sonst ist es wie Fass ohne Boden. Schlussendlich können wir dann gar nichts mehr machen, wenn wir viel mehr Stadtbevölkerung haben und die Klimaziele immer noch gleich hoch sind. Man holt immer mehr Leute herein und dann haben wir immer noch grössere Probleme. Darum sind wir der Meinung, dass das nicht geht. Ebenfalls haben wir Anträge drin, dass wir pro Jahr nur einen Durchschnitt von 2'000 m<sup>2</sup> wollen, weil wir sagen: Wenn schon, denn schon haben wir ja jetzt andere Massnahmen wie die Wälder schützen, die Alleen schützen und die Alleen unter Schutz stellen, dann haben wir einen weniger grossen Druck, dann können wir die wertvollen Grünflächen behalten. Also kann man das so machen. Dann haben wir ebenfalls einen Kürzungsantrag, und zwar einen finanziellen Antrag. Es gibt verschiedene Anträge. Wir haben hier 25% oder 50%. Es müssen einfach alle Kosten bei der PRD kompensiert werden, denn das ist die Direktion, die eigentlich alles zerstört in der Stadt Bern. Sie hat Überbauungen gemacht

wie das Viererfeld, das sich auch wirtschaftlich nicht rechnet und äusserst verhängnisvoll ist. Dort ist ein Puffer drin. Das ist ein Moloch, der immer neue Planungen macht, schlechte Planungen macht. Dort kann man die Sache kompensieren. Darum haben wir verschiedene Anträge gestellt, von denen wir dann allenfalls einige auch zurückziehen können. Wäre ich technisch begabter, hätte ich den einen streichen können, aber dann hätte ich die ganze Sache neu nummerieren müssen und das wäre mir dann auch wiederum zu schwierig gewesen. Wir sind weiter der Meinung, dass der Zeitpunkt des Inkrafttretens frühestens 2032 möglich ist, denn wir werden hier gewisse Sachen haben, gewisse Abstimmungssachen und ihr seht jetzt, was wir für einen extrem warmen Mai hatten und einen extrem warmen Juni und vielleicht gibt es hier noch gewisse Konsequenzen. Ihr seht, wir lehnen also die ganze Sache ab.

Wir sind auch sehr skeptisch gegenüber dem Gegenvorschlag und ich bin dann gespannt auf eure Demokratie, ob ihr allenfalls eben bereit seid, diese Vorlage freiwillig und fakultativ dem Referendum zu unterstellen. Man hat ja eine solche Bestimmung drin. Wir werden es ja dann sehen, ob da die Demokratie bei euch ist oder ob ihr eben mit Zweidrittelmehrheit durchdrücken wollt, dass man über die Anträge nicht diskutieren kann, dass man hier zwangsweise das machen kann, aber denkt daran, es sind Wahlen und ich gehe davon aus, dass nicht alle Leute mit diesen Zwangsmassnahmen der rot-grünen Bevormundung einverstanden sind.

**Präsidentin:** Merci, Alex. Dann kommt Laura Binz für die SP/JUSO-Fraktion.

**Laura Binz (SP)** für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion freut sich, dass der Gegenvorschlag des Gemeinderates zur Stadtklima-Initiative jetzt vorliegt und wir heute darüber befinden können. Die Stadtklima-Initiative wurde 2022 von Läubigen Stadt und UmverkehR gemeinsam mit einem breiten Spektrum von Berner Parteien und Organisationen lanciert, darunter auch die SP und die JUSO. Die Ziele der Initiative verbinden die lokalen Anliegen für nachhaltige Mobilität, urbane Lebensqualität und die Gestaltung des öffentlichen Raums mit den globalen Herausforderungen der Klima- und Biodiversitätskrise. Wir müssen heute Massnahmen ergreifen, um uns an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen und die Lebens- und Wohnqualität auch in Bern erhalten zu können. Starkregen, Trockenheit und Hitze machen uns bereits zu schaffen. Extremwetterereignisse werden künftig noch häufiger stattfinden. Gerade in den letzten Wochen haben wir nicht weit von Bern die verheerenden Auswirkungen solcher Extremwetterereignisse wieder gesehen. Die für die Initiative nötigen 5'000 Unterschriften haben wir 2022 in kürzester Zeit gesammelt. Das zeigt deutlich, dass das Anliegen in der Bevölkerung breit abgestützt ist und ganz oben auf die Prioritätenliste gehört. Bern ist natürlich nicht die einzige Stadt, die handeln muss. Es sind alle Städte gefordert. Inzwischen sind denn auch in 11 Städten zwischen Genf und St. Gallen ähnliche Initiativen eingereicht worden oder werden noch eingereicht. In 6 Städten läuft inzwischen die Umsetzung. Zeit für Bern nachzuziehen. Die Gemeinderäte und insbesondere die TVS haben die Dringlichkeit von Klimaanpassungsmassnahmen erkannt. Gerade im Hinblick auf die strategische Ausrichtung ist in den letzten Jahren viel Relevantes und Wichtiges entwickelt worden. Die Umsetzung muss aber noch intensiviert werden. Das Klimaanpassungsreglement ist ein wichtiger Schritt für eine schnellere und eine konsequentere Umsetzung von Massnahmen. Der Gegenvorschlag und insbesondere das ganzheitliche Konzept von klimawirksamen Flächen bringen aus der Sicht der SP-JUSO-Fraktion im Vergleich zur Initiative einen echten Mehrwert. Das Konzept der klimawirksamen Flächen stellt die Wirksamkeit der Klimamassnahmen ins Zentrum. Die definierten Indikatoren sind aus unserer Sicht die richtigen, um einen grösstmöglichen

Effekt auf das Stadtklima zu erzielen. Es ist zum Beispiel wissenschaftlich erwiesen, dass die Bäume den grössten Effekt auf das Stadtklima haben. Und es ist gerechtfertigt, dass Baumkronenflächen der wichtigste Indikator des Konzepts sind. Es ist richtig und wichtig, dass primär bestehende Bäume möglichst erhalten bleiben und gleichzeitig möglichst viele neue Bäume gepflanzt werden. Der Gegenvorschlag schlägt vor, dass bis 2035 durchschnittlich 10'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche pro Jahr geschaffen werden. Damit ist das Ziel zwar tiefer als die Forderungen der Initiative. Es ist aber trotzdem deutlich ambitionierter, als was bisher geplant ist, nämlich die Umsetzung von 4'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche pro Jahr. Es ist uns klar, dass deshalb der jährlichen Umsetzung von Projekten Grenzen gesetzt sind. Finanzielle, aber auch personelle Ressourcen und die Konsequenzen von Baustellen im öffentlichen Raum werden von der TVS richtigerweise sorgfältig beurteilt. Die SP-JUSO-Fraktion teilt darum die Ansicht des Gemeinderats, dass die vorgesehenen 10'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche pro Jahr ein machbares, aber auch ein durchaus ambitioniertes Ziel sind. Wir sind aber der Ansicht, dass es im Hinblick auf das Zehnjahresziel noch zusätzliches Potenzial gibt. Einerseits wird die Erfahrung mit der Umsetzung von Projekten grösser, andererseits werden auch Best Practices für Projekte entwickelt werden können, dort, wo man aktuell noch am Anfang steht. Die SP-JUSO-Fraktion wird darum einer Erhöhung des Zehnjahresziels auf 140'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche zustimmen. Wir werden auch die anderen beiden breit getragenen Anträge der PVS zur Erhöhung des Zielwerts der naturnahen Flächen auf 20% und zur weiteren Erhöhung der Verbindlichkeit der Ziele annehmen. Wir sind überzeugt, dass sich der Gegenvorschlag mit diesen Anpassungen auch im Städtevergleich sehen lassen kann, dass er ein guter Kompromiss ist und die Stadt Bern prägen wird. Denn wenn asphaltierte Flächen entsiegelt, mehr schattenspendende Bäume gepflanzt und neue Wasserflächen geschaffen werden, reguliert das nicht nur das Mikroklima, sondern es macht die Stadt auch zukunftsfähiger, lebendiger und lebenswerter. Entsprechende Investitionen lohnen sich deshalb mehrfach. Und es ist auch klar, dass die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen sollen. Die Klimapassungsmassnahmen sind denn auch gar nicht so teuer, wie von bürgerlicher Seite behauptet wird, und vor allem lohnen sie sich bereits kurz- und mittelfristig mit ihrer Wirkung. Mit Begegnungszonen und Flächen für den Fuss- und Veloverkehr kann einerseits der nachhaltige und flächeneffiziente Verkehr gefördert werden, andererseits entstehen mehr Räume zum Spielen und Begegnen. Die Zielvorgaben für den Fuss- und Veloverkehr des Gegenvorschlags entsprechen mehr oder weniger dem, was die Initiative fordert, den konsequenten weiteren Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr. Wichtig ist, dass die geltenden Standards konsequent umgesetzt werden können und das Tempo hochgehalten wird. Die SP-JUSO-Fraktion wird diesem Gegenvorschlag zustimmen. Die breit abgestützten Anträge der PVS werden wir annehmen. Alle anderen Anträge werden wir ablehnen. Vielleicht noch ein paar Worte zu den Anträgen der JA!:. Antrag 10 werden wir ablehnen, weil etwas Flexibilität in der Umsetzung nötig ist. Darum finden wir durchschnittlich 10'000 m<sup>2</sup> pro Jahr durchaus sinnvoll. Antrag 11 mit den 180'000 m<sup>2</sup> ist zu hoch und nicht umsetzbar. Darum bleiben wir beim breit abgestützten Antrag der PVS. Und Antrag 16 mit der Fussgängerzone greift ein wichtiges Thema auf. Wir sind aber überzeugt, dass wir mit der Motion zu den Superblocks in diesem Bereich weiterkommen und dass das Klimaanpassungsreglement nicht der richtige Ort für dieses Anliegen ist. Alle anderen Anträge lehnen wir wie gesagt ab. Vielleicht noch Antrag 6 der SVP – also wie sie auf die Zahlen kommen, ist mir ein Rätsel. Die TVS hat natürlich die Kosten sehr detailliert abgeklärt. Also daher würde ich euch wirklich bitten, das abzulehnen. Und der Antrag 12 der FDP ist obsolet,

weil das im Rahmen der Fernwärmeausbau angepasst wird. Das wird sowieso eingerechnet. Schliesslich werden wir dem Antrag, auf eine zweite Lesung zu verzichten, zustimmen. In der Kommission und heute kann der Gegenvorschlag ausführlich diskutiert werden. Und die offenen Fragen haben wir klären können, und wir würden uns über die Unterstützung des Gegenvorschlags freuen, damit das Stadtklima angepasster und lebenswerter werden kann.

**Präsidentin:** Merci, Laura. Dann kommt Jelena Filipovic für die GB/JA!-Fraktion.

**Jelena Filipovic (GB)** für die Fraktion: Wir werden uns das Fraktionsvotum mit der JA! teilen. Ihr könnt gerne bei der Hälfte unterbrechen, falls ich zu lange werden würde, aber ich versuche, mich kurz zu halten.

Ich möchte auf ein episches Intro verzichten, das abermals wiederholt, dass die Klimakrise eine Realität ist und wir nicht nur Massnahmen ergreifen müssen, um der Klimaerhitzung entgegenzuwirken, sondern leider auch Massnahmen ergreifen müssen, die uns vor der bereits akuten Erhitzung schützen. Der Mai war wieder der heisseste Monat seit Messbeginn, und zwar der 12. in Folge, also Alarmstufe Bordeaux und nicht nur Rot. Überflutungen in Deutschland, Hitzerekorde in Pakistan und in den USA – das ist unsere neue Normalität. Entweder ist man sich dieser Realität bewusst und ergreift Massnahmen dagegen oder man verschliesst die Augen vor dem Offensichtlichen, leugnet die Realität, macht ganz klar einen auf Arbeitsverweigerung und stellt Anträge wie es die liebe SVP macht. Die Kollegen der SVP sind der Meinung, es gebe gar keinen Handlungsbedarf, weil die Klimakrise eine Utopie ist, bei der man Massnahmen kostenneutral bzw. gratis umsetzen kann. Das GB begrüsst den vorliegenden Gegenvorschlag und alle PVS-Anträge, weil wir es auch einen sinnvollen Kompromiss finden, damit wir in der Stadt Bern endlich vorwärts machen können punkto Klimaanpassung. Wir waren, und das wundert auch niemanden, von Anfang an skeptisch, ob der Vorschlag des Gemeinderates wirklich ambitioniert genug ist, so wie es sich die Initiant\*innen vorgestellt haben. Leider lässt sich das noch schwer abschätzen, weil man kaum Vergleichswerte hat und sich auf die Prognosen und Annahmen beziehen muss. Darum war auch ein intensiver Austausch mit anderen Städten für uns zentral. Nach dem langen Aushandlungs- und Abklärungsprozess sind wir aber der Ansicht, dass die Erhöhung der klimawirksamen Fläche über 10 Jahre ein guter Kompromiss ist und wir auf einen Antrag für jegliche Verschärfung der Zielwerte verzichten werden. Konkret werden statt einem rasch umsetzbaren Projekt neu 3 rasch umsetzbare Projekte pro Jahr in Angriff genommen. Das tönt nicht nach viel, insbesondere, weil die Definition des öffentlichen Strassenraums nicht nur einfach die klassischen Strassen beinhaltet, sondern auch Trottoirs und Plätze mitgemeint sind. Das heisst, alle Umgestaltungsprojekte, die bald auf uns zukommen, wie die Umgestaltung des Waisenhausplatzes, Bärenplatzes, Helvetiaplatzes und so weiter, sind mitgemeint und können somit bei den Zielwerten angerechnet werden. Ausserdem – zum FDP-Antrag – alle Anpassungen, die im Rahmen der EWB-Sanierungen entsiegelt werden, gehören auch dazu. Wir sehen ein grosses Potenzial und unterstützen deshalb eine langfristige Erhöhung der Zielwerte, damit auch die grösseren Projekte mitgedacht werden können. Den PVS-Anträgen und dem Antrag der SP-JUSO-Fraktion auf den Verzicht auf eine zweite Lesung werden wir annehmen und alle anderen Anträge wird das GB ablehnen. Den Gegenvorschlag werden wir entsprechend annehmen. Besten Dank.

**Präsidentin:** Merci, Jelena. Dann kommt Nora Joos ebenfalls für die GB/JA!-Fraktion.

**Nora Joos (JA!)** für die Fraktion: Ich halte heute das Votum im Namen der JA!. Die Ausgangslage ist klar. Die Klimakrise macht auch vor der Stadt Bern nicht halt. Auch hier wird es heisser und der Regen kommt seltener, aber wenn er kommt, umso stärker. In anderen Worten: Die Anzahl Tropennächte wird auf städtischem Gebiet zunehmen und Starkniederschlagsereignisse werden an Bedeutung gewinnen. Mit jedem Grad Erwärmung der Atmosphäre kann die Luft 7% mehr Wasser aufnehmen. Regenereignisse werden entsprechend seltener, aber die Gefahr von Hochwasser steigt. Die Trockenperioden werden länger und die Hitzebelastung unerträglicher. Mir und euch ist die Ausgangslage eigentlich längst bewusst und ich weiss nicht, wie es euch geht, aber mich stimmt sie alles andere als heiter, sondern bewirkt eher so eine Art Tatendrang, einen Drang, etwas zu unternehmen, die Zukunftsaussichten heiterer, lebbarer zu gestalten. Die Stadtklima-Initiative ist ein Versuch, diese Faktenlage in die Taten umzuwandeln. 6'000 Unterschriften. Jede einzelne ist ein Arschkick für uns in der Politik, jetzt endlich etwas zu machen. 6'000 Aufforderungen. Entsprechend sind wir heute hier, um nach der Verabschiedung des Klimareglements im Frühling vor 2 Jahren jetzt ein Klimaanpassungsreglement zu verabschieden. Wie schon damals bei der Klimamitigation diskutieren wir auch heute bei der Klimaadaptation wieder an der Ausgangslage vorbei. Der Sachverhalt, die steigende Anzahl Tropennächte und Starkniederschläge, geht unter dem Deckmantel des RGM-Realismus und der Kompromissbereitschaft vergessen. Ich habe es satt zu hören, dass im Vergleich zu Basel und Zürich der Berner Stadtklima-Gegenvorschlag sehr weitgehend soll sein, dass 180'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche als eine Zielerreichung, "welche klar als nicht realistisch eingeschätzt werden muss", bezeichnet wird. Mir ist bewusst, dass nicht vom einen Tag auf den anderen die personellen Ressourcen der Stadtverwaltung hochgefahren werden können und das 10 Jahre im Vergleich zu Raumplanungsprojekten kurz ist. Doch wer hat gesagt, dass Klimaanpassung ein Zuckerschlecken wird? Wenn man die Bekämpfung der Klimakrise und die Umsetzung von Klimaanpassungsmassnahmen ernst meint, müssen wir auch bereit sein, Geld in die Hand zu nehmen und entsprechende Ressourcen zu schaffen. Es braucht neue städtische Mitarbeitende, die mit Hochdruck ambitionierte Projekte vorantreiben und umsetzen. Es braucht gleichzeitig aber auch die Bevölkerung, die tolerant mit Baustellen umgeht und ihr Mobilitätsverhalten ändert. Es braucht uns hier und heute in der Politik, die wir basierend auf der Ausgangslage die dringend notwendigen Zielgrössen ins Klimaanpassungsreglement hineinschreiben. Die Stadtklima-Initiative fordert, dass 0,5% der Strassenfläche jährlich entsiegelt wird. Das entspricht laut der TVS 20'000 m<sup>2</sup> effektiv entsiegelte Fläche pro Jahr. Der jetzige Gegenvorschlag geht mit 5'800 m<sup>2</sup> effektiv entsiegelte Fläche nicht einmal "vielleicht" auf die Forderung der Initiative ein. Wir als JA! sehen es zwar grundsätzlich als Mehrwert, dass der Gegenvorschlag den Ansatz der klimawirksamen Fläche einführen will. Dass er aber als ernsthafter Gegenvorschlag gezählt werden kann, muss aus unserer Sicht aber zumindest die Hälfte dessen, was die Initiative verlangt, angestrebt werden. Entsprechend haben wir den Antrag 11 zu Artikel 3 eingereicht, der das Zehnjahresziel auf 180'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche oder in anderen Worten auf 10'500 m<sup>2</sup> effektiv entsiegelte Fläche pro Jahr erhöht. Beim Antrag 10 fordern wir, dass jedes Jahr mindestens 10'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche umgesetzt werden muss, und nicht einfach in den letzten Jahren pressiert werden kann, um das Zehnjahresziel zu erreichen oder dann eben auch zu verpassen. Und zum Schluss zu unserem Antrag 16 zu Artikel 4, der fordert, dass man von den 3 Kilometern Begegnungszone 500 Meter als Fussgängerzone ausgestaltet werden, so dass die Aufenthaltsqualität stärker gewichtet wird und die Strasse noch mehr den Menschen statt den Autos gehört. Wir bitten euch, alle unsere Anträge

zu unterstützen, damit wir auch zukünftig eine lebenswerte Stadt unser Zuhause nennen können und eine wirkungsvolle Klimapolitik nicht nur ein Lippenbekenntnis ist.

**Präsidentin:** Merci Nora. Dann hat das Wort Tanja Milanovic für die GFL-Fraktion.

**Tanja Miljanovic (GFL)** für die Fraktion: Ich habe inhaltlich dem ganzen Geschäft eigentlich nichts beizufügen, vor allem auch, weil Laura Binz und Jelena Filipovic es sehr gut ausgeführt haben und auch unsere Meinung eigentlich sehr gut ausgeführt haben. Wir möchten aber dennoch als Fraktion die Gelegenheit nutzen, über den Geist dieser Initiative zu sprechen und insbesondere auch der Verwaltung und der Initiant\*innen zu danken. Es war eine sehr gute Zusammenarbeit, das ist wirklich super. Und wir freuen uns auch sehr, dass sie einerseits auch einen Gegenvorschlag ausgearbeitet haben, und andererseits über die klimawirksamen Flächen. Ich denke, das ist wirklich eine Weiterentwicklung der Initiative. Das ist ganz wichtig. Zum Initiativkomitee: Sie wurde natürlich lanciert von UmverkehR, aber insbesondere auch von Läbigi Stadt. Und dort sind auch Jelena und ich dabei. Wir haben auch ein bisschen mitgeholfen. Aber ganz besonders möchte ich eigentlich Laura Binz hervorheben und Marius Christen, der heute leider nicht da ist. Aber sie 2 waren eigentlich nicht nur der Ruhepol in dem ganzen Chaos der Initiative, sondern eigentlich wirklich auch der Motor. Darum: Merci vielmals, Laura. Was uns auch sehr gut gefällt an dieser Initiative, ist, dass sie nicht nur von Anfang an breit aufgestellt wurde mit 2 überparteilichen Organisationen, die sie lancieren, sondern dass man es wirklich auch geschafft hat, eine breite Bewegung und Mobilisierung der Bevölkerung zu schaffen. Und das ist auch der Grund, warum wir finden, dass der Gegenvorschlag alleine nicht ganz reicht. Die Leute auf der Strasse waren wirklich wahnsinnig begeistert. Sie wollten eigentlich das, was die Initiative fordert. Man hat es gesehen, das scheint zu viel zu sein. Aber wir finden, es muss mehr möglich sein. Es muss mehr möglich sein als das, was der Gegenvorschlag alleine vorschlägt, und deshalb werden wir natürlich die PVS-Anträge unterstützen. Den Gegenvorschlag nehmen wir in dem Sinne auch an und alle anderen Anträge lehnen wir ab. Danke vielmals.

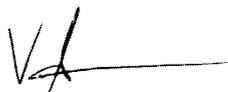
**Präsidentin:** Merci vielmals, Tanja. Dann machen wir jetzt Pause bis am 20.30 Uhr. Einen guten Appetit miteinander.

**Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.**

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.09.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

04.09.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

**Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr**

*Stadtrat anwesend*

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Muriel Graf	Dominic Nellen
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Cemal Özçelik
Lena Allenspach	Bernhard Hess	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Thomas Hofstetter	Florence Pärli Schmid
Emanuel Amrein	Matthias Humbel	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Seraphine Iseli	Mirjam Roder
Mirjam Arn	Ueli Jaisli	Sarah Rubin
Oliver Berger	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Tom Berger	Anna Jegher	Mahir Sancar
Natalie Bertsch	Nora Joos	Judith Schenk
Lea Bill	Barbara Keller	Nicole Silvestri
Laura Binz	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
David Böhner	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Michael Burkard	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Francesca Chukwunyere	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Simone Machado	Lukas Wegmüller
Katharina Gallizzi	Matteo Micieli	Béatrice Wertli
Lionel Gaudy	Szabolcs Mihalyi	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Tanja Miljanovic	Marcel Wüthrich
Thomas Glauser	Niklaus Mürner	Paula Zysset

*Stadtrat entschuldigt*

Debora Alder-Gasser	Raffael Joggi	Esther Meier
Gabriela Blatter	Nora Krummen	Daniel Michel
Sibyl Eigenmann	Denise Mäder	Simone Richner
Nik Eugster	Salome Mathys	Claudio Righetti
Sofia Fisch		

*Gemeinderat*

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Franziska Teuscher BSS		

*Stadtkanzlei*

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

*Ratssekretariat*

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat

Mago Flück, Ratsweibel

Cornelia Stücker, Sekretariat

**2022.SK.000057**

**5 «Stadtklima-Initiative: Strassenraum entsiegeln – Begegnungsorte schaffen» und Gegenvorschlag (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung**

**Präsidentin:** Herzlich willkommen zurück. Wir machen gerade weiter mit den Fraktionserklärungen zu Traktandum 5. Für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion, Irina Straubhaar.

**Irina Straubhaar (GLP)** für die Fraktion: Wir von der GLP/JGLP/EVP-Fraktion freuen uns, dass wir heute die Stadtklimainitiative respektive den Gegenvorschlag behandeln können. Wir haben das Initiativkomitee zur Stadtklimainitiative unterstützt und sind der festen Überzeugung, dass es wichtig ist, unsere Städte, in dem Fall unsere Stadt auf die Folgen der Klimaerwärmung vorzubereiten, sodass wir uns hoffentlich auch noch in ein paar Jahrzehnten in dieser Stadt ohne Klimaanlage aufhalten können. Wir halten den Gegenvorschlag für sehr sinnvoll, entwickelt mit einer klaren Zielsetzung, sodass wir diesen gerne unterstützen wollen. Insbesondere begrüßen wir, dass der Gegenvorschlag die Klimaanpassungsmassnahmen nach ihrer Wirksamkeit beurteilt und entsprechend gewichtet. Das Konzept der klimawirksamen Flächen scheint uns sinnvoll. Was uns insbesondere an dem Gegenvorschlag gefällt, ist, dass er sehr stark auf die Umsetzbarkeit fokussiert. Wir finden es nachvollziehbar, dass der Gegenvorschlag gegenüber der Initiative reduzierte Flächen vorsieht, weil es für uns auch nachvollziehbar ist, dass die Umsetzung sicher herausfordernd sein wird. Trotzdem finden wir, dass es ein bisschen ambitionierter darf sein und unterstützen darum auch die 3 PVS-Änderungsanträge im Klimaanpassungsreglement.

**Präsidentin:** Merci vielmals, Irina. Dann kommt Lionel Gaudy für die Mitte.

**Lionel Gaudy (Mitte)** für die Fraktion: Die Mitte stimmt eigentlich insofern der Vorrednerin zu, dass es wichtig ist, dass wir die Stadt Bern vorbereiten respektive anpassen auf das Klima und/oder auf die Klimaänderungen, die noch auf uns zukommen. Sehr wichtig finde ich hier auch den Fokus des Gegenvorschlags genau auf die Umsetzbarkeit von gewissen Massnahmen, die möglich sind. Trotz Klimanotstand oder Klimakrise, wie sie ausgerufen wurde, muss man auch bedenken, dass die Stadt nicht nur die Funktion hat, das Klima zu retten – das wird auch gar nicht möglich sein, da sind sich alle einig –, sondern die Stadt muss auch weiterhin ein lebenswerter Raum sein für die Bewohnerinnen und Bewohner. Sie muss gewisse Voraussetzungen und Anforderungen der Wirtschaft und des Gewerbes erfüllen. Es gibt verschiedene Anforderungen, die die Stadt erfüllen muss. Damit das alles weiterhin möglich bleibt, müssen sich genau auch die Klimaanpassungsmassnahmen dort in den Mechanismus einpassen. Man muss eine Priorisierung vornehmen und man kann nicht alles nur darauf ausrichten. Die Mitte wird deshalb ganz klar den Gegenvorschlag unterstützen, aber sämtliche Anträge, die versuchen, diesen wiederum zu überladen, die probieren den noch weiter zu verschärfen und noch mehr zu fordern, wobei man noch gar nicht weiss, wie das, was im Gegenvorschlag drin ist, umgesetzt werden soll, diese werden wir alle ablehnen. Deshalb, bitte unterstützen Sie den Gegenvorschlag so, wie er vorliegt, damit wir eine sinnvolle, wirksame und vor allem umsetzbare Lösung für die Stadt haben.

**Präsidentin:** Merci, Lionel. Dann kommt Ursula Stöckli für die FDP/JF-Fraktion.

**Ursula Stöckli (FDP)** für die Fraktion: Ist das euer Ernst, ist das wirklich euer Ernst? Seit über 30 Jahren hat das Rot-Grün-Mitte-Bündnis (RGM) die Macht. Sie haben die Mehrheit und sie haben nichts gemacht und ihr findet es wirklich nötig, eine solche Initiative zu starten. Und das zu einem Kernthema des RGM, nach über 30 Jahren. Das ist ziemlich abstrus. Und dass es noch nicht weiter ist, soll auch noch der einzige Bürgerliche im Gemeinderat schuld sein, wie man in einem Zeitungsbericht lesen konnte. Es ist also nur einzig und allein Reto Nause daran schuld, dass das RGM über 30 Jahre nichts für das Stadtklima machen konnte. Abstruser geht es einfach schlicht nicht mehr hier drin. Ausserdem noch für das Protokoll: Die grössten Hitzeinseln hat in den letzten Jahren RGM gebaut: Der Eigerplatz lässt grüssen, der Breitenrainplatz ebenfalls und der Waisenhausplatz ist seit Jahrzehnten trotz Volksabstimmung ein Trauerspiel. Ja, man macht jetzt dann etwas, aber man hätte schon lange Zeit gehabt. Was bedeuten eigentlich die Initiative und der Gegenvorschlag konkret? Es wird eine deutliche Zunahme von Strassenbauprojekten geben. Auf den Strassen von Bern wird in den nächsten Jahren massiv gebaut. Noch mehr als jetzt und der Belag wird aufgerissen, wegen dem Ausbau der Fernwärme und die normalen Sanierungen plus dann die Initiative hier. Haltestellen des öffentlichen Verkehrs müssen auch umgebaut werden, wegen dem Eidgenössische Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG). Das ist völlig klar, aber auch das sind Baustellen. Ihr mutet hier den Bewohnern auch etliche Baustellen mit Lärm und Staub zu. Es ist dann nicht nur das Paradies, wie man es in den vorherigen Voten beschrieben hat. Dann noch finanziell. Was heisst das? Ihr wollt Strassenflächen, die funktionieren, entsiegeln. Was heisst das? Das ist nichts anderes als eine Restwertvernichtung von noch nicht abgeschriebener Strasseninfrastruktur. Das hat eine Vernichtung von Geld und von Volksvermögen zur Folge. Man vernichtet also aktiv den Restwert einer funktionierenden Strasse. Man hat bereits beim Fernwärmeprojekt für die Aufwertungsmassnahmen zusätzliches Personal eingeplant. Unser damaliger Antrag, in dem wir wollten, dass das mit externen Personen abgedeckt wird, hat man selbstverständlich hier in diesem Rat abgelehnt. Und schon wieder ist ein Personalausbau in der Verwaltung geplant. Und noch ein bisschen mehr, und noch ein bisschen mehr und darf es ein bisschen mehr sein, in der Fläche und im Personal? Man lebt hier über die Verhältnisse, als gäbe es kein Morgen.

Drittens wird es in der Stadt extrem staubig werden. Man reisst ein bisschen Strassen auf, man hat ja nicht für nichts eigentlich auch einen Schwarzbelag gemacht. Früher nannte man den Asphalt. Es wird einfach in dieser Stadt staubig sein wie im Mittelalter, als die Pferdefuhrwerke durchgerasselt sind. Viel Vergnügen. Wer nur noch entsiegelte Flächen will, soll doch einfach auf das Land umziehen. Eine Stadt ist eine Stadt und eine Stadt hat Strassen. Zur Klarstellung: Die FDP/JF-Fraktion ist logischerweise nicht gegen Grünflächen und nicht gegen Schattenbäume in der Stadt. Aber warum hat man es denn nicht gemacht in den letzten 30 Jahren? Was habt ihr denn gemacht? Wir sind gegen eine fixe Anzahl von m<sup>2</sup> und wir sind natürlich gegen die Anträge, die die fixe Anzahl m<sup>2</sup> noch erhöhen will. Wir sind der Meinung, dass solche Vorhaben, wie sie hier beschrieben sind, nicht per se schlecht sind. Aber dann macht es doch einfach beim Sanieren und das ist eine Stadtaufgabe, bei Sanierungsprojekten das umzusetzen und zu planen. Es einfach zu machen, wäre nicht schlecht gewesen. Aber nein, man macht einfach noch einen Eigerplatz, das versteht wirklich niemand. Fazit: Wir sind im Grundsatz sowohl gegen die Initiative wie auch gegen den Gegenvorschlag, und zwar wegen den fixen m<sup>2</sup>. Wir werden aber notgedrungen den Gegenvorschlag annehmen. Wir nehmen selbstverständlich alle Anträge an, die eine Reduktion der Fläche beinhalten, und auch den Rückweisungsantrag. Und nachher noch etwas Allgemeines: Dieser Tischantrag zum Verzicht auf eine zweite Lesung, das ist schlicht und einfach die Arroganz der

Macht hier drin. Ihr wisst genau, dass dieser Antrag durchkommt. Und ein Verzicht auf eine zweite Lesung macht man schlicht und einfach, wenn sich alle einig sind hier drin. Die macht man nicht, wenn sich die Leute hier nicht einig sind. Und ihr wisst genau, dass ihr hier einen Verzichtsantrag als Tischvorlage auflegt – übrigens hat Barbara Keller vorhin gesagt, man lege da nicht einfach so Anträge schnell auf den Tisch, das sei unanständig. Was macht ihr denn? Nichts anderes! Minderheiten hier in diesem Rat sind euch "schnurzipieegal". Wenn ihr den Antrag zum Verzicht auf eine zweite Lesung annehmt, ist das nichts anderes als die Arroganz der Macht und höchst unanständig. Ich bitte euch wirklich die zweite Lesung zu machen. Der normale Lauf, den man macht bei solchen Geschäften, insbesondere, weil hier drinnen nicht hundertprozentige Einigkeit besteht, bitte euch wirklich den noch zu machen und der Antrag für den Verzicht abzulehnen. Alles andere wäre höchst undemokratisch. Ich habe geschlossen. Danke.

**Präsidentin:** Danke, Ursula. Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Marcel Wüthrich.

**Marcel Wüthrich (GFL), Einzelvotum:** Ich möchte auch gerne noch etwas sagen als Kommissionssprecher, der ich mal gewesen bin, zum städtischen Klimareglement, welches wir am 17. März 2022 auch beschlossen haben. Das Klimareglement, das ist ein langer Weg gewesen mit einer sehr langen Liste von Anträgen und es hat ein hartes Ringen gegeben um Formulierungen, aber ich glaube, das Resultat ist wirklich eines, das sich sehen lassen kann. Das Klimaanpassungsreglement hatte den Ursprung in einer Volksinitiative, die lanciert wurde, und der Gegenvorschlag, der jetzt vom Gemeinderat ausgearbeitet wurde, glaube ich, ist im Rat relativ breit akzeptiert. Und ich finde das ein tolles Ergebnis. Das Verhältnis des Klimareglements und des Klimaanpassungsreglements gibt doch auch ein wenig zum Nachdenken Anlass. Beim Klimareglement, so sehe ich das, da geht es eigentlich um vorsorgende Lösungen, die man treffen will. Nämlich, es sollen Umweltschäden vermieden oder zumindest minimiert werden. Bei den Klimaanpassungen geht es eher um nachsorgende Elemente, zum Beispiel, indem man Umweltschäden, die es gibt, nachträglich behandeln muss. Das ist schon ein bisschen etwas, wie Pflaster setzen. Ich bin bekanntlich nicht wirklich ein Freund von Pflaster setzen, aber ich sehe, dass sie selbstverständlich notwendig sind, nämlich nachdem in der Vergangenheit immer wieder grössere Wunden aufgerissen wurden, zum Beispiel durch die Bodenversiegelung, die man jetzt wieder entsiegeln muss.

Und da möchte ich einfach gerne zu bedenken geben, dass wir einfach nicht nachlassen dürfen, auch die Ursachen der Klimaveränderung zu bekämpfen. Denn wenn wir da nachlassen - ich weiss, das ist eine globale Sache, aber wir in der Schweiz sind da als reiches Land wirklich auch gefordert – wenn wir hier nachlassen, werden uns die folgenden Klimaanpassungsmassnahmen umso teurer zu stehen kommen, weil sie nämlich umfangreicher ausfallen müssen. Und wenn die SVP einen Menschen nicht nur als Steuerzahler oder auch als Steuerzahlerin ansprechen würde – ihr seht ja die Finanzen auch als beschränkte Ressourcen an und das ist etwas, was ich anerkenne –, aber spricht doch die Menschen auch als Erdbewohner\*innen an mit Abhängigkeiten zu den ebenso beschränkten natürlichen Ressourcen. Oder umgekehrt, auch wenn das Grüne Bündnis die Finanzen wie beschränkte natürliche Ressourcen anschauen würde, wie ihr das ja beim Klimabudget ausgezeichnet präsentiert, dann wäre, glaube ich, wirklich sehr viel in der Diskussion gewonnen. Die GFL probiert heute eine Brücke zu schlagen und mit 2 Vorstössen die Diskussion, um nachhaltige und krisenfeste Finanzen neu zu lancieren, indem wir die langfristige Planung in den Vordergrund schieben wollen. Und

das Klimaanpassungsreglement hat selbstverständlich auch mit Finanzen gleich Ressourcen zu tun. In diesem Sinn unterstütze ich selbstverständlich das neue Klimaanpassungsreglement. Und damit bin ich nicht ganz sicher, ob es heute mein letztes Votum war. Falls es das gewesen ist, sage ich noch einmal: Merci vielmals, macht es gut und "Tschou Zämä".

**Präsidentin:** Merci, Marcel. Dann hat Alex Feuz das Wort.

**Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum:** Die SVP ist angesprochen worden. Ich halte noch einmal fest, wir sind die, die eigentlich den konsequenten Klimaschutz machen. Ich habe schon vorhin gesagt, wir setzen uns ein, damit die bestehenden Grünflächen und Waldflächen erhalten werden. Ihr macht die Heuchelei, ihr zerstört unsere Grundlagen, sodass ihr weiterhin eure Klientel auf dem Stadtberner Boden ansiedeln könnt. Das ist eine egoistische Haltung. Ihr wollt eure Klientel ansiedeln und macht dafür hier unsere Lebensgrundlagen in der Stadt Bern kaputt, und zwar vorsätzlich und mutwillig. Wir haben entsprechende Anträge gestellt. Ich habe keine Illusionen, dass sie angenommen werden, leider nicht. Ich bin Cassandra, ich habe es immer gesagt, das wäre etwas, was man im Klimaschutz machen könnte, aber dann heisst es immer mit den Lebensgrundlagen. Ihr seid die, die alles immer überbauen wollt. Ihr wollt immer neue Sachen machen. Und ich bin sehr froh, über das was vorhin auch Ursula Stöckli gesagt hat, wir haben nachher eine Staubwüste. Ich sage euch immer, ihr müsst möglichst alle die Grünflächen unangetastet lassen. Am wertvollsten sind die ganz grossen. Dass wir vielleicht im Viererfeld dort auch noch ein bisschen Hecken machen könnten, wenn man es nicht überbauen würde, das ist auch klar. Aber nein, es geht ja darum – da war auch der Stadtpräsident führend –, dass man vor allem die Ukrainer ansiedeln wollte, damit man nachher die Abstimmung über die Erschliessung gewinnen konnte. Das war ein raffinierter Trick, aber nicht nachhaltig für die Berner und die Generationen. Man hat Tafelsilber verscherbelt.

Und der nächste Punkt ist auch das mit dem Kosten-Nutzen-Effekt: Ich sage euch noch einmal, es wäre wichtiger, dass man die Grünflächen erhält, als das mit teuren Massnahmen irgendwelche Plastikbäume nachher hinstellt und irgendwie Plastik-Unterstände macht, damit ihr nachher ein paar Bäumchen pflanzen könnt. Schaut euch einmal die städtische Planung an, was sie vernichtet haben, schaut die Thunstrasse an, dort bei der Cremeschnitte, schaut da die Ästchen, die auf diesen Plastikkübel herauskommen. Das soll grosse Ökologie sein. Wie es Ursula Stöckli gesagt hat, schaut euch den Breitenrainplatz an, schaut euch den Eigenplatz an und schaut, was ihr zerstört habt. Bedenkt wie das Viererfeld vorher ausgesehen hat und wie es jetzt aussieht, das sind die Folgen der Rot Grünen Politik. Da brauche ich kein Manuskript, da kann ich gerade frei darüber reden, dass ihr das einfach seht. Für mich auch ganz klar die Arroganz der Macht. Ihr habt die Anträge, die wir gestellt haben, über die will man offenbar nicht ein zweites Mal reden, aber denkt daran, ihr seid die, die die Grundlagen zerstören. Darum bin ich hier heftig. Ihr hättet die Chance, das noch zu verhindern, aber euch geht es eben um mehr. Ihr seht wahrscheinlich schon die Parkplätze, die ihr überall aufheben könnt und die Verkehrsflächen, die man überall aufheben kann. Euch geht es um das und nicht um den Klimaschutz, sonst würdet ihr nämlich mit Freuden unseren Anträgen zustimmen, unter Schutzstellung der Bäume, Alleen, Wäldern und die Schutzbestimmungen machen. Ich appelliere an euch, wenn ihr für unsere Nachkommen etwas machen wollt, für die Stadt Bern, stimmt diesen Anträgen zu.

**Präsidentin:** Merci, Alex. Dann kommt Simone Machado.

**Simone Machado (GaP)**, Einzelvotum: Die Initiative wie auch der Gegenvorschlag, die ich beides unterstütze, haben ein Defizit. Wenn wir die Stadt Bern wirklich vor den Folgen der Klimaveränderung schützen wollen, müssen wir aufhören, die Grünflächen grossflächig zu betonieren. Zum Beispiel das Viererfeld, das Gaswerk-Areal, die Gumere-Matte und alle anderen, die müssen grün bleiben. Das Problem des fehlenden günstigen Wohnraums müssen wir anders lösen. Das Gute am Gegenvorschlag des Gemeinderates ist, dass man endlich erkannt hat, wie wichtig diese Baumkronen sind. Sie haben nämlich eine grosse Bedeutung und man kann beim nächsten Projekt nicht einfach wieder sagen: "Ja, diese Bäume können wir ersetzen durch klimaresistente Jungbäume." Die haben einfach nicht die gleiche Wirksamkeit und ich hoffe, das geht nicht wieder vergessen.

**Präsidentin:** Danke vielmals. Wenn es keine Einzelvoten mehr gibt, dann hat das Wort Marieke Kruit für den Gemeinderat.

**Marieke Kruit**, Direktorin TVS: Ich freue mich sehr über die angeregte Debatte hier im Rat zur Stadtklimainitiative und zum Gegenvorschlag vom Gemeinderat. Dass Handlungsbedarf besteht, ist uns allen klar. Der Gemeinderat misst den Klimaanpassungsmassnahmen im städtischen Raum eine hohe Priorität bei. Wir verfolgen die gleiche Stossrichtung wie die Initiative. Die Anpassung der Städte an die zunehmende Hitze ist ein verhältnismässiges junges Thema und noch nicht allzu lange im öffentlichen Fokus. Wir alle befinden uns nach wie vor in einem Lernprozess. Das Thema ist aber wichtig und wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch wichtiger werden. Die Stadt hat zum Glück schon einiges vorzuweisen, zum Beispiel mit "Bern baut", unsere Planungsgrundsätze, wo das Klima bei allen Projekten von Anfang an mitgedacht wird. Weiter hat die Stadt unter wissenschaftlicher Begleitung die Fussgängerzone Bümpliz dem Klima angepasst umgestaltet. Wir planen die Optingenstrasse aufzuwerten und auch beim Bären- und Waisenhausplatz sind Klimaanpassungen vorgesehen und biegen jetzt dort auf die Zielgerade ein. Nicht zu vergessen sind natürlich auch die Klimaanpassungen, die wir planen parallel zum Fernwärmeausbau. Also Ursula Stöckli, es ist wirklich nicht nichts unternommen worden und du weisst ja auch sehr genau, dass so grosse Projekte wie der Eigerplatz eine sehr lange Laufzeit haben und damals sind wirklich die Klimaanpassungsmassnahmen noch weniger im Fokus gestanden. Seit 2018 betreibt die Stadt gemeinsam mit der Universität Bern zudem das Messnetz Stadtklima. Der Austausch mit der Wissenschaft, aber auch mit anderen grösseren Städten, der ist wirklich sehr wichtig. Nur zusammen können wir diese Herausforderung angehen. Dank all diesen Projekten und Aktivitäten haben wir eben wirklich schon sehr viel auch gelernt. Eine zentrale Erkenntnis ist, dass die Entsiegelung eine wichtige Voraussetzung für Klimaanpassungen ist, dass allein reicht aber nicht. Um eine effektive Kühlung zu erzielen, braucht es zusätzliche Begrünung und Wasser, eben auch die Schwammstadtelemente. Der Gemeinderat ist deshalb überzeugt, dass dem Ziel der Initiative mit einem Gegenvorschlag besser entsprochen werden kann. Die Stossrichtung der Initiative teilen wir natürlich, und mit dem Gegenvorschlag können wir dem aktuellen Wissensstand gerade im Hinblick auf das Schwammstadtprinzip aber noch besser Rechnung tragen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, möglichst klimawirksame Massnahmen umzusetzen. Der Kern des Gegenvorschlags bildet deshalb auch das Konzept der klimawirksamen Fläche. Das erlaubt uns, Massnahmen mit einem höheren Wirkungsgrad stärker zu gewichten. Zudem werden Anreize gesetzt, Massnahmen an Orten umzusetzen, wo sie eben am nötigsten und wirkungsvollsten sind. Mit

dem Umsetzungskonzept wird nicht nur aufgezeigt, dass das Jahresziel von 10'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen erreicht werden kann, sondern auch, wie es soll erreicht werden und da unterscheiden wir uns von anderen Städten, die mehrheitlich von Zehnjahreszielen ausgehen. Fakt ist, dass grosse öffentliche Infrastrukturprojekte häufig eine lange Vorlaufzeit haben, um jährliche Ziele erreichen zu können, und wir müssen deshalb besonders auch auf relativ rasch umsetzbare Projekte setzen, wie wir das ja jetzt auch schon machen. Das hat auch den Vorteil, dass wir aus diesen kleineren Projekten wichtige Erkenntnisse sammeln können, die wir dann auch bei den Grossprojekten nutzen können, also eben wirklich auch eine lernende Planung.

Bei Klimaanpassungen geht es immer auch um die Gestaltung des öffentlichen Raums. Er ist beschränkt und gleichzeitig nehmen die Nutzungsansprüche zu. Deshalb ist es wichtig, ganzheitlich zu denken. Der Verkehr spielt dabei natürlich eine entscheidende Rolle, um Handlungsspielraum für Klimaanpassungsmassnahmen im öffentlichen Raum zu haben, müssen und wollen wir die Förderung der Flächen, effizienten und stadtverträglichen Mobilität weiterführen. Der Handlungsbedarf bei den Anpassungsmassnahmen ist gross und deshalb wollen wir uns eben wirklich auch ambitionierte Ziele setzen. Dabei dürfen wir nicht die Umsetzbarkeit verlieren, denn nur effektiv umgesetzte Massnahmen nützen etwas. Mit diesem Gegenvorschlag setzen wir uns deshalb ambitionierte, aber realisierbare und realistische Ziele. Es sind nicht nur die Finanzen, die der Umsetzbarkeit die Grenzen setzen, sondern auch der Fachkräftemangel, ebenso die gut ausgefüllten Auftragsbücher der umsetzenden Firmen und es gibt auch Limiten, wie viele Baustellen eine lebendige Stadt verträgt. In Basel ist das ja mit ein Grund gewesen, warum die Initiative gescheitert ist. Also eben, bitten überladet es nicht. Ich komme zum Schluss. Ich bin überzeugt, dass der Gegenvorschlag des Gemeinderates der klimaangepassten Gestaltung des öffentlichen Strassenraums den zusätzlichen Schub geben kann, den die Stadtklimainitiative ja auch anstrebt. Aber es ist klar, dass die Anstrengungen etwas kosten werden. Es ist aber gut investiertes Geld. Es ist höchste Zeit, dass wir unsere Stadt wirklich fit machen für das veränderte Klima. Es ist eine Investition in die Zukunft.

Dann noch zu den Anträgen. Es sind doch einige Anträge hereingekommen. Ich kann deshalb nur auf einzelne wirklich näher eingehen. Ich bitte Sie, alle Rückweisungsanträge der SVP abzulehnen. In der Vorlage werden Kostenabschätzungen, basierend auf Erfahrungen mit bisherigen Projekten ausgewiesen. Es werden keine Kredite beantragt. Die nötigen Mittel werden im jährlichen Budgetprozess beantragt, und dann können Sie gerne dort mitreden und auch mitbestimmen. Dann noch zum Antrag der FDP. Wir haben mehrmals darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des Gegenvorschlags nicht ohne zusätzliche Ressourcen umgesetzt werden kann. Das ist einfach nicht realistisch. Dann werden wir die Ziele nicht erreichen können.

Dann noch zu den Anträgen der PVS: Der Gemeinderat bittet Euch, ausser zum Vorgehen beim nicht Erreichen der Ziele, alle abzulehnen. Unsere jährlichen Ziele, die sind wirklich sehr ambitioniert. Jährlich mehr als 10'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Fläche umzusetzen, ist schwierig umsetzbar. Wir stossen hier wirklich an Systemgrenzen. Der Antrag der JA!, der darauf abzielt, bitte ich Sie deshalb ebenfalls abzulehnen. Weniger wollen wir aber auch nicht machen und deshalb bitte ich Sie, auch die Anträge von bürgerlicher Seite abzulehnen. Beim Antrag zur Biodiversität der PVS: Ja, wir streben in der Stadt Bern mehr naturnahe Fläche an. Wir zeigen das auf im neuen Biodiversitätskonzept 2025 bis 2035. Bei der Festlegung der neuen Zielwerte wurde insbesondere darauf geachtet, dass die Ziele dort nach oben korrigiert werden, wo das grösste Potenzial besteht. Neben dem Siedlungsraum sind insbesondere Wald- und Landwirtschaftsflächen wichtig. Die Erfahrungen und Berechnungen zeigen, dass 15% im Strassenraum

bereits eine hohe und auch ambitionierte Zielvorgabe ist. Die Anträge der SVP und von Simone Machado bitte ich Sie, diese abzulehnen. Diese Anträge zählen auf raumplanerische respektive nutzungsplanerische Absichten ab. Diese Anliegen müssen in der Bauordnung, im Nutzungszonenplan oder im Stadtentwicklungskonzept Bern (STEK) geregelt werden. Die ist nicht der richtige Ort. Dann zum Antrag der JA! zu den Fussgängerzonen. Die Vorteile von Fussgängerzonen sind natürlich absolut unbestritten. Das Ziel, das ihr wollt, aber es ist zu ambitioniert, vor allem, auch wenn wir eine gute Partizipation machen wollen, das braucht Zeit. Und wir planen jetzt ja dann auch einen Superblock-Pilot zu machen und sind gespannt auf die Resultate. Alles gleichzeitig zu machen, das können wir halt einfach nicht.

**Präsidentin:** Danke vielmals, Marieke. Wir kommen zu den Abstimmungen. Das wird wieder eine etwas kompliziertere Sache. Deshalb zuerst einmal zum Vorgehen: wir werden als erstes den Gegenvorschlag bereinigen und dann stimmen wir darüber ab, ob auf die zweite Lesung verzichtet wird. Wenn 2/3 auf die zweite Lesung verzichten wollen, werden wir den Gegenvorschlag der Initiative gegenüberstellen. Es ist so, weil es ein neues Reglement ist. Deshalb muss man eigentlich über alle Artikel gemäss dem neuen Reglement abstimmen, und ich werde jeweils fragen, ob es unbestritten ist und wenn sich niemand meldet, gehe ich davon aus, dass es so angenommen wird. Dann noch schnell zu den Gegenüberstellungen: Wenn ihr eure Abstimmungsknöpfe anschaut, ist der erste, wo kommt immer grün, nachher rot, nachher enthalten. Und das Erste, das wir gegenüberstellen, wird immer grün sein und das Zweite, das wir gegenüberstellen immer rot. Aber ich sage es nachher noch einmal. Gut, wir fangen mit den Anträgen an. Die ersten 4 Anträge sind Rückweisungsanträge der SVP. Wir stimmen über den ersten Rückweisungsantrag ab.

Antrag

1 SVP, Rückweisung:

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, abzuklären, welche Kosten durch die Vorlage dem Steuerzahler verursacht werden.

Abstimmung Nr. 017

2022.SK.000057: Antrag 1

**Ablehnung**

Ja	7
Nein	59
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen über den zweiten Rückweisungsantrag ab.

Antrag

2 SVP, Rückweisung:

Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, abzuklären, wie positiv sich der Erhalt grosser wertvoller Grünflächen auf das städtische Klima auswirkt und welche Kostenfolgen durch die Versiegelung dieser Grünflächen entstehen, dabei sei die Vorlage auch unter dem Aspekt des Kosten-/Nutzeneffekts zu überprüfen.

Abstimmung Nr. 018

2022.SK.000057: Antrag 2	
<b>Ablehnung</b>	
Ja	12
Nein	53
Enthalten	1

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind beim dritten Rückweisungsantrag.

Antrag

3 SVP, Rückweisung:

Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, abzuklären, ob die Vorlage vereinbar mit dem übergeordnetem Recht ist, dort wo dies nicht möglich ist, sind die entsprechenden Änderungen anzuzeigen.

Abstimmung Nr. 019

2022.SK.000057: Antrag 3	
<b>Ablehnung</b>	
Ja	12
Nein	54
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den abgelehnt. Wir stimmen ab über den 4. Rückweisungsantrag.

Antrag

4 SVP, Rückweisung:

Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, die Abstimmungsbotschaft zu überarbeiten.

Abstimmung Nr. 020

2022.SK.000057: Antrag 4	
<b>Ablehnung</b>	
Ja	7
Nein	58
Enthalten	0

**Präsidentin:** Auch das habt ihr abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 5 der FDP-JF-Fraktion, dass es keine zusätzlichen Stellen zur Folge haben soll.

Antrag

5 FDP/JF:

Die Umsetzung des Abstimmungsgeschäfts darf keine zusätzlichen Stellen zur Folge haben. Diese müssen innerhalb der Stadtverwaltung beschafft werden und andernorts dementsprechend reduziert werden.

Abstimmung Nr. 021

2022.SK.000057: Antrag 5	
--------------------------	--

**Ablehnung**

Ja	14
Nein	50
Enthalten	2

**Präsidentin:** Ihr habt den abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 6 der SVP zu der Abstimmungsbotschaft.

Antrag

6 SVP, Abstimmungsbotschaft:

Ad Kosten S. 11:

... werden jährlich schätzungsweise zusätzlich **mindestens** ~~und~~ 4,6 Millionen Franken benötigt, **wobei von einem wesentlich höheren Betrag von ca. 7 Mio. auszugehen ist.** [...]

Abstimmung Nr. 022

2022.SK.000057: Antrag 6

**Ablehnung**

Ja	7
Nein	59
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Reglement, das ist ab Seite 5. Ich gehe davon aus, dass Artikel 1 und Artikel 2, Absatz 1, a bis f, unbestritten sind. Dann stimmen wir ab über den Antrag Nummer 1, SVP/Simone Machado zu Buchstaben g.

Antrag

1 SVP/Simone Machado:

**g. Sie bewahrt wertvolle städtische Grün- und Parkflächen vor der Überbauung.**

Abstimmung Nr. 023

2022.SK.000057: Antrag 1

**Ablehnung**

Ja	8
Nein	58
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 2, SVP/Simone Machado, zum Buchstaben h.

Antrag

2 SVP/Simone Machado:

**h. Sie bewahrt die Wälder im Stadtgebiet vor der Überbauung.**

Abstimmung Nr. 024

2022.SK.000057: Antrag 2	
<b>Ablehnung</b>	
Ja	9
Nein	57
Enthalten	0

**Präsidentin:** Denn habt ihr auch abgelehnt. Wir kommen jetzt zu der Gegenüberstellung. Antrag Nummer 3 ist Grün, Antrag Nummer 4 ist Rot, und wer sich Enthaltet drückt Weiss.

Antrag

3 SVP/ Simone Machado:

***i. Sie schützt städtische Alleen vor der Überbauung.***

vs.

4 SVP/ Simone Machado:

***j. Die Stadt stellt städtische Alleen unter Schutz.***

Abstimmung Nr. 025

2022.SK.000057: Antrag 3 vs. Antrag 4	
<b>Annahme Antrag 4</b>	
Ja	18
Nein	37
Enthalten	11

**Präsidentin:** Der obsiegende Antrag ist der Antrag Nummer 4. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 4.

Abstimmung Nr. 026

2022.SK.000057: Antrag 4	
<b>Ablehnung</b>	
Ja	9
Nein	56
Enthalten	1

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag abgelehnt. Ich gehe davon aus, dass Artikel 2, Absatz 2 und 3 unbestritten sind. Wir stimmen ab über Antrag 5 der SVP.

Antrag

5 SVP:

Art. 2 Massnahmen

***4 Die Massnahmen müssen verhältnismässig und mit dem übergeordneten Recht vereinbar sein.***

Abstimmung Nr. 027

2022.SK.000057: Antrag 5	
--------------------------	--

<b>Ablehnung</b>	
Ja	11
Nein	54
Enthalten	1

**Präsidentin:** Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 6 der SVP.

Antrag

6 SVP:

Art. 2 Massnahmen

**<sup>5</sup> Bei den Zwischenzielen und Massnahmen ist zu berücksichtigen, dass die Bevölkerung seit 2022 angestiegen ist; die Werte sind entsprechend zu korrigieren.**

Abstimmung Nr. 028

2022.SK.000057: Antrag 6

<b>Ablehnung</b>	
Ja	11
Nein	54
Enthalten	1

**Präsidentin:** Der Antrag ist abgelehnt. Zu Artikel 3, Absatz 1, ist kein Antrag eingegangen. Ich hoffe, der ist unbestritten. Dann stimmen wir ab über Antrag Nummer 7 der SVP.

Antrag

7 SVP:

Art. 3 Entsiegelung öffentlicher Strassen

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt im Durchschnitt mindestens ~~10 000 m<sup>2</sup>~~ **2000 m<sup>2</sup>** klimawirksame Flächen pro Jahr zu realisieren.

Abstimmung Nr. 029

2022.SK.000057: Antrag 7: ungültig

<b>Ablehnung</b>	
Ja	12
Nein	54
Enthalten	0

**Präsidentin:** Nein, das stimmt nicht. Es gibt eine Gegenüberstellung. Das heisst, die Abstimmung ist ungültig. Wir stellen nämlich Antrag Nummer 7 dem Antrag Nummer 8 gegenüber. Wer für den Antrag Nummer 7 ist, drückt Grün. Wer für den Antrag Nummer 8 ist, drückt Rot. Sorry für das Missverständnis.

Antrag

7 SVP:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt im Durchschnitt mindestens ~~10 000 m<sup>2</sup>~~ **2000 m<sup>2</sup>** klimawirksame Flächen pro Jahr zu realisieren.

vs.

8 FDP:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt im Durchschnitt mindestens ~~10'000 m<sup>2</sup>~~ **5000 m<sup>2</sup>** klimawirksame Flächen pro Jahr zu realisieren.

Abstimmung Nr. 030

2022.SK.000057: Antrag 7 vs. Antrag 8

**Ablehnung**

Ja	11
Nein	53
Enthalten	1

**Präsidentin:** Der obsiegende Antrag ist Antrag Nummer 8. Dann stimmen wir ab über den PVS-Antrag. Wir machen eine Gegenüberstellung mit Antrag Nummer 10 der JA!. Wer für den PVS-Antrag ist, stimmt Grün. Wer für den Antrag der JA! ist, stimmt Rot.

Antrag

9 PVS:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt im Durchschnitt mindestens 10 000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen pro Jahr **und innerhalb von 10 Jahren mindestens 140'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen** zu realisieren.

vs.

10 JA!:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt ~~im Durchschnitt~~ mindestens 10 000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen pro Jahr **und innerhalb von 10 Jahren mindestens 140'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen** zu realisieren.

Abstimmung Nr. 031

2022.SK.000057: Antrag 9 vs. Antrag 10

**Annahme**

Ja	58
Nein	6
Enthalten	2

**Präsidentin:** Der PVS-Antrag ist obsiegend. Dann stellen wir den PVS-Antrag, dem Antrag Nummer 11 gegenüber. Wer für den PVS-Antrag ist, drückt Grün. Wer für den Antrag Nummer 11 ist, drückt Rot.

Antrag

9 PVS:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt im Durchschnitt mindestens 10 000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen pro Jahr **und innerhalb von 10 Jahren mindestens 140'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen** zu realisieren.

vs.

11 JA!:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt ~~im Durchschnitt~~ mindestens 10 000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen pro Jahr **und innerhalb von 10 Jahren mindestens 180'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen** zu realisieren.

Abstimmung Nr. 032

2022.SK.000057: Antrag 9 vs. Antrag 11

**Annahme**

Ja	56
Nein	8
Enthalten	0

**Präsidentin:** Der obsiegende Antrag ist der PVS-Antrag. Wir stimmen ab. Wir stellen den PVS-Antrag dem obsiegenden Antrag von vorher, Antrag Nummer 8 gegenüber. Der PVS-Antrag ist Grün, Antrag Nummer 8 ist Rot.

Antrag

9 PVS:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt im Durchschnitt mindestens 10 000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen pro Jahr **und innerhalb von 10 Jahren mindestens 140'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen** zu realisieren.

vs.

8 FDP:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt im Durchschnitt mindestens ~~10 000 m<sup>2</sup>~~ **5000 m<sup>2</sup>** klimawirksame Flächen pro Jahr zu realisieren.

Abstimmung Nr. 033

2022.SK.000057: Antrag 9 vs. Antrag 8

**Annahme**

Ja	52
Nein	14
Enthalten	0

**Präsidentin:** Der obsiegende Antrag ist der PVS-Antrag. Wir stimmen ab über den PVS-Antrag.

Antrag

9 PVS:

<sup>2</sup> Bis 2035 sind im bestehenden Strassennetz im Eigentum der Stadt im Durchschnitt mindestens 10 000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen pro Jahr **und innerhalb von 10 Jahren mindestens 140'000 m<sup>2</sup> klimawirksame Flächen** zu realisieren.

Abstimmung Nr. 034

2022.SK.000057: Antrag 9

**Annahme**

Ja	52
Nein	14
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt dem PVS-Antrag zugestimmt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 12 der FDP.

Antrag

12 FDP:

Art. 3 Entsiegelung öffentlicher Strassen

**2 [...] Die entsiegelten und/oder aufgewerteten Flächen, die aus dem Projekt "Aufwertung des Strassenraums infolge Fernwärmebaustellen" entstehen sind in die Zahl der klimawirksamen Flächen einzurechnen.**

Abstimmung Nr. 035

2022.SK.000057: Antrag 12

**Ablehnung**

Ja 12

Nein 53

Enthalten 0

**Präsidentin:** Der Antrag ist abgelehnt. Es gibt wieder Gegenüberstellungen von 3 SVP-Anträgen. Zuerst stellen wir Antrag Nummer 13 dem Antrag Nummer 14 gegenüber. Antrag Nummer 13 ist Grün, Antrag Nummer 14 ist Rot.

Antrag

13 SVP:

**2 bis Die Kosten für die Klimaanpassung werden zu 25% bei der Präsidialdirektion kompensiert. Die Massnahmen sind zu 25 % kostenneutral auszuführen.**

vs.

14 SVP:

**2 bis Die Kosten für die Klimaanpassung werden vollumfänglich bei der Präsidialdirektion kompensiert. Die Massnahmen sind zu mindestens 50% kostenneutral auszuführen.**

Abstimmung Nr. 036

2022.SK.000057: Antrag 13 vs. Antrag 14

**Annahme**

Ja 39

Nein 14

Enthalten 11

**Präsidentin:** Der obsiegende Antrag ist Antrag Nummer 13. Wir stellen jetzt Antrag Nummer 13 dem Antrag Nummer 15 gegenüber. Wer für die Antrag Nummer 13 ist, stimmt Grün. Wer für Antrag Nummer 15 ist, stimmt Rot.

Antrag

13 SVP:

**2 bis Die Kosten für die Klimaanpassung werden zu 25% bei der Präsidialdirektion kompensiert. Die Massnahmen sind zu 25 % kostenneutral auszuführen.**

vs.

15 SVP:

**2 bis Die Kosten für die Klimaanpassung werden vollumfänglich bei der Präsidialdirektion kompensiert. Die Massnahmen sind kostenneutral auszuführen.**

Abstimmung Nr. 037

2022.SK.000057: Antrag 13 vs. Antrag 15

**Annahme**

Ja	35
Nein	18
Enthalten	13

**Präsidentin:** Der obsiegende Antrag ist Antrag Nummer 13. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 13.

Antrag

13 SVP:

**2<sup>bis</sup> Die Kosten für die Klimaanpassung werden zu 25% bei der Präsidialdirektion kompensiert. Die Massnahmen sind zu 25 % kostenneutral auszuführen.**

Abstimmung Nr. 038

2022.SK.000057: Antrag 13

**Ablehnung**

Ja	8
Nein	57
Enthalten	1

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag abgelehnt. Ich gehe davon aus Artikel Nummer 3, Absatz 3 und 4 sind unbestritten. Ah genau, Artikel 3, Absatz Nummer 3, und Artikel 4. Gut dann stimmen wir ab über Antrag Nummer 16 der JA!.

Antrag

16 JA!:

Art. 4 Flächen für den Fuss- und Veloverkehr

**[...] 500 Meter der zu erstellenden Begegnungszonen sind als Fussgängerzone ausgestaltet. Situativ können Ausnahmen für Notfallfahrzeuge, Fahrräder, städtische Dienste, Anlieferung und der Zugang zu privaten Abstellplätzen von Anraimer\*innen gewährt werden. Die Umwandlung in Fussgängerzonen von Strassen in bestehenden Begegnungszonen und solchen mit weniger als 5 Meter Gesamtbreite wird hälftig angerechnet.**

Abstimmung Nr. 039

2022.SK.000057: Antrag 16

**Ablehnung**

Ja	13
Nein	53
Enthalten	0

**Präsidentin:** Der Antrag ist abgelehnt. Ist Artikel Nummer 5 unbestritten? Dann stimmen wir ab über den Antrag Nummer 17 der PVS.

Antrag

17 PVS:

**Art. 6 (neu) Vorgehen bei Verfehlung der Zwischenziele**

**Werden die Jahresziele der Artikel 3 und 4 verfehlt, ergreift die Stadt zusätzliche Massnahmen.**

Abstimmung Nr. 040

2022.SK.000057: Antrag 17

**Annahme**

Ja	52
Nein	13
Enthalten	1

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag angenommen. Ist Artikel Nummer 6 bestritten? Gut, dann stimmen wir ab über den Antrag Nummer 18 der SVP.

Antrag

18 SVP:

<sup>1</sup> Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. **Das Inkrafttreten erfolgt frühestens 2032.**

Abstimmung Nr. 041

2022.SK.000057: Antrag 18

**Ablehnung**

Ja	11
Nein	54
Enthalten	1

**Präsidentin:** Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Anhang 1A und B. Ist das unbestritten? Genau, es gibt wieder eine Gegenüberstellung, und zwar der Antrag des Gemeinderates, der ist Grün, gegenüber dem Antrag der PVS, Nummer 19, ist Rot.

Antrag

Gemeinderat:

**Biodiversität**

**mehr als 15 % des Projektperimeters sind naturnahe Flächen + 0.1**

**15 % des Projektperimeters sind naturnahe Flächen 0**

**weniger als 15 % des Projektperimeters sind naturnahe Flächen - 0.1**

vs.

19 PVS:

**Biodiversität**

**mehr als 20 % des Projektperimeters sind naturnahe Flächen + 0.1**

**20 % des Projektperimeters sind naturnahe Flächen 0**

**weniger als 20 % des Projektperimeters sind naturnahe Flächen - 0.1**

Abstimmung Nr. 042

2022.SK.000057: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 19

**Ablehnung**

Ja	14
Nein	51
Enthalten	1

**Präsidentin:** Der obsiegende Antrag ist der PVS-Antrag. Wir stimmen ab über den PVS-Antrag.

Abstimmung Nr. 043

2022.SK.000057: Antrag 19

**Annahme**

Ja	51
Nein	14
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag angenommen. Jetzt gibt es noch eine Tischvorlage, die verlangt, dass auf die zweite Lesung verzichtet wird. Bei Zweidrittelmehrheit wird auf die zweite Lesung verzichtet.

Abstimmung Nr. 044

2022.SK.000057: Verzicht auf die 2. Lesung

**2/3 Quorum erreicht**

Ja	43
Nein	19
Enthalten	2

**Präsidentin:** Die Zweidrittelmehrheit ist erreicht. Einen Moment, bitte. Ich erkläre euch gleich, wie es weitergeht. Gut, es ist jetzt so, dass man auf die zweite Lesung verzichtet hat. Jetzt muss ich hier schnell mein Schema anschauen, wie es weitergeht. Das heisst, wir stellen den Gegenvorschlag der Initiative gegenüber. Wenn der Gegenvorschlag obsiegt, gibt es ein obligatorisches Referendum. Und dann stimmen wir auch noch über die Abstimmungsbotschaft ab. Wenn die Initiative obsiegt, wird der Gegenvorschlag abgelehnt und es ist fertig und es ist dem fakultativen Referendum unterstellt. Wir machen zuerst eine Gegenüberstellung. Gibt es Unklarheiten?

Ich erkläre es noch einmal. Wir werden als nächstes nochmals darüber abstimmen, und zwar werden wir sie gegenüberstellen. Entweder werden wir hier im Parlament den Gegenvorschlag annehmen oder wir werden die Initiative annehmen. Wir werden dann nachher noch über den obsiegenden Antrag abstimmen. Wenn wir entscheiden, dass wir den Gegenvorschlag annehmen wollen, wird die Initiative abgelehnt. Und wenn das der Fall wäre, wenn wir den Gegenvorschlag annehmen, dann gibt es ein obligatorisches Referendum, und dann wird das Volk darüber abstimmen, die Stimmbevölkerung. Und dann werden wir nachher auch noch über die Abstimmungsbotschaft direkt abstimmen. Wenn die Initiative aber obsiegt, dann ist der Gegenvorschlag abgelehnt und dann ist das somit fertig und dann gibt es ein fakultatives Referendum. Ich sehe nicken, ist das gut? Der Gegenvorschlag ist Grün. Die Initiative ist Rot. Enthalten ist Weiss. Gut, wir stimmen ab. Gegenvorschlag ist Grün, Initiative ist Rot.

Abstimmung Nr. 045

2022.SK.000057: Gegenvorschlag vs. Initiative	
<b>Annahme</b>	
Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

**Präsidentin:** Der obsiegende Vorschlag ist der Gegenvorschlag. Einen Moment. *Die Abstimmung wird für 3 Minuten von der Präsidentin unterbrochen, um das weitere Vorgehen abzuklären.*

Danke vielmals für die Geduld. Wir haben das jetzt geklärt. Es ist so, wir haben jetzt zuerst einmal einfach ausgemehrt, das heisst, den Gegenvorschlag und die Initiative gegenübergestellt. Und jetzt stimmen wir zuerst einmal noch über den Gegenvorschlag ab und nachher weiss ich schon, dass es noch einen Antrag geben wird. Wir stimmen über den Gegenvorschlag ab.

Abstimmung Nr. 046

2022.SK.000057: Gegenvorschlag	
<b>Annahme</b>	
Ja	53
Nein	13
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Gegenvorschlag angenommen. Jetzt stimmen wir gerade noch über die Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 047

2022.SK.000057: Abstimmungsbotschaft	
<b>Annahme</b>	
Ja	56
Nein	5
Enthalten	4

**Präsidentin:** Ihr habt die Abstimmungsbotschaft angenommen. Wir haben einen Ordnungsantrag von Tom Berger.

**Tom Berger (FDP):** Ich stelle, gestützt auf Artikel 46 der Gemeindeordnung den Antrag, dass wir so oder so das Reglement dem Volk vorlegen. Kurz zur Erklärung: Im Moment ist die Situation so, solange die Volksinitiative aufrechterhalten wird, gibt es eine Volksabstimmung. Wenn die Initianten die Volksinitiative zurückziehen, ist in dem Moment der Gegenvorschlag ein beschlossenes Reglement. Ihr habt bewusst entschieden, bei einem Geschäft, zu dem ihr jeden zweiten Donnerstagabend die alleinige Mehrheit habt, trotzdem den Umweg über eine Volksinitiative zu machen. Es hat vorhin Fraktionsvoten gegeben, die gesagt haben, dass das eben ein Volksanliegen sei und ich finde, dann ist es nicht redlich, wenn man ein Geschäft, das aus einer Volksinitiative kommt, nachher nicht dem Volk zur Abstimmung vorlegen will. Also habt doch den Mut, eure eigene Klientel, eurem eigenen Elektorat euer eigenes Reglement vorzulegen, so dass das Volk so oder so über ein Reglement von einer doch relativ grossen Tragweite

abstimmen kann. Wir würden uns sehr freuen, wenn ihr die Hand bieten würdet, damit es die Volksabstimmung so oder so geben kann.

**Präsidentin:** Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Abstimmung Nr. 048

2022.SK.000057: Ordnungsantrag

**Ablehnung**

Ja	26
Nein	39
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag abgelehnt.

**2023.FPI.000043**

**6 Erneuerung der Microsoft-Lizenzierung und -Wartung für die digitalen Arbeitsplätze und den digitalen Zugang der Stadtverwaltung; Verpflichtungskredit**

*Gemeinsame Beratung der Traktanden 6 und 7.*

**Präsidentin:** Wir kommen zu den Traktanden 6 und 7, die wir gemeinsam behandeln und ich erteile der Kommission das Wort. Für die RWSU, Judith Schenk.

**Judith Schenk (SP)** für die RWSU: Uns liegen 2 Verpflichtungskredite vor. Bei beiden geht es um die Erneuerung von Microsoft-Lizenzierungen und Wartungen für die Dauer von wiederum 3 Jahren. Einmal für die digitalen Arbeitsplätze und den digitalen Zugang der Stadtverwaltung und beim zweiten Verpflichtungskredit geht es um die Server der Stadtverwaltung. Für beide offenen Ausschreibungen hat die Swisscom den Zuschlag erhalten. Jetzt muss noch eine Microsoft Licensing Solution Provider evaluiert werden, um die Verträge mit Microsoft Schweiz bis Ende November 24 zu erneuern und zu optimieren.

*Die Präsidentin bittet um mehr Ruhe.*

**Judith Schenk (SP)** setzt ihr Votum fort: Danke vielmals. Jetzt ist es nicht mehr so emotional eigentlich. Bei beiden Geschäften stellt die Stadt die weiterführende Nutzung der eingesetzten Softwareprodukte und Erhalt der Betriebssicherheit sicher. Beide Verpflichtungskredite gehen Zulasten der Erfolgsrechnung der Informatik Stadt Bern (IBE). Diese Kosten sind im Produktgruppenbudget respektive im AFP berücksichtigt und werden verursachergerecht an die Dienststellen verrechnet. Ein bisschen detaillierter möchte ich den Verpflichtungskredit für die Microsoft-Lizenzierung und die Wartung der digitalen Arbeitsplätze und den digitalen Zugang der Stadtverwaltung vorstellen. Unter dem Programm neue digitale Zusammenarbeit will die Stadt Bern die Digitalisierung nutzen, um die städtischen Mitarbeitenden für eine digitale Zukunft zu rüsten und sie will sich als attraktive Arbeitgeberin positionieren. Darum werden nicht nur die Lizenzen von den 2'300 Mitarbeitenden mit digitalem Arbeitsplatz verlängert. Zusätzlich werden den rund 1800 Mitarbeitenden ohne digitalen Arbeitsplatz einen digitalen Zugang zur Verfügung gestellt, der mit privaten Endgeräten genützt werden können. Die RWSU-

Kommission begrüsst die bessere Integration und den besseren Zugang zu Informationen an die Mitarbeitenden ohne digitalen Arbeitsplatz sehr. Im Office 365 Umfeld werden sehr viele zusätzliche Applikationen zur Verfügung stehen. Weil ein reduzierter Funktionsumfang natürlich weniger kostet, sollen die Lizenzen an die individuellen Bedürfnisse angepasst sein. Durch ein aktives Lizenzen-Management können 300 Franken pro Mitarbeitende und Jahr eingespart werden, was die Kosten von einer entsprechenden zusätzlichen Stelle bei weitem übersteigt. Es wird im Vortrag darauf hingewiesen, dass eine grosse Anzahl laufender IT-Projekte einen direkten Einfluss auf die notwendigen Softwarelizenzen hat. Die Abhängigkeiten sind, soweit bekannt, gemäss der Stadt bei der Ermittlung des Lizenzierungsbedarfs berücksichtigt worden. Weiter hat die Informatik Stadt Bern in den letzten Jahren verschiedene Sicherheitssysteme von diversen Anbieter\*innen abgelöst und durch Microsoft-Applikationen ersetzt. Auch mit dem vorliegenden Geschäft wird die Abhängigkeit von Microsoft noch mehr verstärkt, was die RWSU-Kommission weiterhin sehr kritisch betrachtet.

Zum Datenschutz: Der Gemeinderat hat im Juli 2023 die Einführung von Microsoft 365 mit Cloud-Nutzung in der Stadtverwaltung beschlossen. Die Bürokommunikation inklusive Telefonie und Messenger-Services werden also bald von einer Cloud-Lösung mit Klassifizierung und Verschlüsselung der Daten betrieben. Sensible Geschäftsdaten und besonders schützenswerte Personendaten werden aber nicht systematisch verarbeitet, sondern sie werden gemäss Empfehlungen der städtischen Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz weiterhin in den stadt eigenen Rechenzentren gespeichert. Bei diesen besonders schützenswerten Personendaten handelt es sich im Wesentlichen um Daten aus den Bereichen Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz, Steuerbehörden, Gesundheitsdienst, AHV-Zweigstellen und Polizeiinspektorat. Die hybride Lösung mit Cloud und lokal Datenspeicherung bietet die momentan grösstmöglich, technisch umsetzbare Sicherheit bei minimaler Einschränkung für die Nutzenden. Alle Daten der Bürokommunikation werden klassifiziert, entweder als öffentlich, intern, vertraulich oder geheim. Sowohl während der Übertragung im Internet als auch bei der Aufbewahrung im Cloud-Speicher werden die Daten entsprechend verschlüsselt. Vertrauliche oder geheime Daten werden mehrfach und mit verschiedenen Sicherheitsfaktoren verschlüsselt. Zu den Kosten für die Software-Wartung werden 5'427'000 Franken veranschlagt für die 3 Jahre, das sind 1'809'000 Franken pro Jahr. Der jährliche Betrag für die Lizenzen für die rund 1800 städtischen Mitarbeitenden ohne digitalen Arbeitsplatz beläuft sich dabei auf 672'500 also gut 1/3. Bei einem zweiten Verpflichtungskredit geht es um Server-Lizenzen. Die Rahmenbedingungen sind, wie bereits erwähnt, ungefähr die gleichen. Beantragt sind dafür 1'470'000 Franken, was ein jährlicher Betrag von 490'000 Franken ausmacht. Die zusätzlichen Schutzmassnahmen, die 2024 im Server-Umfeld implementiert worden sind, werden ebenfalls weitergeführt mit dieser Lizenzverlängerung. Beide Geschäfte haben auf das Klima keinen nennenswerten Einfluss. Würde das Geschäft nicht umgesetzt werden, würde die Stadt die bestehenden Microsoft-Applikationen ab 2025 zu einem sehr grossen Teil nicht mehr nutzen dürfen beziehungsweise nicht mehr die Sicherheits- und Entwicklungsupdates aktualisieren können. Grundlegende Informatikservices würden nicht mehr zur Verfügung stehen. Die RWSU-Kommission empfiehlt dem Stadtrat beide Geschäfte einstimmig zur Annahme.

**Präsidentin:** Danke vielmals, Judith. Besteht hier Diskussionsbedarf? Gut, dann kommen wir zu den Fraktionsvoten. Matteo Micieli für die AL/PdA.

**Matteo Micieli (PdA)** für die Fraktion: Ich möchte sie nicht zu lange aufhalten, aber ich vertrete Raffael Joggi, weil wir das Geschäft ablehnen. Microsoft ist ein Muster eines

Monopolisten. Sich einem Monopolisten zu unterwerfen, entspricht genau dem Gegenteil einer Digitalstrategie. Es ist vielmehr eine digitale Kapitulation. Darauf zu hoffen, dass ein Monopolist sein Monopol nicht ausnutzen wird, ist das Gegenteil von Verantwortung übernehmen und darum lehnen wir beide Geschäfte ab. Danke.

**Präsidentin:** Merci, Matteo. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Einzelvoten? Halua Pinto.

**Halua Pinto de Magalhães (SP),** Einzelvotum: Vor 10 Jahren haben wir hier im Rat eine recht engagierte Debatte geführt über die unsägliche Dominanz von Microsoft in der Stadtverwaltung. Jetzt sind wir leider wieder an dem Punkt angelangt, wo wir in einem apathischen Zustand einfach alles durchwinken. Das ist angesichts des finanziellen Umfangs dieser Geschäfte doch ziemlich tragisch. Tragisch ist insbesondere auch, dass digitale Souveränität weder auf Führungsebene noch hier im Parlament einen angemessenen Stellenwert hat. Jedes Jahr geben öffentliche Einrichtungen Millionen für die Entwicklung oder den Betrieb von Software aus und gerade die Auftragsvergabe hat einen grossen Einfluss darauf, welche Unternehmen sich überhaupt an diesem Wettbewerb beteiligen können. "TINA", there is no alternative: Das spitzt sich so Jahr für Jahr kontinuierlich zu. Diese Abhängigkeit hat natürlich auch Konsequenzen. Die Baupläne der öffentlichen Infrastruktur sind für die Allgemeinheit nicht verfügbar. Neben dem, dass man zum Beispiel den Quellcode nicht weitergeben kann, fehlt auch bei der Verwendung von Meta-Daten und Metrik die notwendige Kontrolle, was angesichts der immer mehr aufkommenden künstlichen Intelligenz hoch problematisch ist. Das Prinzip, das gelten sollte, ist "Public Money, Public Code". Mit Steuergeldern finanzierte Software muss frei und wieder verwendbar sein. In diesem Geist lege ich persönlich eine Proteststimme ein, die sich natürlich an die politische Debatte richtet und nicht gegen die digitalen Arbeitsplätze.

**Präsidentin:** Danke, Halua. Dann hat der Gemeinderat das Wort, Michael Aebersold.

**Michael Aebersold,** Direktor FPI: Ich will mich kurzhalten, ihr seht, wie wichtig, dass das Geschäft ist, denn fast der gesamte Gemeinderat ist hier anwesend, um die Microsoft-Lizenzen mit euch zu beraten. Und von daher bin ich natürlich erstens sehr dankbar, Judith Schenk, für die Vorstellung und dass die Kommission einstimmig dem Geschäft zustimmt. Es ist so, es ist die Macht des Faktischen, aber die Stadt könnte nicht mehr arbeiten, wenn man die Microsoft-Lizenzen nicht mehr hätte, ob uns das gefällt oder nicht. Und entsprechend, führen wir die Diskussion. Ich habe das hier immer wieder gesagt, die Stadt allein kann nicht einfach sagen: "Wir stellen Microsoft ab und mache irgendetwas anderes." Es funktioniert nicht. Wir haben auch verschiedene Produkte getestet. Wir haben übrigens auch den POTOSS-Bericht – der die Älteren von euch noch kennen –, den wir hochhalten und dort, wo wir können, agieren wir eben entsprechend. Einfach noch eine Geschichte zu dieser Cloud versus Server in der Stadt. Es ist sicher richtig, dass man das macht. Ich persönlich bin einfach nicht so sicher, was sicherer ist. Ob es nicht doch halt auch für fremde Mächte oder irgendjemand – wenn sie dann in die Daten eindringen wollen –, dass nicht vielleicht am Schluss viel schwieriger wäre aus der Cloud oben Daten zu knacken. Das ist die Herausforderung, Cybersecurity. Entsprechend stimmt diesen beiden Krediten zu und wir arbeiten weiter.

**Präsidentin:** Danke, Michael. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab über das Traktandum Nummer 6.

Abstimmung Nr. 049

2023.FPI.000043

**Annahme**

Ja	30
Nein	7
Enthalten	7

**Präsidentin:** Ihr habt den Verpflichtungskredit angenommen.

**2023.FPI.0130**

**7 Erneuerung der Microsoft-Lizenzierung und -Wartung für die Server der Stadtverwaltung; Verpflichtungskredit**

*Gemeinsame Beratung der Traktanden 6 und 7: siehe Traktandum 6.*

**Präsidentin:** Wir stimmen über Traktandum Nummer 7 ab.

Abstimmung Nr. 050

2023.FPI.0130

**Annahme**

Ja	30
Nein	7
Enthalten	6

**Präsidentin:** Ihr habt den Verpflichtungskredit angenommen.

**2016.SR.000114**

**8 Motion Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Christa Ammann, AL) - übernommen durch Fuat Köçer (SP): Ein Haus der Vereine im Ringhof!; Abschreibung**

**Präsidentin:** Dann sind wir jetzt bei Traktandum Nummer 8. Es ist eine Abschreibung. Ich erteile der Kommissionssprecherin das Wort. Für die RWSU, Anna Leissing.

**Anna Leissing (GB)** für die RWSU: Die RWSU hat am 6. Mai über die Abschreibung der vorliegenden Motion: "Ein Haus der Vereine im Ringhof" diskutiert. Die Motion ist im 2016 von der AL-PdA eingereicht worden und 2018 vom Stadtrat erheblich erklärt worden. Nach zweimaliger Fristverlängerung, zuerst bis Ende 2021 und dann bis Ende 2023, beantragt der Gemeinderat jetzt die Abschreibung dieser Motion. Für die Einreichenden war David Böhner zu Gast in der Kommission und hat noch einmal das Anliegen der Motion erläutert und die Haltung der Einreichenden zur Abschreibung vorgebracht. Die Motion fordert ein Haus der Vereine in Bern, das von verschiedenen Gruppen, Organisationen und NGO's gemeinsam genutzt werden soll. Zum Zeitpunkt der Einreichung war noch offen, was nach dem Auszug der Kantonspolizei aus dem Ringhof

in der Lorraine, mit dem Gebäude passieren soll. Unter Punkt 1 fordern die Motionär\*innen darum, dass die Stadt Bern mit dem Kanton über einen Erwerb des Ringhofs verhandelt, um das Haus der Vereine dort einzurichten. Inzwischen ist aber klar, dass der Kanton das Gebäude selber weiter nutzen will. Der Erwerb durch die Stadt Bern ist damit auf absehbare Zeit vom Tisch. Aus diesem Grund sind sich sowohl die Einreichenden wie auch die RWSU einig gewesen, dass Punkt 1 gestrichelt abgeschrieben werden kann. Anders ist es beim Punkt 2 gewesen. Dieser verlangte, dass die Stadt andere Räume sucht, wenn das Projekt Haus der Vereine im Ringhof nicht realisierbar sein sollte. Mit dem Verweis auf die Stadtfinanzen und das fehlende Personal zur Umsetzung will der Gemeinderat das Projekt Haus der Vereine sistieren.

Er hat argumentiert, es gebe aktuell keine mit dem Ringhof vergleichbare Liegenschaft und obwohl das Anliegen, das durchaus auf Sympathien beim Gemeinderat stosse, sei die Suche nach Alternativen zum Kauf oder zur Miete nicht mit den finanziellen und personellen Ressourcen der Stadt Bern zu vereinbaren. Auch Punkt 2 soll man darum abschreiben. Die Hälfte der Kommission ist dieser Argumentation gefolgt. Auf der anderen Seite ist der aktuell sehr grosse Bedarf nach einem solchen Haus ins Zentrum gestellt worden. Das ist in der Stadtratsdebatte zur Partizipationsmotion Haus der transkulturellen Begegnung dargelegt worden. Der Verein Haus der Bewegungen hat zu dem ein Nutzungskonzept, wie es der Gemeinderat verlangt und zahlreiche Gruppierungen, Vereine und NGO's haben ein grosses Interesse an so einem Projekt, wie es in der Motion gefordert wird. Mit dem Kauf der Liegenschaft am Wildhainweg sei zudem eine mögliche Alternative in Sichtweite und der finanzielle und personelle Aufwand würde sich in Grenzen halten. Punkt 2 soll man darum nicht abschreiben. Die andere Hälfte der Kommission ist dieser Argumentation gefolgt und so ist es am Schluss 5 zu 5 gestanden und es ist zum Stichentscheid gekommen. Der ist zu Gunsten der Abschreibung gefallen. Deshalb empfiehlt die RWSU also die Abschreibung der Motion in beiden Punkten. Danke vielmals.

**Präsidentin:** Zuerst kommen noch die Einreichenden. Wollen die Einreichenden sprechen? David Böhner für die Einreichenden.

**David Böhner (AL)** für die Einreichenden: Die Fraktion AL-PdA wehrt sich stark gegen die Abschreibung des Punkt 2 dieser Motion, die wir vor bald 10 Jahren eingereicht haben. Das Bedürfnis nach einem solchen Treffpunkt und Infrastruktur für Vereine und soziale Bewegungen ist gross. Das haben wir bei der Diskussion zum Partizipationspostulat für ein Haus der transkulturellen Begegnung auch wieder gesehen. In einigen Gemeinden in der Schweiz gibt es solche oder ähnliche Angebote oft auch mit Unterstützung der öffentlichen Hand. Von unserer Rot-Grünen Regierung erwarten wir da auch Unterstützung und Interesse und sind darum sehr enttäuscht, dass der Gemeinderat die Abschreibung dieser Motion respektive von Punkt 2 der Motion beantragt hat. Wir erwarten nicht, dass die Verwaltung ein solches Haus selbst betreibt. Es gibt in Bern einen sehr aktiven Verein, der auf der Suche nach einem Haus ist, in dem ein Projekt in dieser Art umgesetzt werden kann, nämlich der Verein Haus der Bewegungen. Ziel ist es im Kirchgemeindehaus Johannes einen solchen Treffpunkt einzurichten. Die RefBernImmo AG (RBI), also die Immobilienfirma der reformierten Kirche, will das Kirchgemeindehaus im Baurecht abgeben und der Verein ist deshalb im Gespräch mit der Kirche und auch mit dem ISB, damit die Stadt dieses Haus übernehmen und dem Verein Haus der Bewegungen weitervermieten könnte. Das wäre das Wunschscenario dieses Vereines. Wenn das im Kirchgemeindehaus Johannes nicht klappt, wünscht sich der Verein Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Gebäude der Stadt

Bern und darum ist es wichtig, dass der Punkt 2 in dieser Motion nicht abgeschrieben wird.

In seiner Antwort bringt der Gemeinderat folgende Argumente für die Abschreibung vom Punkt 2: Im Portfolio der Stadt gäbe es keine vergleichbare Liegenschaft wie der Ringhof und es müsste ein klares Nutzungskonzept für ein solches Projekt vorliegen und ausserdem hat die Stadt eh kein Geld für so etwas. Diese Argumente sind alle nicht stichhaltig. Zwar gehört das Kirchgemeindehaus Johannes immer noch der Kirche, aber laut Aussage der RBI würde sie es am liebsten der Stadt abgeben. Hinzu kommt, dass ein sehr detailliertes und ausführliches Betriebskonzept für ein solches Haus in Form einer Machbarkeitsstudie des Hauses der Bewegungen vorliegt, und das befindet sich auch auf dem Pult von Michael Aebersold. Unserer Meinung nach gibt es also keine stichhaltigen Argumente, die für eine Abschreibung dieser Motion sprechen, schon gar nicht, dass die Stadt kein Geld für so etwas ausgeben soll. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er sich für die Umsetzung dieser Motion einsetzt, nicht im Ringhof, aber im Kirchgemeinde Johannes oder sonst in anderen Räumlichkeiten der Stadt zum Beispiel. Wie auch schon erwähnt in der neu erworbenen Liegenschaft des SNB am Wildhainweg. Danke, wenn ihr gegen die Abschreibung stimmt.

**Präsidentin:** Merci, David. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Paula Zysset für die SP-JUSO-Fraktion.

**Paula Zysset (JUSO)** für die Fraktion: Auf den Punkt 1 der abzuschreibenden Motion werde ich nicht mehr genauer eingehen. Wie schon für die Kommission ist es auch für die SP-JUSO-Fraktion klar, dass die Umsetzung von einem Haus der Vereine oder an einem solchem angepassten Projekt im Ringhof aktuell nicht realistisch ist. Wir bedauern das und hätten es natürlich sehr begrüsst, wenn die Stadt die Liegenschaft am Nordring 30 hätte nutzen können. Mit der Haltung des Kantons, der den Ringhof aber selber brauchen will, ist es aber nicht zielführend an dem Standort festzuhalten. Mit der Abschreibung des Punkts 1 sind wir darum einverstanden. Anders sieht das aus mit dem Punkt 2. Hier finden wir das Vorgehen des Gemeinderates und die Begründung im Vortrag, doch vorsichtig ausdrückt, ziemlich fragwürdig. Die Erheblichkeitserklärung einer Motion ist nicht einfach eine Empfehlung, sondern ein Auftrag und der ist verbindlich. Und dieser Verbindlichkeit ist der Gemeinderat in diesem Fall aus der Sicht der SP-JUSO-Fraktion doch ziemlich lasch nachgegangen. Die Motion hat der Stadtrat vor 6 Jahren angenommen und seither sogar zweimal einer Fristverlängerung zugestimmt, wie das die Kommissionssprecherin auch schon dargelegt hat. Und was passiert jetzt? Der Gemeinderat will die Motion abschreiben und begründet das auf einer knappen halben Seite damit, dass halt gerade kein Haus da ist, und dass das mit den Stadtfinanzen halt gerade auch nicht geht. Und dass – als kurze Randbemerkung –, nachdem man zum wiederholten Mal in Folge eine positive Jahresrechnung präsentiert hat. Und noch verwirrender wird das Ganze, wenn man an die Debatte denkt, die wir hier vor einem Monat zum Partizipationspostulats Haus der transkulturellen Begegnung gehabt haben.

Der Gemeinderat hat sich durchaus positiv zu einem solchen Projekt geäussert und auch beteuert, an der Suche nach einem geeigneten Haus dranzubleiben. Heute will er ein Projekt mit sehr ähnlicher Zielsetzung, bei dem die Synergien genutzt werden können – das hat der Gemeinderat selber gesagt – einfach abschreiben und dabei wird aus dem Vortrag noch nicht einmal ganz klar, ob man überhaupt irgendetwas konkretes unternommen hat, um den Punkt 2 von dieser Motion erfüllen zu können. Das ist un-

verständlich und ein total widersprüchliches Vorgehen. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt die Idee eines solchen Begegnungshauses für Vereine oder auch Bewegungen weiterhin und ist auch der Meinung, dass der Auftrag an den Gemeinderat hier klar ist und dass er auch weiterhin dranbleiben soll. Wir lehnen die Abschreibung von Punkt 2 dieser Motion darum klar ab.

**Präsidentin:** Merci, Paula. Das Wort hat Anna Leissing für die GB/JA!-Fraktion.

**Anna Leissing (GB)** für die Fraktion: Auch die GB/JA!-Fraktion spricht sich ganz klar gegen die Abschreibung von Punkt 2 dieser Motion aus. Unverständlich habe ich gehört, auch das ist der Begriff, den ich gewählt habe, unverständlich, dass der Gemeinderat das Anliegen, das offensichtlich einem breiten Bedürfnis entspricht und das ehrlich gesagt auch recht einfach umzusetzen wäre, einfach so eine Abfuhr erteilt. Der Auftrag des Stadtrates von 2018 im Punkt 2 dieser Motion ist nämlich eindeutig: Sollte das Projekt Haus der Verein im Ringhof nicht realisierbar sein, dann soll der Gemeinderat nach alternativen Räumlichkeiten suchen. Der Wille für einen solchen Ort oder zumindest für einen Ort mit sehr ähnlichem Charakter hat der Stadtrat zudem mit der Überweisung des Partizipationspostulats Haus der transkulturellen Begegnung: «Wir Stadtbewohner\*innen» im Mai von diesem Jahr mit 57 zu 14 Stimmen bekräftigt. Mit dem Haus der Bewegung besteht auch ein breit abgestützter Verein aus zahlreichen Gruppen, Organisationen und Kollektiven, die so ein Nutzungskonzept, wie es der Gemeinderat verlangt, vorlegen können. Mit dem Wildhainweg gibt es eventuell sogar eine Alternative in Sichtweite.

Es kommt hinzu, dass die Umsetzung dieses Anliegens im Vergleich zu sonstigen Projekten der Stadt Bern doch eher wenig Aufwand bedeutet und die Stadt wohl auch finanziell kaum in den Ruin treiben wird. Das Argument der Stadtfinanzen mutet aus Sicht der GB/JA!-Fraktion schon ziemlich merkwürdig an, wenn man schaut, wie anfangs April der Gemeinderat bekannt gibt, dass auch die Rechnung 2023 deutlich besser ausgefallen ist als budgetiert, und zwar nicht einfach ein bisschen besser, sondern satte 46 Mio. Franken besser mit einem Überschuss von 11 Mio. Es ist das dritte Jahr in Folge, wir haben es schon gehört, dass die Stadt nicht nur übers Budget abschliesst - 2022 sind es 66 Mio. gewesen, 2021 sind es 46 Mio. über Budget gewesen -, sondern auch tatsächlich Überschüsse erzielt werden, 2022 15 Mio. und 2021 5 Mio. Franken. Da ist es schon etwas verwunderlich, dass der Gemeinderat in seiner Antwort vom Dezember 2023 die Finanzen vorschiebt, um einen solch klaren Auftrag und auch einen nicht wirklich komplexen Auftrag des Stadtrates abzuschreiben. Die Abschreibung sendet ein absolut falsches Signal an all die Menschen, Gruppen, Kollektiven, die sich mit viel Einsatz für solche Räume engagieren, wo Begegnungen stattfinden und solidarische Projekte entwickelt werden können. Wir laden euch darum ein, die Abschreibung von Punkt 2 dieser Motion abzulehnen und euch damit für eine Stadt der Begegnung und der Solidarität auszusprechen. Merci.

**Präsidentin:** Merci, Anna. Als nächstes kommt Francesca Chukwunyere von der GFL.

**Francesca Chukwunyere (GFL)** für die Fraktion: Inhaltlich schliesse ich mich als Sprecherin der Fraktion GFL meinen Vorredner\*innen an, im Resultat. Wir sind auch gegen die Abschreibung von Punkt 2 dieser Motion und würden es aber ein bisschen weniger emotional formulieren und vor allem auch nicht mit unbedingt finanz-politischen Argumenten, sondern wir haben tatsächlich vor genau etwa einem Monat einem sehr ähnlichen Anliegen grossflächig zugestimmt. Auch der Gemeinderat hat das gemacht und

jetzt plötzlich wollen wir das einfach abschreiben. Das ist nicht logisch, und mein Parteikollege Michel Burkhard wird nun ein Einzelvotum in Sachen Abschreibungspolitik des Gemeinderates halten. Merci.

**Präsidentin:** Merci, Francesca. Dann sind wir bei den Einzelvoten. Michael Burkard.

**Michael Burkard (GFL), Einzelvotum:** Dem Befehl einer Fraktionschefin kann man sich kaum entziehen. Ich habe das dummerweise einmal im Übermut in der Fraktionssitzung gesagt, aber ich muss ein bisschen aus dem Stegreif improvisieren. Ich möchte etwas grundsätzlich sagen zur Praxis der Abschreibungen beim Gemeinderat. Es gibt an sich parlamentsrechtlich 2 Abschreibungstatbestände. Es ist so, dass wenn die Erstunterzeichnenden nicht mehr im Rat sind, herrscht Einigkeit. Dann der zweite Tatbestand ist, wenn sich die Umstände erheblich verändert habe, heisst es da in den Kommentaren und da ist natürlich viel darunter zu verstehen. Beim Punkt 1 ist es völlig klar, dass sich die Umstände verändert haben, da das Gebäude jetzt anders genutzt wird. Beim Punkt 2 aber ist das überhaupt nicht klar. Man hat jetzt einfach gerade kein Geld und der Vorstoss ist offensichtlich missliebig. Es gibt andere Vorstösse, Motionen, die wir heute traktandiert haben, die auch Geld kosten, bei denen der Gemeinderat eine andere Position einnimmt, obschon die Finanzlage genau die gleiche ist. Also finanzielle Restriktionen oder finanzielle Engpässe können kein Grund für eine Abschreibung sein, weil die Budgethoheit und um das geht es – es geht nicht darum, ob man jetzt das gut findet oder nicht und ob man jetzt ein bisschen mehr Geld hat oder weniger –, die Budgethoheit ist beim Parlament. Und das Parlament kann sich verschulden, das Parlament kann alles machen mit dem Budget. Das ist nicht etwas, über das der Gemeinderat zu befinden hat, sondern er kann einfach sagen, es sei objektiv unmöglich. Die Erstunterzeichnenden sind nicht mehr da, er empfiehlt die Abschreibung, aber ob es jetzt im Budget drin ist oder nicht, ist kein Tatbestand, der den Gemeinderat ermächtigt würde, eine Abschreibung zu empfehlen. Darum verteidigt eure Rechte und seid gegen die Abschreibung des Punkts 2.

**Präsidentin:** Danke, Michael. Dann kommen wir zum Gemeinderatsvotum. Für den Gemeinderat Michael Aebersold.

**Michael Aebersold, Direktor FPI:** Ich bin jetzt erstaunt, dass man da noch so eine lange Debatte führt. Ich habe, glaube ich, in der Kommission gesagt: "Der Mist ist weggekart", das hätte man auch schneller haben können. Jetzt sage ich halt auch noch ein paar Sachen. Es ist halt so, dass es sehr viele coole und gute Sachen gibt und es einfach halt auch ein bisschen einfacher ist zu bestellen oder sich hinzusetzen am Computer und eine Bestellung einzugeben und die Stadtverwaltung soll es dann umsetzen. Und das ist eines der Hauptprobleme, die wir heute haben. Wir wollen Fussballplätze, Schulräume, Räume für Kindertagesstätte und für alles sollen wir einen Raum finden, dieser Raum wird immer enger. Es wird also immer schwieriger, auch irgendetwas zu finden. Ich kann leider nichts aus dem Hut zaubern und es ist tatsächlich auch so, dass wir einfach auch personelle und finanzielle Ressourcen haben, die irgendeinmal limitiert und beschränkt sind, und wo es dem Gemeinderat seine Pflicht ist, auch Prioritäten zu setzen und zu sagen, unsere Leute arbeiten schon zu viel. Wir haben mit dem Finanzierungs- und Investitionsprogramm (FIT) eingespart. Wir haben eine wachsende Stadt und müssen unsere Mitarbeitenden irgendwo schützen. Daher bin ich schon etwas erstaunt über die Tonalität. Es beginnt mit den Vorwürfen, die gegenüber dem Gemeinderat und der Verwaltung vorgebracht werden. Ich bin sehr froh, dass man

den Ringhof abschreibt. Da diskutieren wir auch über etwas, das wir gar nicht haben. Der Kanton behält ihn, er will ihn nicht abgeben. Also warum man das überhaupt noch diskutiert, ist eine Frage. Jetzt die Frage, dass man weiter etwas sucht, das ist gesagt worden. David Böhner weiss das ganz genau, er ist mehr als einmal bei mir in der Direktion gewesen, weil es jetzt den Verein der Bewegungen gibt, an dem wir dran sind. Und da muss ich sagen, für was ist denn dieser Punkt hier denn noch nötig? Das ist das Haus der Vereine. Suchen wir jetzt ein Haus der vereinigten Bewegungen oder ein Haus der bewegten Vereine. Wir sind da dran. Wir helfen mit und entsprechend auch ein bisschen im Sinne der Ökonomie der Ressourcen, glaube ich, ist es nicht so völlig unanständig und daneben, wenn der Gemeinderat ihnen beantragt, diesen Punkt abzuschreiben. Und wenn das euch nicht passt, dann schreibt ihr ihn nicht ab und damit hat es sich.

**Präsidentin:** Danke, Michael. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung Nr. 051

2016.SR.000114: ungültig

**Annahme**

Ja	45
Nein	10
Enthalten	0

**Präsidentin:** Moment. Ihr müsst nicht abstimmen. Moment schnell. Wir stimmen punktweise ab. Danke für den Hinweis. Sobald das durch ist, fangen wir mit Punkt 1 an.

Abstimmung Nr. 053

2016.SR.000114: Punkt 1

**Annahme**

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Punkt 1 abgeschrieben. Wir stimmen ab über den Punkt 2.

Abstimmung Nr. 054

2016.SR.000114: Punkt 2

**Ablehnung**

Ja	20
Nein	40
Enthalten	0

**Präsidentin:** Den Punkt 2 wollt ihr nicht abschreiben. Es geht um Punkt 2, um die Fristverlängerung. Wir schlagen bis Ende Dezember 2024 vor. Ist das in Ordnung so? Gibt es einen weiteren Vorschlag? Also der Gegenvorschlag ist 2 Jahre. Eine Fristverlängerung für 2 Jahre. Gut, dann stimmen wir ab über die Fristverlängerung von 2 Jahren.

Abstimmung Nr. 055

2016.SR.000114: Punkt 2, Fristverlängerung

**Annahme**

Ja	64
Nein	1
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt dieser Fristverlängerung zugestimmt.

**2024.PRD.0018**

**9 Volksschule Wankdorf, Sanierungsmassnahmen Morgartenstrasse 2a und Kanalisation und Aufwertung Umgebung; Projektierungskrediterhöhung**

**Präsidentin:** Gut, dann sind wir bei Traktandum Nummer 9. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Nicole Silvestri.

**Nicole Silvestri (SP)** für die PVS: Wir beschliessen heute über die Erhöhung des Projektierungskredites für die Teilsanierung von einigen Gebäuden bei der Volksschule Wankdorf. 2001 sind die Gebäude bereits gesamt saniert worden, aber ohne die energetischen Sanierungen. 2015 hat es eine Teilsanierung gegeben und 2023 ist der Schulhof umgestaltet worden. Mittlerweile gibt es in weiteren Bereichen Sanierungsbedarf. Erstens die Kanalisation: Innerhalb des Gebäude 2A ist die Kanalisation bereits teilsaniert worden. Jetzt ist verfügt worden, dass die gesamte Kanalisation saniert werden muss. Dann im Erdgeschoss der Morgartenstrasse 2A ist eine Ganztagesesschule und dort sind auch die Büros der Schulleitung. Dort soll es energetische Sanierungen geben, die umgesetzt werden. Aufgrund von denkmalpflegerischen Vorbehalten muss aber eine Innen- statt eine Aussendämmung gemacht werden. Und als man das gemerkt hat, hat man sich überlegt, was man gerade im selben Zug noch für weitere Sanierungen machen könnte. Zum Beispiel das WC würde dort noch saniert werden. Im Obergeschoss hat das Amt für Umweltschutz, Büros und Laborräume. Auch dort sind energetische Sanierungen geplant. Vor einigen Jahren wurde dort ein Attikaaufbau auf das Gebäude gesetzt und weil die Statik so knapp bemessen ist, eignet sich das Dach nicht für Photovoltaik. Es muss deshalb auf andere Standorte ausgewichen werden für die Photovoltaikanlage. Beispiele wären die Fassade, die Terrasse oder der Kamin. Dann zur Umgebung: Richtung Fussball-Stadion soll ein Roll-Park erstellt werden. Abgesehen vom Roll-Park sind im Aussenraum aber aufgrund von denkmalpflegerischen Bedenken kaum Massnahmen umsetzbar. Und das war auch in der Kommission eigentlich der grösste Diskussionspunkt. Eigentlich wären im Aussenraum nämlich viel umfassendere Sanierungs- und Aufwertungsmassnahmen nötig. Die Asphaltfläche vor der Schulanlage, die wird im Sommer nämlich so heiss, dass sich die Schulkinder kaum dort aufhalten können. Die Denkmalpflege verlangt aber ein umfassendes Raumkonzept, bevor einzelne Massnahmen umgesetzt werden können. Das Konzept kann jetzt im Rahmen des Projektes nicht erstellt werden. So soll diese Fläche jetzt unangetastet bleiben, grösstenteils aber halt zumindest im Sommer auch ungenutzt. Wir haben darüber diskutiert, ob es besser wäre, das Raumkonzept jetzt zu erstellen und dafür allenfalls andere Projekte zu priorisieren oder ob es besser wäre, im ersten Schritt die schon geplanten Sanierungsmassnahmen zu realisieren, im Wissen darum, dass es noch sehr

lange dauern wird bis zu einer Gesamtsanierung des Areals. Genau das ist so ein bisschen die Diskussion, die wir in der Kommission gehabt haben. Die geplanten Sanierungsmassnahmen, die mit dieser Erhöhung des Projektierungskredits umgesetzt werden sollen, werden vollumfänglich unterstützt von der Kommission und sind einstimmig angenommen worden. Ausserdem haben wir noch einen Antrag in der PVS angenommen, die im Rahmen des Projektierungskredits möchte, dass man prüft, wie im Zusammenhang mit der Sanierung eine öffentliche und unentgeltliche Toilette errichtet werden kann. Diese Forderung geht auf eine überwiesene Motion zurück, die die Schaffung von öffentlich zugänglichen WC auf Schularealen in der Stadt Bern verlangt.

**Präsidentin:** Gut, dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Nicole Silvestri für die SP/JUSO.

**Nicole Silvestri (SP)** für die Fraktion: Ja, wir von der SP/JUSO werden dem Kredit und allen Anträgen ebenfalls zustimmen. Wir teilen die Haltung der Kommission, dass die Sanierungsmassnahmen nötig sind und wir teilen auch die Bedenken betreffend einen Aussenraum. Denkmalpflege, die schützt bei dem Projekt eine Asphaltfläche, die nicht genutzt werden kann und mit dem Antrag 2 soll nach Lösungen gesucht werden, wie die Flächen nutzbar gemacht werden können. Vielleicht sind es dann mobile Infrastrukturen, zum Beispiel Bäume mit Töpfen oder Sonnen-Segeln oder so. Jedenfalls wäre es super, wenn man Massnahmen prüfen könnte, damit sich die Kinder auch auf dieser Fläche aufhalten können. Der Antrag 3 verlangt eine Jugend- und Kindermitwirkung für die Massnahmen beim Schulgarten und der Antrag 4 verlangt, dass alternative PV-Standorte geprüft werden. Auch die beiden Anträge hat die SP/JUSO miteingebracht und unterstützt sie dementsprechend.

**Präsidentin:** Danke, Nicole. Gibt es weitere Fraktionserklärungen? Sarah Rubin, für die GB/JA!-Fraktion.

**Sarah Rubin (GB)** für die Fraktion: Ich halte mein Votum und bei meinem Votum, halte ich mich an die Sandwich-Rückmeldungsmethode. Ich sage zuerst etwas Positives, nachher in der Mitte kommt die Kritik, und zum Schluss kommt noch einmal etwas Positives. Beim vorliegenden Projekt begrüssen wir natürlich sehr, dass hier energetisch saniert wird. Es ist schade, dass auf den Flachdächern keine Photovoltaikanlage möglich ist, aber immerhin steht im Vortrag, dass nach Lösungen gesucht werden soll. Hoffentlich steht diesen Lösungen nicht einmal mehr der Denkmalschutz im Weg. Das leitet mich dann auch gerade zur Kritik über. Wer von euch schon einmal im Sommer bei 30 Grad, natürlich im Schatten gemessen, auf dem besagten Pausenplatz gewesen ist, der hat es wahrscheinlich nicht lange dort ausgehalten. Wir wissen alle, dass die Hitzetage massiv zunehmen. Und trotzdem soll es gerade aus Denkmalschutzgründen nicht möglich sein, Pausenplätze so zu gestalten, dass man sich dort effektiv aufhalten kann. Das ist für uns absolut unverständlich. Gerade die Pausenplätze müssen in erster Linie für Kinder da sein und topfebene Beton- und Asphaltarchitektur haben da gar nichts zu suchen. Aus gesundheitlichen, entwicklungspsychologischen, pädagogischen und Klimaanpassungsgründen wirklich eine Architektur des letzten Jahrhunderts. Jetzt vollende ich mein Sandwich mit etwas positivem. Bei diesem Projekt ist offenbar die Partizipation ernstgenommen worden. Dort, wo es den Denkmalschutz erlaubt. Von Anfang an wurde die Fachstelle Spielraum einbezogen, mit ihnen zusammengearbeitet worden, die sich für kindergerechte Spiel- und Freiräume engagieren. Diese Zusam-

menarbeit muss aus unserer Sicht auch unbedingt weitergeführt werden. Auf die Resultate, nämlich einen aufgewerteten Schulgarten, und die hoffentlich dann nach der Prüfung auch installierte Rollbahn, auf die freuen wir uns bereits jetzt. Wir sagen trotz unserer Kritik Ja zu dieser Projektierungskrediterhöhung und stellen zusammen mit der SP 3 Anträge zu diesen Themen, die ich euch im Sandwich präsentiert habe, nämlich zu den Themen Photovoltaik, Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen und die Klimaanpassung des Aussenraums. Wir freuen uns, wenn ihr diesen Anträgen zustimmt. Zusätzlich stimmen wir dem PVS-Antrag zu, der verlangt, dass der Bau von einer öffentlichen Toilette geprüft werden soll. Denn wir finden es wichtig, dass ein WC, wenn es dann Sinn macht laut Prüfung, bereits in dieser Etappe der Sanierung direkt umgesetzt wird und nicht erst im Rahmen der Gesamtsanierung. Und schliesslich freuen wir uns auch darauf, beim Baukredit dann die Prüf- und die Umsetzungsergebnisse zu sehen. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Präsidentin:** Merci, Sarah. Dann sind wir bei den Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat das Wort, Alec von Graffenried. Es ist ein geteiltes Votum zusammen mit Franziska Teuscher.

**Alec von Graffenried, Stadtpräsident:** Danke für das Vorstellen dieser Vorlage. Es ist eine kleine Vorlage. Die Morgartenstrasse wird saniert. Es kommt eine Begegnungszone an der Morgartenstrasse und deshalb wird der Zugang auf der Seite Morgartenstrasse korrigiert. Es ist das Attikadach, das dringend saniert werden muss. Deshalb wird im Zusammenhang mit diesem Attikadach geprüft, ob eine Photovoltaikanlage möglich ist. Auf dem Dach aus statischen Gründen leider nicht. Aber dort, wo an der Fassade Sanierungen nötig sind, kann man auch prüfen, ob die Photovoltaik installiert werden kann. Und drittens muss eine Kanalisationsleitung ersetzt werden und dort, wo die Kanalisationsleitung durchgeht, und die neue Kanalisationsleitung verlegt wird, dort kann man selbstverständlich Sanierungsmassnahmen machen. Die Schulanlage Wankdorf ist aber sonst insgesamt noch nicht so sanierungsbedürftig wie andere Schulanlagen. Und dann wird zwar schon eine Gesamtsanierung kommen, aber die ist noch nicht einmal in der Investitionsplanung drin. Die kommt erst in rund 10 Jahren, vielleicht auch ein bisschen später. Die Fragen, die zu Recht aufgeworfen worden sind in der Kommission, wie: "Was könnte man alles verbessern an dieser Schulanlage?", die sind berechtigt. Die Fragen, die man prüfen kann, aber sie sprengen den Rahmen dieser Sanierung, weil sie nicht das Attikadach betreffen. Sie betreffen nicht den Verlauf der Kanalisation und sie betreffen auch nicht den Zugang zur Morgartenstrasse, wo eben die Begegnungszone in einem separaten Projekt kommt.

Und deshalb haben wir gesagt, dass so etwas besser nicht geprüft wird, weil sonst geht man schon in den Bereich von dieser Gesamtsanierung. Und dann kann man sich fragen, warum dass man die Gesamtsanierung nicht gerade sofort durchführt. Warum führen wir diese nicht jetzt durch? Das sind Diskussionen, die viel geführt werden, die vor allem auch in der Finanzkommission geführt werden, wo gesagt wird, wir müssen schauen, dass wir unsere Investitionen glätten können, dass wir vielleicht auch Teilinvestitionen priorisieren können. Und wenn wir jetzt die Investitionen aufblasen, die jetzt noch gerade nicht nötig sind oder eben Investitionen vorziehen, die jetzt noch nicht nötig sind, dann verfahren wir eigentlich entgegen dieser Logik. Das ist der Grund. Entweder machen wir jetzt eine umfassende Gesamtsanierung und dann schauen wir das mit der Denkmalpflege an und dort wird man sicher auch gute Lösungen finden

oder man setzt jetzt einfach die einzelnen Teilprojekte um. Wir können sicher den Antrag 4, also den letzten Antrag betreffend Photovoltaik, den können wir gerne prüfen. Das machen wir sowieso. Das ist im Vortrag so vorgesehen.

Wir werten sicher auch dort, wo die Kanalisation durchgeht, den Schulgarten auf. Es gibt dann auch Teilprojekte im Schulgarten, die auch im Zusammenhang mit der Kinder- und Jugendpartizipation umgesetzt werden. Aber wir können jetzt nicht den ganzen Aussenraum sanieren, denn das ist im Moment einfach noch nicht vorgesehen. Daher bitte ich Sie, die Anträge zur Toilette und zum Aussenraum, die den Umfang der Sanierung der Kanalisationsleitung sprengen, diese Anträge abzulehnen. Zu der Toilette: Das ist eine Motion. Sie wurde überwiesen. Es wird schwierig sein, diese Toiletten im Rahmen des Teilprojektes umzusetzen. Das passt weder zur Attika noch zur Kanalisation und auch nicht im Zugangsbereich der Morgartenstrasse. Das würde eher in die Gesamtsanierung hineinpassen, darüber haben wir auch in der Kommission diskutiert. Aber die Kommission wünscht mit ihrem Antrag jetzt, dass man die Toilette sofort prüfen. Ich kann ihnen nicht versprechen, dass sie vernünftigerweise in die Sanierungs-etappe hineinpasst. Also Merci, wenn ihr ein bisschen kritisch seid und auch die Investitionsplanung im Auge habt, wenn ihr über die Anträge abstimmt. Merci.

**Präsidentin:** Merci, Alec. Dann kommt auch Franziska Teuscher. Kannst du dich bitte noch anmelden?

**Franziska Teuscher,** Direktorin BSS: Bei dem Projekt geht es zwar auch um eine Schulanlage, nämlich die Schulanlage Wankdorf, aber bis anhin ist noch fast nichts zu der Schule gesagt worden und darum sage ich doch gerne auch noch ein paar Sachen zu der Schule. Das Projekt ist ein interessantes Projekt, denn in dem Stadtteil sind sehr viele ganz Tages Basisstufenklassen im 2021 und 2022 eingeführt worden und eine von denen befindet sich im Erdgeschoss des Gebäudes, das jetzt dann saniert wird. Die Basisstufen haben den grossen Vorteil, dass sie ein zukunftsweisendes Schulmodell sind, und sie sind in diesem Quartier auch bei den Eltern sehr beliebt. Das altersdurchmischte Lernen, das man dort in der Basisstufe umsetzen kann, ist sicher wichtig für den sozialen Ausgleich und dazu auch einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Leider haben wir heute Abend nicht mehr Zeit, überall diese Vorstösse zu diskutieren, die noch traktandiert sind zur Chancengerechtigkeit, die ich aber sehr wichtig finde. Von daher ist es eigentlich eine Win-Win-Situation, weil wenn man das Gebäude saniert, kann man auch gerade den Raum für die Basisstufe verbessern. Anknüpfend an der Debatte, die ihr zur Stadtklimainitiative gehabt habt, ist es natürlich super, dass wir da eine PV-Anlage installieren können. Denn auch gerade die PV-Anlagen sind für die Kinder sehr wichtig, weil da sehen sie nämlich, was Energiewende heisst, dann sehen sie, dass man mit Sonnenenergie auch richtige Energie zum Brauchen machen kann. Im Zusammenhang mit dem Bauprojekt sind aber aus Sicht Schule auch 2 Teile im Aussenraum sehr wichtig und die beiden hat der Gemeinderat schon 2020 beschlossen und von dem her, ist es jetzt sehr schön, dass wir die bei dem Projekt jetzt dann endlich auch umsetzen können. Es wurde gesagt, dass auf dem ehemaligen Schulgarten mit der Fachstelle Spielraum ein Schülerinnen- und Schülerprojekt umgesetzt werden soll, dass ein bisschen weiter geht als die Mitwirkung, die wir bis anhin an vielen Orten gehabt haben. Sondern bei diesem Schülerinnen- und Schülerprojekt sollen die Schüler selber Hand anlegen können. Und ich denke, als Stadt können wir hier nachher auch weitere Erfahrungen sammeln, wie wir die Schülerinnen und Schüler wirklich aktiv und selber in die Umgestaltung des Aussenraums miteinbeziehen können. Ich hätte mir gewünscht, dass man eine grössere Fläche umsetzen können, aber es wurde ausgeführt,

es gebe halt andere Interessen, die man auch noch mitberücksichtigen muss, aber ich bin froh, dass wir jetzt endlich den ehemaligen Schulgarten anpacken können. Und das Zweite, was mich freut, aber was insbesondere sicher auch die Kinder und die Jugendlichen freuen wird, ist, dass wir endlich auch wieder einen Roll-Park in der Stadt Bern umsetzen können. Die bestehenden Pumptracks und Roll-Parks sind sehr beliebt. Das kennen diejenigen, die sich manchmal dort selbst mit Kindern aufhalten oder die älteren Personen, die diese Roll-Pärke brauchen. Also von daher ist es gut, dass wir jetzt dann im Wankdorf einen umsetzen können und ich bin sicher, dass wir damit die Kinder, die Schülerinnen und Schüler sicher sehr glücklich machen, aber auch das Quartier, denn das gibt einen sehr schönen Aussenraum, wo das Quartier dann hoffentlich auch möglichst viel braucht. Merci vielmals.

**Präsidentin:** Danke, Franziska. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Auf der Antragsliste, auf der Seite Nummer 13: Es sind 4 Anträge eingegangen. Wir stimmen zuerst über den Antrag der PVS zu der öffentlichen Toilette ab.

Antrag

1 PVS:

Es ist zu prüfen, wie auf der Schulanlage Wankdorf eine öffentliche und unentgeltliche Toilette zur Verfügung gestellt werden kann.

Abstimmung Nr. 056

2024.PRD.0018: Antrag 1 PVS

**Annahme**

Ja	57
Nein	8
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag angenommen. Wir stimmen über den Antrag Nummer 2 der GB/JA!- und der SP/JUSO-Fraktion zum Aussenraum ab.

Antrag

2 GB/JA! und SP/JUSO:

Es ist vorzulegen, wie der Aussenraum aufgewertet werden kann, so dass er für die Schüler\*innen und Anwesenden auch an heißen Hitzetagen nutzbar ist.

Abstimmung Nr. 057

2024.PRD.0018: Antrag 2 GB/JA! und SP/JUSO

**Annahme**

Ja	42
Nein	21
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt den Antrag angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 3 zu der Jugend- und Kindermitwirkung.

Antrag

3 GB/JA! und SP/JUSO:

Die Neugestaltung des alten Schulgarten ist mit einer Jugend- und Kindermitwirkung umzusetzen.

Abstimmung Nr. 058

2024.PRD.0018: Antrag 3 GB/JA! und SP/JUSO

**Annahme**

Ja	41
Nein	21
Enthalten	0

**Präsidentin:** Den Antrag habt ihr angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 4 über PV-Anlagen.

Antrag

4 GB/JA! und SP/JUSO:

Es ist zu prüfen, wo auf der Schulanlage VS Wankdorf PV-Anlagen erstellt werden können.

Die Prüfergebnisse für die Realisierung von PV-Anlagen (z.B. vertikal auf dem Kamin/den Fassaden, auf der Terrasse oder anderen Standorten) sind der PVS vorzustellen und im Geschäft des Baukredits aufzuweisen.

Abstimmung Nr. 059

2024.PRD.0018: Antrag 4 GB/JA! und SP/JUSO

**Annahme**

Ja	51
Nein	14
Enthalten	0

**Präsidentin:** Auch den Antrag Nummer 4 habt ihr angenommen. Und jetzt stimmen wir ab über den so bereinigten Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung Nr. 060

2024.PRD.0018

**Annahme**

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

**Präsidentin:** Ihr habt das einstimmig angenommen.

**2021.SR.000158**

**10 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, FDP/JF, GFL/EVP, AL/GaP/PdA, GB/JA!: (Valentina Achermann, SP/Florence Schmid, JF/Mirjam Roder, GFL/Jemima Fischer, AL/Yasmin Abdullahi, JGLP/Jelena Filipovic, GB):»#TextMeWhenYouGetHome« in der Stadt Bern - Präventions- und**

## **Sensibilisierungsmassnahmen gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum; Begründungsbericht**

**Präsidentin:** Dann sind wir bei Traktandum Nummer 10. Es handelt sich um einen Begründungsbericht, der zur Traktandierung beantragt wurde. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Mirjam Roder.

**Mirjam Roder (GFL)** für die Einreichenden: Ich muss ehrlich sagen, ich habe ein bisschen Mühe gehabt, das Votum zu schreiben, und zwar weil es ja bekanntlich immer einfacher ist zu kritisieren und gross zu proklamieren, was man alles noch besser hätte machen können. Das habe ich hier nicht geschafft. Im Gegenteil, ich habe nur lobende Worte gefunden. Unsere Forderungen der Motion wurden vollständig umgesetzt und darüber hinaus mit Hilfe einer breiten Allianz sogar noch weiterentwickelt. An dieser Stelle möchte ich gerne ein grosses Merci an alle Beteiligten für die grossartige und sehr wichtige Arbeit, die geleistet worden ist, aussprechen. An der Kampagne "Es geht auch dich etwas an", die unter anderem zur Zivilcourage aufruft und prominent im ÖV und auch sonst an vielen Orten in der Stadt hängt, kommt man fast nicht vorbei und sie schafft es so, breit auf die wichtige Thematik aufmerksam zu machen. Und auch das Melde-Tool läuft jetzt seit dem Mai 2023, also seit gut einem Jahr. In diesem Jahr sind rund 750 Belästigungen gemeldet worden. Die erschreckend hohen Zahlen zeigen leider einmal mehr, dass es so etwas braucht und dass Belästigungen im öffentlichen Raum immer noch alltäglich sind. Wie die Auswertung der Stadt Bern gezeigt hat, sind besonders Frauen und queere Menschen von Belästigungen betroffen, aber auch rassistische Motive sind bei 18% der Fälle vermutet worden. Die Auswertung von "Zürich schaut hin", die schon länger läuft als "Bern schaut hin" hat gezeigt, dass die Meldungen nach einem Jahr stark zurückgegangen sind, und das leider nicht, weil es zu weniger Belästigung kam, sondern weil die Medienpräsenz abgenommen hat. Es scheint also sehr wichtig zu sein, dass immer wieder auf die Thematik und auch auf die Möglichkeit des Melde-Tools aufmerksam gemacht wird. Aber auch da habe ich volles Vertrauen in die Projektleitung, dass das angemessen berücksichtigt und weitergeführt wird und auch, dass das Projekt laufend weiterentwickelt wird, wie es auch schon im Bericht angetönt wird, dass auf der Basis der Auswertung vom Melde-Tool weitere Teilprojekte und Kampagnenwellen entwickelt werden. Es ist wichtig, sich immer wieder damit zu befassen und eben nicht wegzuschauen, weil nur so Veränderungen passieren können. Und natürlich ist es mit dem noch lange nicht gemacht. Eine Kampagne und ein Melde-Tool allein schaffen weder Sexismus noch Queer-Feindlichkeit oder Rassismus aus der Welt. Aber das ist ein erster Beitrag dazu, Belästigungen sichtbar zu machen und die grosse Dunkelziffer anzugehen, sodass sie eben nicht mehr aus Einzelfällen oder in Anführungszeichen normal angeschaut werden. Danke.

**Präsidentin:** Merci vielmals, Mirjam. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Lena Allenspach für die SP-JUSO-Fraktion.

**Lena Allenspach (SP)** für die Fraktion: Jede dritte Frau weltweit erlebt sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt. Allgemein sind weiblich gelesene Personen und queere Personen – wir haben es schon gehört – am meisten betroffen. Und die Gewalt und Diskriminierung kennt viele Gesichter, Nachpfeifen, unangemessene Sprüche, sexuelle Belästigungen bis hin zu Vergewaltigungen und Femiziden. Für die SP-JUSO-Fraktion ist es deshalb klar, dass unser Bern keinen Platz für geschlechtsspezifische

Gewalt und Diskriminierungen hat. Unsere Stadt soll ein sicherer Ort sein für alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung. Die patriarchalen Strukturen machen aber nicht einfach vor der Gemeindegrenze halt. Sexualisierte Gewalt ist ein systemisches Problem. Die Motion, über den Begründungsbericht wir hier reden, ist deshalb sehr wichtig für alle FINTA-Personen in dieser Stadt. Bern schaut hin und Bern muss hinschauen. Im ersten Jahr nach dem Start des anonymen Melde-Tool in der Stadt Bern, Mirjam hat es schon gesagt, sind rund 750 Meldungen zu Belästigungen eingegangen und wir können davon ausgehen, dass die Dunkelziffer noch viel grösser ist, weil wer von uns hier innen, die sich als FINTA-Person identifiziert hat, hat so eine Erfahrung noch nicht gemacht. Die Sensibilisierungsmassnahme, die die Stadt Bern macht, das sichtbar machen der geschlechterspezifischen Gewalt ist deshalb zentral. Wir bewegen uns immer noch in einer Gesellschaft, in der den Frauen gesagt wird: "Jetzt tue doch nid so schüch", "bis doch nicht so empfindlich" oder "Was hast du jetzt wieder", wenn klare Grenzen überschritten werden. Und noch schlimmer ist es, wenn geschlechtsspezifische Gewalt nicht zur Anzeige gebracht wird aus Angst oder aus Scham, obschon die Handlungen strafbar wären. Heute erstatten knapp 10% der Betroffenen Anzeige. Hier sind die entsprechenden Behörden ganz klar gefordert. Als SP-JUSO-Fraktion danken wir den Motionär\*innen und dem Gemeinderat, dass Bern hinschaut. Wir werden uns weiterhin für ein Ende der sexualisierten und geschlechtsspezifischen Gewalt einsetzen. Für ein Bern, das sich gegen Diskriminierungen und patriarchalische Strukturen einsetzt und für ein Bern, das hinschaut und handelt.

**Präsidentin:** Danke, Lena. Dann Jelena Filipovic für die GB/JA!-Fraktion.

**Jelena Filipovic (GB)** für die Fraktion: Ja, so macht die Politik Freude. Das war einer meiner ersten Vorstösse, den ich eingereicht habe. Erst haben wir ihn grossmehrheitlich überwiesen, und jetzt darf ich zum Begründungsbericht Stellung nehmen und das auch noch positiv, äusserst positiv. Die Kampagne "Bern schaut hin" und das anonyme Online-Meldetool sind jetzt seit dem 24. April 2023 lanciert worden und die Kampagne ist jetzt im Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern und von LGBTIQ-Menschen als Massnahme 2.1 verankert worden. Die Kampagne ist ernsthaft und öffentlichkeitswirksam umgesetzt worden, zumindest habe ich sie überall in der Stadt gesehen und bin mehrmals darauf angesprochen worden. Und wie wir jetzt sehen, zeigt sie auch die ersten Wirkungen. Das anonyme Melde-Tool zeigt auf, was viele Statistiken schon lange sagen und von was wir ausgegangen sind, nämlich Frauen und Männer werden im öffentlichen Raum immer noch regelmässig mit sexualisierter Gewalt konfrontiert. Das ist eine traurige Realität. Eine Realität, bei der wir nur mit Öffentlichkeit und Sichtbarkeit des Problems entgegenwirken können. Wir müssen aufzeigen, wie die Realität von vielen Frauen und queeren Menschen aussieht, darüber reden, unsere Mitmenschen darauf aufmerksam machen und achtsam mit der Problematik umgehen. Wieso Sichtbarkeit und die Öffentlichkeit extrem wichtig sind, zeigte sich für mich persönlich erst gerade kürzlich, mit dem viral gegangenen Vorfall in Schaffhausen von 2021. Eine Frau ist im Jahr 2021 vergewaltigt und später brutal zusammengeschlagen und mitten in der Stadt ausgesetzt worden. Schockierend ist der Vorfall schon an sich, aber noch schockierender ist, wie der Übergriff von der Polizei aufgearbeitet wurde oder eben genau nicht. Man hat das Opfer einfach in Stich gelassen. Den Frauen und queeren Menschen wird in den seltensten Fällen geglaubt. Erfahrungen von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt werden verharmlost, bagatellisiert und selten ernstgenommen, sogar wenn es eben ganz klares Videomaterial gibt. Was braucht es

denn noch, dass man uns ernst nimmt und uns glaubt? Darum Öffentlichkeit hilft. Die Empörung, den Aufschrei und darüber zu reden, hilft. Genau dieser wichtige Schritt macht die Stadt Bern mit der Umsetzung der Kampagne "Bern schaut hin" und mit den wichtigen Massnahmen, die zum Ziel haben, die Bevölkerung zu sensibilisieren und zur Normveränderung beizutragen. Besten Dank, gerne weiter so, liebe Verwaltung und lieber Gemeinderat.

**Präsidentin:** Vielen Dank, Jelena. Dann kommt Muriel Graf für die AL-PdA-Fraktion.

**Muriel Graf (AL)** für die Fraktion: Ich kann mich allem, was meine Vorrednerinnen gesagt haben, anschliessen. Was ich gerne noch möchte, ist einfach noch kurz etwas sagen zum Melde-Tool, weil ich ja selber mehrere Jahre in der Opferhilfe gearbeitet und mittlerweile auch bei einem Nottelefon für Kinder und Jugendliche bin. Und der Punkt ist, ich finde das Melde-Tool ist wirklich intelligent ausgestaltet und ein Güte-Punkt der Anonymität, wo man sich anonym melden kann, wo man nachher alle Infos hat, wo man nachher darauf heraus entscheiden kann, ob man eine Anzeige machen will oder nicht. Das ist sehr gut gemacht und ich wollte wirklich auch nochmals sagen, dass das ein guter Schritt war und dass ich mir wünschen würde, dass es so weiter geht und dass man dort vor allem auch schaut, wie es weitergehen kann. Das heisst, wenn sich Menschen melden wegen sexualisierter Gewalt oder wegen Belästigung im öffentlichen Raum, dass man nachher auch schaut, dass die Stellen, die ausgeschrieben werden als Fachpersonen, die einem nachher helfen können, dass die wirklich auch finanziert werden und dort Fachpersonen arbeiten. Und sonst habe ich mir hier zu wenig Notizen gemacht. Aber vielen Dank für das Zuhören.

**Präsidentin:** Merci, Muriel. Dann kommt Marcel Wüthrich für die GFL-Fraktion.

**Marcel Wüthrich (GFL)** für die Fraktion: Meine Fraktion hat darum gebeten, ich soll doch zu dieser Thematik auch noch ein kurzes Fraktionsvotum halten. Ich mache das gerne und schaue das Ganze noch etwa aus einer höheren Warte an. In einer liberalen Gesellschaft, wie ich sie mir vorstelle, gäbe es nämlich sexualisierte Gewalt und Belästigungen eigentlich gar nicht, weder im öffentlichen Raum noch in den eigenen 4 Wänden. Das ist sicher ein bisschen eine naive Vorstellung und vor allem müssen wir feststellen, dass sie mit der Realität ganz offensichtlich kollidiert. Ich bin deshalb sehr dankbar für das neue Angebot von "Bern schaut hin" und den weiteren Massnahmen, die auch getroffen wurden. Ja, Frauen und queere Menschen sind häufig Opfer, vor allem auch von Männern und gerade auch darum ist die Sichtbarkeit der queeren Community und selbstverständlich auch von Frauen ein ganz wichtiges Thema. Die Motion ist zu 100% und mehr erfüllt. Danke vielmal. Wir dürfen Grenzüberschreitungen auch im privaten Rahmen nicht einfach so hinnehmen. Der Nährboden für gesellschaftliche Grenzüberschreitungen wird nämlich damit gebildet, wie wir es zurzeit zum Beispiel in Deutschland beobachten müssen. Auch die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit misst sich unter anderem daran, wie eine Gesellschaft mit Frauenrechten und Rechten für queere Menschen umgeht. Und dazu auch noch etwas. Wir haben ja seit den letzten Wahlen eine Frauenmehrheit im Stadtrat, dazu hin noch einen hohen Schwulen-Anteil bei den noch verbliebenen Männern. Der Frauenanteil ist bei den Wahlen bei 70% gewesen. Aktuell sind es noch rund 60% und zusätzlich ist auch eine non-binäre Person bei uns dabei. Meine Erfahrung in den letzten Jahren ist, dass die Frauen Politik machen können, teilweise sogar besser als mancher Mann. Und ich habe es immer sehr geschätzt, in diesem Parlament Innenpolitik zu machen. Darum scheint es mir, sollten

wir nicht mehr zu stark von Frauen und Männern reden, sondern eigentlich von Menschen. Frauenmehrheiten sollten schlicht selbstverständlich sein, ohne dass man noch lange darüber reden muss. Das wäre tatsächlich Gleichstellung. Und wir kämen der in meiner eingangs erwähnten Vorstellung einer liberalen Gesellschaft doch noch ziemlich nahe. So und das wäre es jetzt wirklich gewesen. Tschau zusammen.

**Präsidentin:** Danke, Marcel. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat das Wort, Alec von Graffenried.

**Alec von Graffenried, Stadtpräsident:** Und: Danke für das viele Merci. Selten werden Vorlagen so gut angenommen, danke. Aber ich kann das Merci auch gleich wieder zurückgeben. Es war wirklich ein gutes Zusammenspiel zwischen dem Stadtrat, dem Gemeinderat und vor allem auch der Verwaltung, der Fachstelle für die Gleichstellung, die den Ball aufgenommen und versucht hat, es umzusetzen. Ihr habt es gesagt, das Melde-Tool hat einen gewissen Erfolg. Es hat viele Meldungen gegeben. Was eindrücklich war oder was gut daran ist, dass die meisten Meldungen, die gekommen sind, die sind zur Anzeige gebracht worden. Also es ist tatsächlich gelungen, das Dunkelfeld aufzuhellen, genau die Belästigungen und die Daten eben sichtbar zu machen, die nicht sichtbar wären sonst, weil sie eben nicht zur Anzeige gebracht werden. Weil man sagt: "Ich will nicht" oder weil man eben auch den Weg, den beschwerlichen und schwierigen Weg zur Polizei über die Anzeige ein bisschen scheut. Die Kampagne war auch erfolgreich, weil viele Partner mitgemacht haben. Bernmobil hat das aufgenommen. Gerade im öffentlichen Verkehr passieren viele von diesen Belästigungen und von daher ist es gut, wenn man natürlich auch gerade dort Sichtbarkeit schaffen kann, wo eben viel passiert im öffentlichen Verkehr. Auch die SBB hat eine eigene Kampagne geführt, denn sie sind inspiriert worden von Zürich und von Bern, von unseren Kampagnen und haben nachher eine eigene Kampagne im Winter gestartet. Es ist weiterhin sehr erwünscht, dass man auch im öffentlichen Verkehr dort, wo viel passiert, diese aufnehmen kann. Wir sind jetzt gerade wieder an einer Sensibilisierungskampagne und es geht um die Zivilcourage. Ich glaube, es ist wichtig zu zeigen, dass man mit Zivilcourage, mit Interventionen etwas auch bewegen kann. Sensibilisierung ist weiter nötig. Auch das haben wir gelernt. Die Sensibilisierung muss man durch immer neue Mittel, durch immer neue Tools, durch immer neue Kommunikationsmassnahmen auch aufrechterhalten. Sonst gibt es eine Abstumpfung und dann kommen wir nicht weiter. Wichtig ist, dass wir hier drin alle anerkennen, dass es ein Thema ist, das uns alle angeht und das ist das Thema, das wir als Gesellschaft nur insgesamt alle zusammen lösen können. Deshalb danke ich euch für eure Initiative, für eure Motion. Ich danke auch für die Umsetzung und hoffe, dass wir weiterhin auf dem richtigen Weg in dieser Sache einen Schritt weiterkommen. Danke.

**Präsidentin:** Vielen Dank, Alec. Damit schliessen wir die Sitzung für heute. Vielen herzlichen Dank und einen schönen Abend.

### **Verschoben und eingereicht**

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- 11 Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Geschlechtergerechte Strassennamen 2021.SR. 000037
- 12 Motion Fraktion GB/JA! (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!): Jetzt ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung setzen und die Friedensarbeit von Frauen sichtbar machen! 2022.SR. 000066
- 13 Postulat Fraktion SP/JUSO (Alina Murano, SP) - übernommen durch Barbara Keller (SP): Anonyme Gratistests für sexuell übertragbare Krankheiten 2022.SR. 000048
- 14 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Sozialhilfe im Kontext radikal-islamischer Mobilisierung und Missbrauch von sozialen Institutionen 2017.SR. 000216
- 15 Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Barbara Keller, SP): Langfristige Schulraumplanung mit fairer Mitsprache der Quartierbevölkerung 2022.SR. 000119
- 16 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA (Mirjam Roder, GFL / Sarah Rubin, GB / Bettina Jans-Troxler, EVP): Brachliegende Bildungsräume nutzbar machen und in Zukunft verhindern 2023.SR. 0150
- 17 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Fuat Köçer, SP): Volksschule und Chancengerechtigkeit: Dein Wohnort bestimmt, was Du wirst? 2019.SR. 000348
- 18 Postulat Fraktion SP/JUSO (Valentina Achermann/Sara Schmid/Alina Irene Murano, SP): Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen; Prüfungsbericht 2021.SR. 000236
- 20 Motion Kurt Rüeegsegger (SVP) und Ursula Stöckli (FDP): Schulanlage Breitenrain: Quartier- und umweltgerechte Wiederherstellung und Vergrösserung der Pausenplatzfläche auf der Parzelle 58 2023.SR. 0219
- 21 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/PDA (Bernadette Häfliger/Barbara Keller, SP/Tabea Rai, AL): Das unternehmerische Risiko nicht dem Personal überbinden 2022.SR. 000033
- 22 Motion Geschäftsprüfungskommission (GPK): Revision des Kommissionsreglements (Art. 59f. GRSR) / Anpassung des Kommissionsreglements i.S. Zusammensetzung der Sozialhilfekommission 2023.SR. 0176

#### Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Dringliche Motion Sarah Rubin (GB), Janosch Weyermann (SVP), Szabolcs Mihályi (SP), Mirjam Roder (GFL), Tom Berger (FDP): Das Lehrschwimmbecken im Kleefeld Schulhaus soll erhalten bleiben
2. Interfraktionelle Motion GFL, GLP/JGLP/EVP, FDP/JF (Tanja Miljanović, GFL/Irina Straubhaar, GLP/Thomas Hofstetter, FDP): Nachhaltige Wärmeversorgung von Neubauarealen
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP/Thomas Glauser, SVP): Neuer Brunnen in der Rathausgasse – still gelegter Brunnen im «Park» Ecke Hallwylstrasse/Thunstrasse (Stadtteil IV) : Wieso ist der Brunnen im «Park» Ecke Hallwylstrasse/Thunstrasse ausser Betrieb? Wann wird dieser Brunnen wieder in Betrieb genommen?
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP/Thomas Glauser, SVP/Niklaus Mürner, SVP): Superblocks in Bern
5. Interfraktionelle Interpellation GFL, GB/JA!, AL/PdA (Marcel Wüthrich, GFL/Mirjam Roder, GFL/Ursina Anderegg, GB/Nora Joos, JA!/Paula Zysset, JUSO/David Böhner, AL): Wie ist das Projekt «Belpmoos Solar» mit den klima- und energiepolitischen Zielen tatsächlich vereinbar, ohne den Anschein von Greenwashing zu erwecken?
6. Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GFL, SP/JUSO, AL/PdA (Ursina Anderegg, GB/Marcel Wüthrich, GFL/Nora Joos, JA!/Chandru Somasundaram SP/Paula Zysset,

JUSO/David Böhner, AL): Wie gestaltet sich das Projekt «Belpmoos Solar» aus und inwiefern ist es mit den Biodiversitätszielen der Stadt Bern vereinbar?

7. Interfraktionelles Postulat GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, GFL/Michael Ruefer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Eckpunkte zu einem anreizbasierten Finanzierungsplan der Sicherheitsreserve mit antizyklischer Wirkung

8. Interfraktionelle Motion GFL, GLP/JGLP/EVP (Marcel Wüthrich, GFL/Michael Ruefer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Schaffung einer Sicherheitsreserve für Krisensituationen

9. Kleine Anfrage Corina Liebi (JGLP), Janina Aeberhard (GLP): Externer Untersuchungsbericht zum Projekt Citysoftnet – Wo bleibt die Transparenz?

10. Interpellation Florence Pärli Schmid (JF): Wohnbaufonds – wie wird verhindert, dass der milliardenschwere Fonds dereinst einen Rettungsschirm braucht?

**Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.**

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.09.2024

X 

---

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

04.09.2024

X 

---

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi